

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3.50 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Anzei-
ge über deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Zeitungs-
und Besprechungsaussagen 30 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 24. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Gescheiterte russische Angriffe in Nordpolen und den Karpathen

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Be-
richt vom 22. Februar nachmittags. Dem Bericht
vom 21. Februar abends ist nichts Wichtiges hinzuzufügen.

Paris, 23. Februar. (W. L. B.) Amtlicher Be-
richt vom 22. abends. Ein Luftschiff bombardierte
Montag morgen Calais, warf zehn Wurfgeschosse ab.

Luftbombardement von Calais.

Amsterdam, 23. Februar. (L. U.) Nach hierher gelangten
Nachrichten bombardierte gestern morgen 4 1/4 Uhr ein Zeppelin-
Luftkreuzer Calais. Eine Reihe Häuser wurde zerstört.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Kriegsverheerungen in Ostpreußen.

Königsberg (Preußen), 23. Februar. (W. L. B.) Von maß-
gebender Stelle wird mitgeteilt: Bei dem zweiten Einfall
der Russen in die Provinz Ostpreußen sind weitere
gewaltige Zerstörungen an beweglichem und unbeweglichem
Gut eingetreten.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
23. Februar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Festung Calais wurde in der Nacht vom
21. zum 22. dieses Monats ausgiebig mit Luft-
bomben belegt.

Die Franzosen haben gestern in der Cham-
pagne bei und nördlich Perthes erneut, wenn
auch mit verminderter Stärke, angegriffen.

Bei Nilly-Apremont wurden die Franzosen
nach anfänglichen kleineren Erfolgen in ihre
Stellung zurückgeworfen.

In den Vogesen wurde der Sattelkopf nörd-
lich Mühlbach im Sturm genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Ein von den Russen mit schnell zusammen-
gefaßten Kräften von Grodno in nordwestlicher
Richtung versuchter Vorstoß scheiterte unter
vernichtenden Verlusten.

Die Zahl der Beutegeschütze aus der Ver-
folgung nach der Winterschlacht in Masuren hat
sich auf über 300, darunter 18 schwere, erhöht.

Nordwestlich Oßowiez, nördlich Lomza und
bei Praszynsz dauern die Kämpfe an. An der
Weichsel östlich Plock drangen wir weiter in
Richtung auf Wyszogrod vor.

In Polen südlich der Weichsel wurde der
Vorstoß einer russischen Division gegen unsere
Stellungen an der Rawka abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. Februar 1915. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart: 23. Februar 1915:

In Russisch-Polen hat sich nichts Wesentliches
ereignet.

Unsicheres Wetter behinderten in Westgalizien die
Artillerie- und sonstige Gefechtsstätigkeiten.

An der Karpathenfront zerschellen russische An-
griffe in der gewohnten Weise unter bedeutenden Verlusten
des Gegners. Sieben Offiziere und fünfhundertfünfzig
Mann wurden gefangen.

Die Kämpfe südlich des Dnjepr dauern an. Am
Schlachtfelde gelang es den bewährten kroatischen Truppen im
erfolgreichen Angriff, die Russen aus mehreren Ortshäusern
zu werfen, vom Feinde stark besetzte Höhenstellungen zu
nehmen und Raum nach vorwärts zu gewinnen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

handen, an Vieh und Geflügel fehlt es dagegen überall gänzlich. In
baulicher Hinsicht scheint ein erheblicher Teil der von den Russen besetzt
gewesenen Gegenden - zum Teil wohl infolge der überhasteten
Räumung - durch Brandstiftung nicht so gelitten zu haben, wie
man befürchtet hatte, immerhin sind stellenweise sehr schwere Be-
schädigungen festgestellt worden. So sind völlig zerstört im östlichen
Teil des Kreises Böden zahlreiche Ortshäuser (z. B. Widminnen).
Noch bei ihrem Rückzuge haben die Russen in jener Gegend an-
scheinend aus Mache mehrere große Güter niedergebrannt (z. B.
Gehbüthen, Bergshof und Kamten). Und hat durch die Beschädigung
Anfang November und durch die recht heftigen Kämpfe am Ende
der vorigen Woche wiederum stark gelitten. Die Städte Goldap,
Stallupönen und Willkallen sind ebenfalls arg mitgenommen, die
Wohnungen bis auf den Grund ausgeplündert und eine Reihe von
Häusern niedergebrannt. Immerhin ist die Zahl der stehen-
gebliebenen Häuser recht groß, so daß ein erheblicher Teil der Ein-
wohner bei ihrer Heimkehr, wenn diese zugelassen wird, Obdach findet.

Das armenische Problem.

In der Reihe der Forderungen, die in der Dumasitzung
vom 9. Februar von den Vertretern der Regierung und der
bürgerlichen Parteien als Ziele der russischen auswärtigen
Politik proklamiert wurden, steht neben der in allen Reden
wiederkehrenden Forderung der Erwerbung der Meer-
engen und Konstantinopels an erster Stelle die
Forderung der definitiven Regelung der armenischen
Frage. Die russische Regierung hat diese Frage für so be-
deutend gehalten, daß sie kurz vor der Dumasitzung ein
Drangebuch über die armenische Frage herausgab. Der Mi-
nister des Aeußeren Sfasonow erklärte hierzu nach dem
amtlichen Bericht folgendes:

„Die kaiserliche Regierung war in den letzten Jahren fort-
gesetzt bestrebt, die Lage der türkischen Armenier zu erleichtern, ge-
leitet sowohl von den uneigennütigen Lieberlesungen der
russischen Politik, wie auch von unseren staatlichen Interessen...
Das russisch-türkische Einvernehmen vom 26. Januar (8. Fe-
bruar) 1914 ist ein historischer Akt, durch dessen Unterzeichnung die
Vorteile unsere ausschließliche Stellung in der armenischen Frage
bestätigt hat. Nach der Beendigung des Krieges wird diese aus-
schließliche Stellung von der kaiserlichen Regierung in einer
für die armenische Bevölkerung günstigen Richtung ausgenutzt
werden.“

Das Drangebuch über die armenische Frage enthält eine
Sammlung von diplomatischen Schriftstücken über die armenische
Reformfrage aus der Zeit vom 26. November (9. Dezember)
1912 bis zum 10./23. Mai 1914. Bekanntlich wurde die armenische
Reformfrage im Dezember 1912 von der russischen Regierung
aufgerollt, als die Niederlagen der Türkei im Balkankrieg einen
Vorstoß nach Anatolien als aussichtsreich erscheinen ließen.
Aus dem im russischen Drangebuch veröffentlichten Material
geht hervor, daß die türkische Regierung zur Vermeidung
größerer Schwierigkeiten von der Seite Rußlands sich bereit
erklärte, das dringend notwendige Reformwerk in Armenien
in Angriff zu nehmen. Die Regierungen in Paris,
London, Berlin, Wien und Rom erklärten sich be-
reit, im Verein mit der Petersburger Regierung die Grund-
lagen der armenischen Reformen zu erörtern und der Fort-
schrittliche Vorschläge zu unterbreiten. Die deutsche Regierung
knüpfte - völlig im Einklang mit der Richtung ihrer Orient-
politik - hieran nur die Forderung, daß man bei der
Erörterung der armenischen Reformen den Grundsatz der
territorialen Einheit des türkischen Reiches
streng einhalten sollte. Nach längeren Verhandlungen, in
denen die gegensätzlichen Tendenzen der russischen und der
deutschen Politik in Vorderasien ziemlich deutlich zum Vor-
schein traten, kam schließlich am 26. Februar (8. Februar) 1914
ein Einvernehmen zwischen Rußland und der Türkei zustande,
wonach die Reform der Verwaltung in Türkisch-Armenien unter
der Leitung zweier europäischer General-Inspektoren in Angriff
genommen werden sollte.

Aus der ganzen Fassung des Drangebuches über die
armenische Frage geht hervor, daß es der russischen Regierung
vor allem darum zu tun ist, ihre Bemühungen um die Ein-
führung von Reformen in Türkisch-Armenien, die nichts weniger
als uneigennütziger Natur waren, in ein helles Licht zu rücken.
Denn Armenien bedeutet für den russisch-türkischen Kriegsschau-
platz in Asien daselbe wie Polen für den Schauplatz der
Kämpfe mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Darum führt
man den Armeniern die Verdienste Rußlands um ihre „Be-
freiung“ recht eindringlich vor Augen. Dieses Vorgehen der
russischen Regierung wird noch verständlicher, wenn die
Bandlungen in der armenischen Frage
während der letzten Monate berücksichtigt werden.

Es hat nämlich in den letzten Monaten eine sehr wichtige
Angelegenheit über die Schicksale Armeniens in der
russischen Presse stattgefunden. Während die Vertreter der
großrussischen Reichspolitik für die „Annektion“ Armeniens und
seine Angliederung an Rußland eintraten, stellte sich der
größte Teil der armenischen Presse („Drizon“, „Areb“ u. a.)
und sehr einflußreiche armenische Politiker auf einen anderen
Standpunkt. So erklärte der linksliberale armenische Duma-
abgeordnete Adshemoff, ein namentlich in Südrußland
sehr einflußreicher Politiker, im „Petrogradski Kurjer“:

„Die Türkei kann und darf auch nach dem
Kriege nicht aufhören zu existieren... Weder
Rußland, das viele Millionen Mohammedaner als Unter-
tanen zählt, noch England können sich für eine Herabsetzung des
Russlands erklären... In der besiegten Türkei (als russischer
Politiker geht Adshemoff naturgemäß von dieser Voraussetzung
aus, D. R.) müssen die Bestrebungen der sie bedrückenden ein-
zelnen Nationen nach einer selbständigen Existenz ihre Vertwik-
lichung finden.“

Noch bestimmter erklärte sich der Sekretär des armenischen
Komitees in Moskau, A. V. Ruffikjan:

„Türkisch-Armenien hat das Recht auf eine selbständige poli-
tische Existenz... Die innere Gestaltung Türkisch-Armeniens
ist Sache der türkischen Armenier... Nach Beendigung

des Krieges wird man die Wünsche und Meinungen der türkischen Armenier feststellen und das Leben des Volkes im Einklang mit seinen Wünschen neu ordnen müssen.

Gegen diese Erklärungen maßgebender armenischer Politiker, die sich um zahlreiche andere Bemerkungen liehen, hat die russische Presse mit wenigen Ausnahmen scharf Stellung genommen. Wir gehen kaum fehl, wenn wir als die Meinung der russischen Regierungskreise und der auf dem Boden der großrussischen Reichsidee stehenden liberalen Politiker die dagegen zielenden Äußerungen des Stabettensführers Professor Miljukow in der „Nescha“ anführen:

„Es wird von den armenischen Politikern der Einwand erhoben: wir können jetzt nicht offen von der Vernichtung der Türkei sprechen. Sonst legen wir, im Falle kriegerischer Misserfolge oder selbst in Erwartung kriegerischer Erfolge, die Existenz der Armenier im Bereiche der Türkei aus Spiel... Ich würde die Notwendigkeit einer solchen zweideutigen Formel verstehen, wenn die armenischen Politiker selbst die Notwendigkeit der Erhaltung der türkischen Souveränität nicht in ganz anderem Sinne erläuterten und bewiesen, daß die Erhaltung der Türkei für sie selbst notwendig und wichtig ist und ihren nationalen Interessen vollkommen entspricht... Ich lege mich zu der Schlussfolgerung gezwungen, daß die Idee der Erhaltung der türkischen Souveränität kein zufälliger und vorübergehender, sondern ein innerlich begründeter und fester Bestandteil des nationalen Programms (der Armenier) ist.“

Gegen diesen Standpunkt der armenischen Politiker, die den Mut und die Konsequenz haben, ihn trotz aller Anfeindungen in der russischen Presse zu vertreten, fährt nun Professor Miljukow sein schwerstes Geschütz auf:

„Ich sage es offen — erklärt er — ich betrachte diesen Standpunkt sowohl für die armenischen als auch für die russischen Interessen als schädlich und gefährlich und halte eine entsprechende Revision des nationalen Programms (der Armenier) für unbedingt notwendig.“

Daß diese „Mahnung“ Erfolg haben wird, erscheint uns allerdings zweifelhaft. Denn für die Stellungnahme der Armenier ist, ungeachtet starker russophiler Meinungen in ihrer Mitte, die in der tiefen Rückständigkeit des türkischen Staatslebens immerfort neue Nahrung fanden, die Erwägung maßgebend, daß die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Armeniens (mit Einschluß des als Klein-Armenien bezeichneten Küstens an der Mittelmeerküste) weit eher gesichert ist, wenn es unter türkischer Oberhoheit eine weitgehende Autonomie erlangt, als wenn es von Rußland verschluckt und in eine Brücke nach den so heiß begehrten Meerengen verwandelt wird.

Wir haben diese sich kreuzenden Pläne und Absichten über die künftige Gestaltung Armeniens so ausführlich geschildert, nicht weil wir sie als letztes Wort in diesem schwierigen und verworrenen Problem betrachten, sondern weil sie für die Beurteilung dieses Problems von Bedeutung sind. Sicherlich hängt auch das Schicksal dieser Frage vom Ausgang des gewaltigen Ringens auf den Schlachtfeldern Europas und Asiens ab. Aber namentlich die Arbeiterpresse hat die Pflicht, die Probleme der kleinen „staatenlosen“ Nationen, die nur allzu oft den Herd internationaler Konflikte bilden und bei ihrer Verletzung wie hochte Risse verschadert werden, aufmerksam zu verfolgen, um gegebenenfalls bei der Gestaltung der Schicksale dieser Nationen im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker und ihrer ungestörten Entwicklung wirken zu können.

Die letzte russische Meldung.

Petersburg, 23. Februar. (B. L. V.) Der Große Generalstab gab gestern abend bekannt:

Auf dem rechten Ufer von Bobr und Karem finden immer noch Einzelkämpfe statt. Ein Zusammenstoß von minderer Wichtigkeit ereignete sich auf der Straße von Grodno nach Lipsk, wo wir die Deutschen angriffen. In den Gefechten in der Gegend von Ossowick nahm die Artillerie der Festung tätigen und wirksamen Anteil am Kampfe. Auf der Straße von Lomza nahmen wir Jedwabno nach erbittertem Kampfe. In der Gegend von Brzeczuch machte der Feind einen Angriff mit starken Kräften. Auf den Straßen zwischen Racionz und Pionst nahmen wir nach Gefechten mehrere Dörfer ein und machten 500 Deutsche zu Gefangenen. Links der Weichsel wiesen wir Angriffe des Feindes zurück, und zwar auf dem nördlichen Ufer der Wilga und in der Gegend von Lopuschow.

In Westgalizien setzte der Feind sein Geschützfeuer ununterbrochen fort. Es ist festgestellt worden, daß den Oesterreichern am 17. Februar sehr erhebliche Kräfte in der Gegend nördlich von Zalkischin zur Hilfe gekommen sind. In den Karpathen nahmen unsere Truppen eine Höhe bei Smolnik, östlich von Lupkow fort und warfen wiederholte Angriffe der Oesterreicher zurück, welche unseren Stellungen bis auf fünfzig Schritt nahelamen, aber jedesmal unter unserer Feuer mit ungeheuren Verlusten zurückgehen mußten. In der Nacht zum 20. Februar griffen die Deutschen die Höhe von Kosiwka viermal hintereinander erfolglos an. In der Gegend von Wiszkow nahmen wir eine Höhe weg, die einen wesentlichen Teil der feindlichen Stellung bildete.

In Ostgalizien griffen wir die Oesterreicher südöstlich von Stanislaw in der Gegend von Krasno, Rebio und Berezhitsko an und warfen nach verschiedenen Bajonettkämpfen zwei Brigaden zurück, wiesen auch die mit sehr starken Kräften unternommenen Gegenangriffe des Feindes ab und nahmen zwei Offiziere und 1500 Mann gefangen und erbeuteten mehrere Maschinengewehre.

Die Schlacht in den Karpathen.

Wien, 23. Februar. (B. L. V.) Der Kriegsbericht-erstatler des „Freundenblattes“ meldet: Das Ringen in den Karpathen, wo nun seit vielen Tagen ununterbrochen die zäheste, erbitterteste Schlacht im Gange ist, die der Krieg bisher gebracht hat, dauert mit unverminderter Festigkeit an. Die Russen kämpfen mit verzweifeltstem Mut, da sie sich der Bedeutung der Entscheidung wohl bewußt sind. In der Gegend von Wyszow erneuern sie ihre Angriffe bei Tag und Nacht, obwohl ihnen trotz ungeheurer Verluste nicht der geringste Erfolg zuteil geworden ist. Am Dulkapaf ist es stiller geworden, seit sich die Gegner in beiderseits günstigen Stellungen eingegraben haben. Eine große Schlacht tobte südlich von Stanislaw, wo sich die Russen unsern über Radworna vordringenden rechten Flügel zum drittenmal entgegen gestellt haben, um die für ihre Karpathenarmee sehr gefährliche Eroberung der nach Osten führenden Eisenbahnlinie zu

hindern. Heute eingetroffene Nachrichten aus dieser Gegend lauten günstig. Trotz der ungeheuren Anstrengungen der letzten Tage ist die Stimmung der verbündeten Truppen glänzend und siegesgewiß. Die überlegene Initiative der Unterführer, ja selbst des einzelnen Mannes kommt im Gebirgskampf besonders zur Geltung, da hier der einzelne weit mehr Gelegenheit hat, seinen Teil zur Entscheidung beizutragen, als beim überflutlichen Kampf in der Ebene. Allerdings muß gesagt werden, daß die Russen auch diesmal ihren Ruf als zähe Defensivkämpfer bewährt haben.

Der Seekrieg.

Die Abgrenzung des Kriegsgebietes.

Berlin, 23. Februar. (B. L. V.) Im Hinblick auf aufgetauchte Zweifel über die Ausdehnung der in der amtlichen Ankündigung vom 4. d. M. als Kriegsgebiet bezeichneten Gewässer um Großbritannien nach Norden hin, wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß die Orknay-Inseln (also auch der Hafen Kirkwall) und die Shetlands-Inseln innerhalb des Kriegsgebietes liegen, daß dagegen die Durchfahrten auf beiden Seiten der Färöer-Inseln ungefährdet sind.

Englische Gegenmaßregeln.

Kopenhagen, 23. Februar. (L. U.) „Nationaltidende“ erfährt aus London: Wegen der letzten Seeverluste sei die englische Regierung fest entschlossen, Gegenmaßregeln zu treffen. Zunächst sollen alle Lebensmittel als unbedingte Konterbande behandelt werden.

„Sunday Times“ schreibt: Der Plan des deutschen Blockadeversuchs sei wahrscheinlich dadurch veranlaßt, daß die Anzahl deutscher Unterseeboote seit dem Kriegsbeginn verdoppelt oder verdreifacht worden sei. England werde gerade deshalb seine Handelsstrouen beschränken und die Operationsfelder der Unterseeboote begrenzen. England habe stärkere Kräfte als früher gegen Angriffe auf Unterseeboote verfügbar.

Unterbindung des Postverkehrs mit England.

Amsterdam, 23. Februar. (B. L. V.) Das „Handelsblad“ schreibt u. a.: Eine Folge hat die deutsche Drohung mit den Unterseebooten jedenfalls gehabt, nämlich daß die Postverbindung zwischen England und dem Festland zwar nicht ganz unterbrochen, aber doch sehr schlecht geworden ist. Wir erhalten deshalb nicht nur keine Zeitungen aus England, auch jede Verbindung mit Frankreich sowie Südafrika und Amerika hat aufgehört. Die Dampfer, welche bisher den Dienst unterhielten, sind außerstande, regelmäßig zu fahren, da sie sich vor Minen und Unterseebooten fürchten. Auch der Post- und Personenverkehr zwischen Frankreich und England ist seit einigen Tagen gestört.

Die Angestellten der holländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, die gestern eine beträchtliche Lohnerhöhung verlangt hatten, haben das Angebot der Gesellschaft angenommen. Der Dampfer „Saantroom“ fährt noch heute nach London, der Dampfer „Nijntroom“ nach Hull ab.

Ein amerikanischer Baumwolldampfer durch eine Mine versenkt.

Berlin, 23. Februar. (B. L. V.) Der auf dem Wege nach Bremerhaven bei Vorkum auf eine Mine geratene und gesunkene amerikanische Baumwolldampfer „Evelyn“ ist trotz der von deutscher Seite erlassenen Warnungen ohne deutschen Lossen unter der ostfriesischen Küste einlanggefahren. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hat der Kapitän der „Evelyn“ bei seiner Vernehmung ausgelegt, daß er die Absicht gehabt habe, einen weiter nördlich führenden Kurs zu steuern. Er sei aber unterwegs von einem englischen Kriegsschiff angehalten und von einem Offizier angewiesen worden, den südlichen Weg zu wählen und sich möglichst nahe an der ostfriesischen Küste zu halten.

Vermisste Dampfer.

Von der französischen Grenze, 23. Februar. (L. U.) Nach französischen Blättern ist man in Hull sehr in Unruhe über das Schicksal des Dampfers „Kendland“, der Hull am vorigen Montag nach dem Tyne verlassen hat und von welchem seitdem jede Nachricht fehlt. Der Dampfer war eben erst von seinen Reedern in Glasgow gekauft worden und machte seine erste Fahrt. Auch einen anderen Dampfer, die „Maggie Barrett“, die mit einer Ladung Kohlen von Greenoel nach Duddon fuhr, gibt man jetzt verloren, da verschiedene Gegenstände von diesem Schiff an der Küste der Insel Man angeschwemmt worden sind. Eine Meldung aus Liverpool besagt, daß das deutsche Unterseeboot, das den Dampfer „Cambant“ versenkte, einen mit italienischer Flagge vorauffahrenden Dampfer unbedeutend gelassen hatte.

Noch einmal: Das Kriegsziel.

Zur Diskussion über das Kriegsziel schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an der Spitze ihrer Dienstag-Morgenausgabe:

„Unsere Ausführungen über das Kriegsziel sind in der Presse vielfach kommentiert worden. Ein Blatt (die „Post“, Anmerk. der Redaktion des „Vorwärts“), das mit besonderer Leidenschaft für die schleunige Freigabe der Erörterungen eingetreten ist, glaubt diesen Standpunkt mit Grobheiten an die Adresse unserer Zeitung bekräftigen zu können. Es handelt sich um wohlbekanntere Beschlüsse der politischen und der militärischen Leitung, denen zufolge eine Diskussion der künftigen Friedensbedingungen als gegenwärtig noch unzulässig zu behandeln ist. Zerig ist eine mehrfach, z. B. in der „Kreuz-Zeitung“, ausgesprochene Ansicht, daß die Reichsleitung bei der Regelung der Friedensfrage die Mitwirkung des Volkes ausschließen wolle. Wir haben vielmehr ausdrücklich betont, daß die Regierung, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, dankbar sein wird, von einem starken Volkswillen gestützt zu sein. Es handelt sich hier also lediglich um die Frage des richtigen Zeitpunktes, der nur durch die militärischen Ereignisse bestimmt werden kann. Ganz irrtümlich ist die Meinung der „Post“, daß es sich bei unserem Artikel um den Versuch einer Erläuterung zu den Verhandlungen der Budgetkommission im Abgeordnetenhaus gehandelt hätte. Die Notwendigkeit einer erneuten Darlegung des Standpunktes der obersten Gewalt des Reiches in dieser Frage war nicht durch die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus entstanden. Auch besteht zwischen der Kammer fünf der von dem Berichterstatter der Kommission zusammengeführten Verhandlungsergebnisse und unseren Ausführungen keine Differenz. Beide stimmen dahin überein, daß die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen rechtzeitig freigegeben wird.“

Der Hinweis auf Nummer fünf der Verhandlungsergebnisse bezieht sich auf folgenden Beschluß der verstärkten Budgetkommission:

„Für die öffentliche Erörterung der Friedensbedingungen ist festzuhalten, daß sie so rechtzeitig freigegeben wird, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gebracht werden kann, und ferner, daß alle Richtungen gleichmäßig das Recht zur Meinungsäußerung haben sollen.“

In einem gewissen Zusammenhang mit dieser offiziellen Erklärung steht die Meldung, daß die Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses Dienstag vormittag noch einmal zusammengetreten ist, um über die Freigabe der Erörterung des Kriegszieles erneut zu beraten. Der Anlaß zur nochmaligen Einberufung der Kommission ging von den Konservativen aus, die den lebhaftesten Wunsch hatten, den halbamtlichen Artikel über die bisherigen Verhandlungen der Budgetkommission in dieser Frage nochmals einer Besprechung zu unterziehen. Welcher Art die Wünsche der rechtsstehenden Parteien waren, geht aus Bemerkungen ihrer Presse hervor.

Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt zu dem zweiten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Wir bemerken dazu, daß wir nicht die Ansicht ausgesprochen haben, daß die Reichsleitung bei der Regelung der Friedensfrage die Mitwirkung des Volkes ausschließen wolle, sondern wir haben ausdrücklich gesagt, daß wir das nicht glauben, haben aber hinzugefügt — und andere Blätter, z. B. die „Post“, sind zu dem gleichen Ergebnis gelangt —, daß das die Folge des von der Reichsleitung beabsichtigten Vorgehens sein müsse. Wir haben das, wie wir glauben, einleuchtend begründet, und die Norddeutsche Allg. Ztg. macht nicht den Versuch, unsere Gründe zu widerlegen. Es ist wohl auch kaum zu widerlegen, daß von einer Mitwirkung der öffentlichen Meinung bei der Regelung der Friedensfrage im Ernste nicht gesprochen werden kann, wenn die Erörterung darüber erst freigegeben wird, nachdem die Reichsleitung ihr Kriegsziel bekanntgegeben hat. Daher können wir auch nicht anerkennen, daß dieser Zeitpunkt für die Freigabe der Erörterung rechtzeitig genannt werden könne. Wir würden ihn vielmehr für verspätet halten. Und wir möchten glauben, daß die Urheber des Beschlusses der Kommission des Abgeordnetenhauses in ihrer überwiegenden Mehrheit diese unsere Auffassung teilen werden.“

In der „Deutschen Tageszeitung“ schreibt Abgeordneter Dr. Dertel:

„Das halbamtliche Blatt sagt, daß dieser Zeitpunkt nur durch die militärischen Ereignisse bestimmt werden könne. Das ist an sich zweifellos richtig, aber es fragt sich eben, bis zu welchem Punkte die militärischen Ereignisse gehen sein müssen, damit die Friedensbedingungen öffentlich erörtert werden können. Aus den früheren und jetzigen Äußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ könnte man schließen, daß dieser Zeitpunkt erst dann eingetreten sei, wenn unsere Feinde vollkommen niedergedrungen seien. Wir wissen nicht, ob das die Meinung der Herren ist, die in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Wort ergreifen; aber aus ihren Worten könnte das geschlossen werden. Wir würden bedauern, wenn man wirklich die Anschauung hegen sollte, daß über die Friedensbedingungen erst dann öffentlich geredet werden dürfte, wenn die Friedensverhandlungen unmittelbar bevorstehen oder vielleicht schon begonnen haben. Dann sind derartige Erörterungen verspätet und können keine greifbare Wirkung mehr haben.“

Muß man nun auch die Auseinandersetzungen über die zu erstrebenden Friedensziele und wünschenswerten Friedensbedingungen im einzelnen für verfrüht erachten, so läßt sich doch wirklich nicht erkennen, inwiefern es bedenklich oder gar gefährlich sein soll, auch jetzt schon im allgemeinen das darzulegen, was das deutsche Volk vom Frieden für die Sicherung seiner Zukunft erwartet und erwarten muß... Im übrigen müssen wir uns selbstverständlich den Wünschen und Vorstellungen der maßgebenden Kreise fügen; und es bleibt uns vorläufig nur übrig, den herzlichsten und lebhaftesten Wunsch zu äußern, daß der Zeitpunkt bald kommen möge, wo auch die Regierung eine Erörterung des Kriegszieles und der Friedensbedingungen in allen Einzelheiten nicht nur für möglich, sondern auch für geboten erachtet.

Die „Post“ wehrt sich folgendermaßen:

„Dann“, also beim Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen, schrieb die „N. A. Z.“ in ihrem ersten Artikel, wird die Reichsleitung ohne Zögern () ihre Friedensziele aufdecken, dann sei dem freien Volk die Rede frei! Das es dann zu spät ist und von einer rechtzeitigen Mitwirkung des Volkes bei der Regelung der Friedensfrage überhaupt nicht mehr die Rede sein kann, scheint inzwischen die „N. A. Z.“ selbst erkannt zu haben. Sie wird sich im stillen gefast haben: selbst das allernäbste und regierungsgläubigste Kindesgemüt müsse einsehen, daß, wenn die deutschen Friedensunterhändler mit ihrem alsdann wohl fertigen, festgelegten Friedensprogramm in die allgemeinen Friedensverhandlungen eintreten, eine Einwirkung der freien Rede des freien Volkes auf das rein diplomatische Friedenswerk nicht mehr erfolgen, das Friedensprogramm, während der Friedensverhandlungen, durch den Kriegszielwillen des Volkes nicht mehr beeinflusst werden kann. Die Mitwirkung des Volkes bei der Regelung der Friedensfrage ist so gut wie völlig ausgeschlossen, wenn sie erst beim Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen einsehen soll. Hiergegen hätte sich entschieden und einmütig der Haushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen.“

Demgegenüber scheint nun die „N. A. Z.“ einen Rückzug einzuleiten: Sie behauptet jetzt, in ihrem zweiten Artikel, zwischen dem genannten Ausschusse und ihrem ersten Artikel bestehe keine Differenz. Soll diese aber wirklich nicht bestehen, so muß die in dem ersten Artikel betonte Auffassung, daß die Freigabe der freien Erörterung des Kriegszieles erst am glücklichen Ende eintreten soll, wieder preisgegeben werden. Beides zugleich ist undenkbar: Die Mitwirkung des Volkes bei der Regelung der Friedensfrage und die Unzulässigkeit der freien Rede des freien Volkes vor Beginn der allgemeinen Friedensverhandlungen.

Keinlich urteilen die „Berliner Neuesten Nachrichten“:

„Überhaupt verkennt die erste wie die zweite Auffassung der „Nordd. Allg. Ztg.“ einen sehr wesentlichen Punkt: Soll die öffentliche Erörterung des Kriegszieles noch wirksam sein, unser Volk seine Wünsche noch mit einiger Aussicht auf Erfolg anbringen können, so darf das nicht erst geschehen, wenn wir mit unserer Abwehr am Ende sind. Es ist sehr wohl möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß Art und Umfang der Forderungen des deutschen Volkes auf die letzten Maßnahmen der Kriegsführung von erheblichem Einfluß sein könnten, sofern sie die Zustimmung des obersten Kriegsherrn und seiner verantwortlichen Ratgeber finden. Kaiser und Kanzler können aber nicht Wünsche zustimmen oder die Erfüllung versagen, die sie nicht kennen, deren Erörterung und Feststellung aus überauslicher Besorgnis so lange behindert wurde, bis sie aus diesem oder jenem Grunde für die letzten Entscheidungen nicht mehr ins Gewicht zu fallen vermögen...“

Und im übrigen: wenn irgendetwas in unserem Volke „Erüberungspläne“ vertreten werden, welche die Jesur „romantisch“ oder „mittelalterlich“ wirklich verdienen, so würde eine öffentliche Erörterung doch gerade dazu beitragen, sie auf schnellstem Wege lächerlich zu machen und zu beseitigen. Hier stimmt also irgend etwas nicht! Vielleicht wäre es besser gewesen, die „Nordd. Allg. Ztg.“ hätte uns ihren

Kommentar erspart. Wie sie sieht, hat sie mit ihm nur neue Mißtrauen wachgerufen. Darum sei es nun genug. Es sieht fest, daß unser Volk gehört werden will, bevor wir mit unserem Kampfe am Ende sind; in jenem Augenblicke nämlich, wo seine Reifeurmeinung auf die letzten Kriegsentwürfe unseres kaiserlichen Herrern nach einwirken kann.

Die Debatte über die Unterbindung der Redefreiheit zeigt jedenfalls zur Evidenz, daß alle Parteien möglichst bald die Aufhebung der Zensurbeschränkungen wünschen. Wenn auch einzelne Parteiblätter, wie z. B. die „Chemnitzer Volksstimme“, fürchten, die Eröffnung der Debatte könnte den Anhängern von Annexionen Wasser auf die Mühle treiben — wir hegen diese Befürchtung nicht. Es widerspricht allen demokratischen Grundsätzen, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit — und sei es aus den besten Motiven heraus — zu rechtfertigen.

Alle Beteuerungen der Regierung, sie wolle sich auf den Volkswillen stützen, müssen so lange berechtigtem Zweifel begegnen, bis nicht der Volkswille auch wirklich zum Ausdruck gelangen kann. Dieses Mißtrauen der Regierung in die Reife des Volkes kann in der gegenwärtigen Zeit nur verstimmen und wirken.

Eine parlamentarische Untersuchungskommission für die Kriegsindustrie.

Zürich, 23. Februar. (W. Z. V.) Nach der „Neuen Züricher Zeitung“ erfolgt auf Veranlassung der Militärkommission der Kammer in ganz Frankreich eine Generalrevision in den staatlichen und privaten Fabriken, welche Militärlieferungen in Arbeit haben. Die für den Frontdienst geeigneten, aber für untauglich erklärten Leute sollen an die Front geschickt werden, damit aus der Linie geeignete Arbeitskräfte für die Militärlieferungen herangezogen werden können.

Das Verbot der „Libre Parole“.

Paris, 22. Februar. (W. Z. V.) Nach dem „Temps“ erscheint die „Libre Parole“, solange sie verboten ist, unter dem Titel „Le Peuple Français“. Der Abgeordnete Denais wird in der nächsten Kammer Sitzung den Ministerpräsidenten Sibiani wegen des Verbots der „Libre Parole“ interpellieren.

Verbot von Demonstrationen in Italien.

Rom, 22. Februar. (W. Z. V.) Infolge der täglichen Demonstrationen für und wider den Krieg wurden von den Behörden außergewöhnliche Maßnahmen zur Erhaltung der Ordnung getroffen. Die gesamte Garnison wird in Bereitschaft gehalten.

Russische Maßnahmen gegen feindliche Ausländer.

Petersburg, 23. Februar. (W. Z. V.) Der Senat hat gestern beschlossen, daß die in Rußland ausfälligen Untertanen feindlicher Staaten die Fähigkeiten verlieren sollen, ihre materiellen Interessen vor Gericht zu vertreten.

Verurteilung von Deutschen in Riga.

Zürich, 23. Februar. (W. Z. V.) Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus Riga: Gestern fand hier der Prozeß in Sachen des Reichsdeutschen Flottenvereins statt. Die wegen Jugendigkeit zu diesem Verbrechen Angeklagten, unter ihnen der Buchhändler Georg Jank, welcher bereits nach Sibirien verschickt wurde, wurden zu Strafen von acht Monaten bis einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Kriegsbekanntmachungen.

Das freiwillige Pflegepersonal für die Marine.

Amlich, Berlin, 23. Februar. (W. Z. V.) Mehrfache Gesuche von freiwilligem Pflegepersonal um Anstellung in der Kaiserlichen Marine lassen es angebracht erscheinen, darauf hinzuweisen, daß der Bedarf an freiwilligem Krankenpflegepersonal (einschließlich Marineschwimmern) seitens der Kaiserlichen Marine nur durch Vermittlung des stellvertretenden Militärinspektors der freiwilligen Krankenpflege in Berlin gedeckt wird. Gesuche an das Reichs-Marine-Amt sind daher zwecklos und bedeuten nur einen Zeitverlust. Derartige Gesuche sind vielmehr unmittelbar an die oben genannte Dienststelle der freiwilligen Krankenpflege zu richten.

Warnung vor einem minderwertigen Fernglas.

Eine Münchener Firma bietet in mehreren Zeitschriften den Angehörigen der Armee und Marine einen „Armees-Heidischer“ zum Preise von 7,50 M., der sich durch gute Optik (3mal Vergrößerung) und solide Metallausführung auszeichnen soll. Das Fernglas entspricht in keiner Weise diesen Angaben und ist für militärische Zwecke unbrauchbar.

Der Etat des Staatsministeriums.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag den Etat des Staatsministeriums in zweiter Lesung zu Ende beraten. Das Interesse konzentrierte sich in erster Linie auf die Berichte, die Abgeordneter Jhr. v. Jedlitz über die Verhandlungen der Budgetkommission gab. Aus dem Bericht über den Belagerungszustand und die Beschränkung der Pressefreiheit sei hervorgehoben, daß die Kommission, um dem jetzigen unklaren Rechtszustand ein Ende zu machen, den Erlaß des in Artikel 68 der Reichsverfassung vorgesehenen Gesetzes für erforderlich hält. Die Zeit des Krieges allerdings scheint ihr für eine gesetzgeberische Aktion nicht geeignet, sie will damit bis nach Wiederherstellung des Friedens warten. Inzwischen soll der Minister des Innern die notwendigen Schritte ergreifen, um den Erlaß von Verordnungen seitens der Militärbehörden zu verhindern, die gültigen Gesetzen und Verordnungen widersprechen. In der Frage der Handhabung der Zensur hat die Kommission ihrer Ansicht dahin Ausdruck verliehen, daß sich die Zensur in der Folge auf die volle Sicherung der Interessen der Landesverteidigung und die volle Wahrung des inneren Friedens zu beschränken habe und daß sie in allen Landesteilen gleichmäßig und nach gleichen Grundsätzen erfolgen müsse. Einigkeit herrschte in der Kommission auch darüber, daß das deutsche Volk in der Erörterung der Friedensbedingungen nicht mundtot gemacht werden dürfe, sondern daß es die Möglichkeit haben müsse, seinen Willen in dieser Frage kund zu tun. In dieser Beziehung stimmen wir mit Herrn v. Jedlitz überein, nicht aber können wir ihm beipflichten, wenn er den Anzeichen zu entnehmen sucht, als kämen nur die Anhänger einer Annexionspolitik in der Presse nicht

zu Worte, während die Bestürmer eines Friedens ohne Annexionen volle Freiheit hätten. Wir können ihm mit Leichtigkeit nachweisen, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Wie der Berichterstatter mittelste, herrschte in der Kommission die Meinung vor, daß bei aller Siegeszuversicht die Kriegslage noch nicht so weit geklärt sei, daß man schon jetzt ohne Bedenken eine Diskussion über die Friedensbedingungen zulassen könne. Einmütig war die Kommission in der Forderung, die Freigabe der öffentlichen Meinungsäußerung habe so rechtzeitig zu erfolgen, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gelange. Seitens des Vertreters der Sozialdemokratie wurde in der Kommission sogar schon jetzt die Freigabe der Diskussion nachdrücklich verlangt.

Siber Erwarten rief dieser Bericht keine Debatte im Plenum hervor. Die bürgerlichen Parteien hatten von vornherein auf jede Erörterung verzichtet, aber auch die Sozialdemokratie, die eine Rede im Plenum angekündigt hatte, gab ihren Plan auf. Ueber den Grund, der für sie maßgebend war, wird uns berichtet: „Ueber die in Aussicht genommene Rede, soweit sie sich auf die Behandlung der Friedensbedingungen durch die Presse bezog, war in der Fraktion keine Übereinstimmung zu erzielen. Ein Vorschlag, die betreffenden Ausführungen als Ansicht eines Teiles der Fraktion zu kennzeichnen, wurde abgelehnt. Infolgedessen nahm der als Redner vorgesehene Genosse Ströbel überhaupt von einer Rede Abstand, in der dasjenige gesagt hätte, was er als den Kern seiner Ausführungen betrachtete.“

Eine gewisse Übereinstimmung herrschte über die Hilfsaktion für Ostpreußen, mit der sich das Haus im Anschluß hieran beschäftigte. Man stellte sich allgemein auf den Standpunkt, daß schnelle und durchgreifende Hilfe nottut. Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen unseres Genossen Hofer, der gestützt auf eine genaue Orts- und Sachkenntnis, eine Schilderung der Leiden seiner ostpreussischen Landsleute gab und gleichzeitig scharfe Kritik an den verfehlten Maßnahmen der Bureaukratie Abte. Mit Recht forderte er die Hinzuziehung von Arbeitern in die Kriegshilfskommissionen, eine Maßnahme, durch die die Regierung hätte beweisen können, daß sie tatsächlich Parteiergebnisse nicht mehr kennt. Ein Echo im ganzen Lande wird der Schluß seiner Ausführungen erwecken, worin er seinem menschlichen Mitleid auch mit jenen Unglücklichen Ausdruck verlieh, denen der entsetzliche Krieg jenseits der deutschen Grenzgebiete in Oesterreich-Ungarn, Polen, Frankreich und Belgien ein ähnliches Schicksal wie der deutschen Bevölkerung in Ostpreußen beschied hat.

Hierauf nahm das Haus in rascher Reihenfolge eine Anzahl kleinerer Etats debattelos an und überwies den Entwurf eines Knappschaffskriegsgesetzes sowie den Entwurf eines Eisenbahnanleihegesetzes an die Budgetkommission.

Am Mittwoch wird die Etatsberatung beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung fortgesetzt.

Unsere Ernährung während der Kriegszeit.

Der Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine und die Berliner Gewerkschaftskommission hatten am Dienstag abend in Groß-Berlin 24 Volksversammlungen einberufen, auf deren Tagesordnung das Thema „Unsere Ernährung während der Kriegszeit“ stand. Die meisten der gewöhnlichen Versammlungsorte der Berliner Arbeiter sind jetzt Lagerräume, und so kam es, daß die Versammlungen zum Teil in kleineren Lokalen, zum Teil in solchen Räumen lagen mußten, die vorher Arbeiterversammlungen nicht gesehen haben, wie die Kammer-Säle in der Zeltower Straße. Der Besuch aller Versammlungen war sehr stark und namentlich, soweit sie in nicht sehr geräumigen Sälen der dichtbevölkerten Bezirke des Nordens, Ostens und Westens tagten, waren sie stark überfüllt. Der Ernst dieser schweren Zeit lag über den Massen, jedoch nicht etwa so, daß sorgende Anruhe sie erfüllt hätte. In diesem Geiste waren auch die Referate gehalten, die sich zumeist eng an die Grenzen des Themas hielten. Die Redner betonten, daß ein frühzeitigeres und weniger zurückhaltendes Einschreiten der Regierung die Ernährung des deutschen Volkes vor mancher Ungewißheit bewahrt haben würde, zu deren Bekämpfung man jetzt tief einschneidende Maßnahmen ergreifen mußte. Insbesondere darauf wurde hingewiesen, daß die leitenden Körperschaften der deutschen Arbeiterbewegung, der sozialdemokratische Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften schon Mitte August dem Reichsfinanzamt ein ausführliches Programm der nötig erscheinenden Maßnahmen überreicht hatten, das den Äkten des Deutschen Reiches einverleibt ist, über das die Reichsregierung eingehend beraten, das sie aber zunächst nicht in die Tat umgesetzt hatte. Inzwischen hat der Bundesrat ja in mancher Beziehung den Weg beschritten, der damals bereits empfohlen war.

Wenn die Redner ihr Bedauern darüber äußerten, daß man nicht schon früher das nun als notwendig Erlannte getan hat, so konnten sie sich dabei auch auf Stimmen berufen, denen etwa eine Voreingenommenheit nicht nachgesagt werden kann, wie z. B. auf die „Frankfurter Zeitung“ und den Magistrat der alten großen Handelsstadt am Rhein. Die Erwähnung der nunmehr auch amtlich festgestellten Tatsache, daß bis zur Beschlagnahme der Getreidevorräte erhebliche Mengen der wichtigsten menschlichen Nahrungsmittel zur Fütterung des Viehes verwendet, und daß dies für die Kartoffeln noch bis in die letzte Zeit nicht verhindert worden ist, wurde in der Versammlung durch lebhafteste Kundgebungen unterstrichen. Wie sehr aber die vor wenigen Tagen verfügte bedeutende Dinaufhebung der Kartoffelhöchstpreise die minderbemittelten Familien trifft, das war aus den Zurufen der in den Versammlungen stark vertretenen Frauen wohl zu entnehmen. Die Preissteigerungen von Spekulanten, insbesondere die gewaltige Verteuerung solcher Konsumartikel, die noch im Frieden unter den damals geltenden Verhältnissen eingeführt und in Deutschland gelagert worden waren, deren Preise aber sofort und andauernd gesteigert wurden, als ihre weitere Zufuhr ausblieb, konnte im Rahmen einer Erörterung über die Volksernährung nicht unerwähnt bleiben. Und wenn man sich notgedrungen auch schon halbwegs daran gewöhnen mußte, so trat in der Zusammenfassung die ungerechtfertigte Verteuerung von Saft, Reis, ausländischen Säftenfrüchten usw. den Anwesenden scharf vor Augen, — auch ohne daß die Redner irgendwie den Rahmen ruhiger und sachlicher Darlegung überschritten hätten. Daß in der Tat die Referenten sich eines Tons befleißigten, der in keiner Weise geeignet sein kann, den inneren Frieden irgendwie zu erschüttern, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß die in allen Versammlungen anwesenden überwachenden Polizeibeamten — soweit in dieser Beziehung darüber vorliegen — keinen Anlaß hatten, gegen die Redner vorzugehen.

In der Versammlung, die in den Kammer-Sälen tagte, verbot der überwachende Beamte die Verlesung der Resolution, die mit der in den anderen Versammlungen eingebrachten gleichlautend war. Es konnte daher auch eine Abstimmung hier nicht stattfinden, während in einer Reihe anderer Versammlungen, soweit uns bis zum

Schlusse des Vortrags bekannt geworden ist, die Beschlüsse gegen die Verlesung und Annahme der Resolution, die an diesen Stellen einstimmig erfolgte, nichts einzuwenden hatte.

Die Versammlungen hatten keine andere Zweckbestimmung, als auszusprechen, daß eine der wichtigsten Vorbedingungen des Durchhaltens in diesem getölpelten Kriege die rechtzeitige und energische Sicherung der Volksernährung ist. Soll das eine geschehen, so darf das andere nicht unterlassen werden. Diese Erklärung haben die Berliner Arbeiter abgegeben.

Die für alle Versammlungen vorgelegte Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Versammlung dankt den Volksgenossen auf den Schlachtfeldern im Osten und im Westen für die von ihnen gebrachten großen Opfer.

Die heimische deutsche Bevölkerung ist durch das Abschneiden der Einfuhr aus dem Auslande gleichfalls zu Opfern gezwungen, indem sie mit den vorhandenen Lebensmitteln auszukommen suchen muß.

Die Versammlung erklärt es aus diesem Grunde für die dringende Pflicht der Reichsregierung, dafür zu sorgen, daß die noch vorhandenen Nahrungsmittel nicht zur Ausweicherung der Bevölkerung benutzt, sondern daß alle Vorräte beschlagnahmt und der gesamten Bevölkerung in gleichmäßiger Verteilung zu angemessenen Preisen zugänglich gemacht werden.

Die Versammlung erkennt an, daß die Regierung mit der Beschlagnahme der Getreidevorräte einen wichtigen ersten Schritt auf diesem Wege getan hat. Dagegen sind die Höchstpreise zu spät und zu hoch angesetzt worden; sie sind zu Normalpreisen geworden, die die Lebenshaltung der Bevölkerung so verteuern, daß für die breiten Massen des Volkes eine gesteigerte Unterernährung die notwendige Folge sein muß.

Die Versammlung erwartet daher, daß die Regierung die Höchstpreise herabsetzt, und daß sie ferner ohne Rücksicht auf Sonderbestrebungen eigenmächtiger Interessentengruppen eine planmäßige Regelung des Lebensmittelverbrauchs schleunigst in die Wege leitet. Namentlich ist den Preissteigerungen auf dem Kartoffel-, Vieh- und Fleischmarkt dadurch ein Ende zu machen, daß die Regierung die Gemeinden zur Beschlagnahme der Vorräte berechtigt und verpflichtet. Die zum Ankauf notwendigen Mittel sind erforderlichenfalls aus der Staatskasse vorzustrecken.

Auch die Versammlungen in den Vororten Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Wilmersdorf, Lichterberg, Weißensee, Oberschöneweide, Köpenick, Adlershof und Mariendorf erfreuten sich eines sehr starken Zuspruchs.

In Triß hatte sich schon in der vorigen Woche eine Versammlung mit demselben Thema beschäftigt.

Eine stark besuchte Versammlung in Spremberg (Wahlkreis Rottbus-Spremberg) forderte ebenfalls eine schleunigst in die Wege geleitete gerechte Verteilung aller notwendigen Lebensmittel und die Festsetzung von Höchstpreisen, bei der auf die gemeinsame Kaufkraft breiter Volksschichten genügend Rücksicht genommen wird. Die Versammelten verpflichteten sich, alles zu tun, um die Durchführung der behördlichen Maßnahmen für eine geordnete Volksernährung mit aller Kraft zu fördern, erwartete aber auch von Reich, Staat und Gemeinde, daß diese vor weitestgehenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben nicht zurückschrecken, um die vorhandenen Nahrungsmittel für die Ernährung des ganzen Volkes gleichmäßig sicherzustellen, daß sie namentlich energische Maßnahmen gegen die Kartoffelspekulanten ergreifen.

Aus Industrie und Handel.

Der Verkehr der preussischen Staatseisenbahnverwaltung

hat sich im Monat Januar weiterhin gesteigert. Von den Einnahmen im Personenverkehr erreichte der Dezember 1914 78,12 Proz. der im entsprechenden Monat des Vorjahres festgestellten Einnahme, der Januar aber nicht unbedeutend mehr, nämlich 84,61 Proz. der im Vorjahr sich ergebenden Einnahme. Im Güterverkehr betrug die Dezembereinnahme 66,94 Proz. der Einnahme im Dezember 1913, während der Betrag der Einnahme des Januar 1915 92,23 Proz. der Einnahme des entsprechenden Monats des Vorjahres ausmachte. Die Einnahmen aus Militärtransporten waren hieran nur in geringem Umfange — im Personenverkehr mit 6,28 Proz. im Güterverkehr mit 6,44 Proz. — beteiligt.

Rückgang des französischen Handels.

Der „Temps“ schreibt: Nach der amtlichen Statistik betrug die Einfuhr nach Frankreich im Jahre 1914 8 349 200 000 gegen 8 421 882 000 Franken im Jahre 1913. Die Ausfuhr im Jahre 1914 betrug 1 824 514 000 gegen 6 880 217 000 Franken im Jahre 1913. Der Ausfall gegenüber dem Jahre 1913 beträgt also für die Einfuhr 2 072 123 000 Franken und für die Ausfuhr 2 055 703 000 Franken.

Belgische Noten in Frankreich.

Die Bank von Frankreich dementiert die Meldung des „Matin“ bezüglich der Nichteinglösung belgischer Banknoten. Sie sei aber doch den monatlichen Raritäts-Umwechslungsbetrag für jeden belgischen Pfändling auf 600 Franc bei scharfer Kontrolle fest.

Letzte Nachrichten.

Ein englischer Truppen-Transportdampfer torpediert?

Nichtamtlich. Berlin, 23. Februar. Gestern nachmittags 4 Uhr 45 Minuten ist der englische Truppen-transportdampfer 192 bei Beachy Head durch ein deutsches Unterseeboot zum sinken gebracht worden.

Freigegebene Rückkehr in ostpreussische Kreise.

Königsberg (Preußen), 23. Februar. (W. Z. V.) Kom Kommandant der Provinz Ostpreußen als Staatskommissar für Flüchtlingssachen wird mitgeteilt, daß nunmehr auch die Kreise Gensburg, Insterburg, Städt und Land, und Heydekrug allgemein für die Rückkehr freigegeben sind.

Benutzung der irischen Flagge.

Stockholm, 23. Februar. (Z. U.) Die Schiffe der in Irland registrierten Dampfschiffabris-Gesellschaften benutzen auf ihren Tourenfahrten zwischen Liverpool, Nordwalles und Irland die grüne Flagge, weil nach Ansicht der englischen Meeres- und Unterseebootsbesatzung vor der Beschlagung eines der irischen Nationalflagge führenden Schiffe unter solchen Umständen zurückzukehren müßten, da die Deutschen sicherlich annehmen würden, unechte Verbleitung unter den amerikanischen Farben zu erwecken.

Amerikas Antwort an Deutschland.

Berlin, 23. Februar. (W. Z. V.) Wie wir hören, hat die amerikanische Regierung auf die bekannte deutsche Note heute mit verschiedenen Vorschlägen geantwortet, die noch der Prüfung der zuständigen Stellen unterliegen.

Agemehr-Vertriebes
Trautwein Cigarettenfabrik.

Manoli-Zigaretten
Dandy 3 Pf

Jetzt auch mit und ohne Mundstück

BOSNIA CIGARETTEN

Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH Company
Berlin N. 20 Pankstr. 65.

Muratti-Cigaretten

Fordert KADDA-Cigaretten

Kressin

Raucht Herbststoll Cigaretten

Alkoholf. Getranke

Franz Abraham
Bau Meeslin u. Römertrank-Kell.
C. 35 Baristr. 8a, Fernsp. Kgt. 13708

Beleuchtungsgegenstände

Böttner, A., Danzigerstr. 96.

Bade-Anlagen

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 24.
Bad Alt-Moabit 104, Liefer. aller Krankk.-Kass.

Bad
Landsberger Str. 107, Gollnowstr. 41, Liefer. sämtlich. Krankk.

Bad Borse, Dirksenstr. 50.
Central-Bad, Anzengruberstr. 25.
Diana-Bad, Koppenstr. 93
sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 2.
Bad Ostend, Boxhag-Str. 17
Liefer. all. Kassen
Passage-Bad, Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 63.
Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.
Silesia-Bad, Schleierstr. 31.

Bäcker- u. Konditoreien

Aemus, Wilh., Ledermärkerstr. 11.
F. Brechtkopf, Exerzierstr. 19a.
Waldemar Brosse, Driesenerstr. 3
Hermann Busch, Grünauerstr. 12.
Fritz Eichler, Bastianstr. 18.
Emanuel Flögel, Mirbachstr. 25.
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
Rob. Gebler, Wildenbruchstr. 68.
O. Göpp, Wissenerstr. 31, u. gr. u. gr. 20.
E. Großberandt, Wittstockerstr. 7.
A. Großklusky, Boxhagenerstr. 37.
Gust. Heintschel, Havellagerstr. 26

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen

MONA LISA Die neue 33 Qualitäts-Cigarette

Otto Hoff, Chorinerstr. 13.
F. Kiesewetter, Schützenstr. 16.
R. Klinker, Weidens., Leherstr. 120.

Bäcker- u. Konditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 102
Max Kühn, Triftstr. 9
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
Carl Lindenberg, Lychnstr. 4.
F. Müller, Wilhelm-Alexis-Platz 43.
G. Münch, Reinkendorfer, Provinzstr. 111
Carl Neudorf, Sickingenerstr. 79
Gustav Nielsen, Lindowerstr. 7
F. Nitschke, Cadinerstr. 4.
J. L. Popp, Kassestr. 104, Reinkend.-Ost
Fr. Pribyl, Osmarstr. 26.
Osw. Rauhut, Grötkstr. 27.
Gust. Rauteberg, Metzstr. 11
E. Saunus, Brunnenstr. 26.
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.
Paul Scholl, Amsterdamerstr. 5.
Paul Schön, Kopenhagerstr. 74.
Adolf Schulz, Fiorastr. 78 Pank.
Filialen in allen Stadtteilen.

Turban

E. Weber, Provinzstr. 99, Reinkend.-Ost
Karl Weinhold, Kamerunerstr. 47.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 16
Fachau, Gr.-Lichterstr., Chausseest. 15a
Paul Zastrow, Stromstr. 82.

Bandagen, Gummiwaren

R. Bauke, Stralauer Str. 56.
J. Kabele, Rosenthalerstr. 25.
E. Kraus, Rosenthalerstr. 51.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
H. Neusch, Breitstr. 24, Spandau.
Nicolaus N. Linsenstr. 127.
M. Spranger, Reinkend.-Ost, Str. 11.
Beerdigungsanst. Sargm. G.

J. Liszczynski, Gerichstr. 30.
H. Petermeier, Strellitzerstr. 8.

Butter, Eier, Käse

Concordia-Butterhandl.
des Ostens
15 Detailgeschäfte

Bruno Freche
15 Detailgeschäfte

Gebr. Gause.
25 eigene Filialen.

August Holz
15 Detailgeschäfte
Hubertus, Butterhdg., Strausberg
Herm. Kunert, Culmstr. 29

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Kosmalla, E., 4 Detailgeschäfte

„Nordstern“
„Mercur“

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Gebr. Siegart
Wiener Str. 55, Butter, Eier, Käse.

Uhly & Wolfram
Blumen und Kränze
M. Klinkow, Triftstr. 49

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei., Bierhdg.

Brauerei Bötzw
empfehlen
Qualitätsbiere
ersten Ranges.

W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brau. Potsdam, Eg. Nidel.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 13
Brandenburg, E. Wilhelmstr. 110
Spez. Pilsn. Stangenbier

Berliner Bock-Brauerei
empfehlen
anerkannt vorzügl. Biere
Osw. Berliner
Urbirner, hell und dunkel
Hempel, E., Müllerstr. 138 a.
Luisebrauerei Weißensee.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Weissbier - Caramelbier
Brauerei E. Willner
Pankow.

Löwen-Brauerei
vorzügl. Faß- und
Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Brauerei Pfefferberg.
Trinkt Wanninger Bier!

Verlins-Brauerei Teutonia, NW 87.
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasenstr. 97 Tel. -A. VII, 2634.

Drogen und Farben
Güntherstr.-Drog., Bülowstr. 51
W. Kleemann, Berg-Drogerie, Bergstr. 27
Werder-Drogerie, Fritz-Reuterstr. 5a

Cigarrenfabriken

JUHL
250 GESCHÄFTE

G. Kaphun
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen.

Carl Martenzen
Cigarren-Fabrik
Filialen in allen Stadtteilen.

J. Neumann
200 Niederlagen.

Richter & Franke
Filialen in all. Stadtteilen

Paul Reiß Friedrichstr. 128
und Filialen.

Cacao, Schokolad., Confitur.

SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
beliebt in jedem Haushalt.

Seiffert, E. Filial in Berlin
und Vororten

Cylix, G., Filialen in all
Stadtteilen.

Cigarrenhandlungen

Fanny Baumert, Lindowerstr. 23
C. Kahlemann, Turmstr. 47.
O. Kunze, Reinkendorfer Str. 14

**Eisen, Stahlwaren, Waffen,
Werkzeuge**

Herm. Braun, Landsbg. Allee 149
Grüner Weg 49
Wrangelstr. 59.

Otto Belg Oranien
str. 40a

G. Brucklacher, Oranien
str. 40a

Carl Jung, Stromstr. 31.
Otto Lehmann, Neuk., Friedelst. 9.
Röhmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.

Fleisch-u. Wurstwaren

W. Beck
Inh. Herm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik

C. Billerbeck, Charlott. Krone Str. 13
Franz Borzjak, Lübeckstr. 25
Fr. Brauer, Neukölln, Walterstr. 55
Fr. Wangel 44 Brunnen 26
Drost Frankfurter Allee 123.
Willy Dorfmann, Wienerstr. 62.
Bruno Dörr, Mantelstr. 29
Dresdn. Fleisch-Centr. Bresdenerstr. 17.
Gontardstr. 2 Eingang vom Plur.
A. Fehl, Nklln., Lüderstr. 15
F. Fiegler, Csp., Flemmingstr. 33
E. Feuch, Allee Steiner Str. 12.
Fleischer, Frankfurter Allee 150
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
M. Grünwald, Kopenhagerstr. 68.
R. Holzbutler, Putbusserstr. 46.
F. Hubrich, Ramlowerstr. 23.
Wilh. Kurz, Wrangelstr. 83
H. Leibnitz, Nklln., Schönstedtstr. 16
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Rostockerstr. 43.
Luebbe, Joh. Fleisch-u. Wurstfabr.
Paul Matschke, Thaeerstr. 17

G. A. Müller
Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.
Spezialität: Frankfurter Würstchen

A. Möbes Nchf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4.

K. Neger, Nklln., Friedelstr. 21
G. Peiß, Andreasstr. 77b.
Gustav Pfennig, Golzkowskystr. 12
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 21a
G. Rohloff, Naunynstr. 8.
H. Rose, Trankowstr. 11, Markthallesch.
P. Schmatzagen, Bülfer Str. 11
Otto Schneider, Rostockerstr. 30
Otto Schreiber
Hohenfried-
bergerstr. 1
Paul Spehn, Kopenhagerstr. 35
Gustav Stolz, Hussenstr. 44.
E. Tharst, Reinkend.-Ost, Scharnweberstr. 24
P. Wendt, Simon Dachstr. 37.
F. Wunderlich, Bötzwstr. 38.
Paul Zwart, Landsberg, Allee 136.
„Haus-u. Küchengeräte“
G. Geiger, Schleierstr. Müllerstr. 7.
Reinkend.-Ost, E. S. 4.
Frz. Kamerowsky

Fasinfabriken

Glagow & Schwabe Gitschiner
Straße 63.

Timmer-Essig
Oberall erhältlich!

Fische, Conserven

Max Fische, Adalbertstr. 13.
Ottobrunn, Bäckerw., Gr. Frankf. Str. 131
P. Staehr, Pischhdg., Rucherwar.
Weidweg 19 Pk. Frankfurt, Allee 151/52

Herrn- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 25, Ecke
Prinze-Allee.

Fabrisch & Co. Rosenthalerstr. 3.
Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schish-Allee 70 a

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Kauf beim Hutmacher!
Gehr. Heise
Müllerstraße 153.

A. Lemaitre, Wilmstr., Berlinerstr. 137.
Schoorr, Herm., Wilmstr.-St. 46.

Vester, E. Kottbuser-
Damm 18/19

Kaffee-Rösterei

A. Zuntzel, Wwe.
Filialen und Niederlagen
in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten

Abekannt verteilte Bezugsquelle
**Kaffee, Tee, Kakao
und Schokolade etc.**
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann

Kaufhäuser

Paul Falkenstein Hochstr. Str. 1
Rabattmarkt.

Kohles, Koks, Holz, Briketts
H. Geiko, Gieselerstr. 1, E. Elbingerstr.

Kolonialwaren

C. Böse, Provinzstr. 109, Reinkend.-Ost
Fritz Hübner, Schlemmerstr. 11.
Franz Möws, Muskauserstr. 24
O. Pösch, Schwedenerstr. 18.
Franz Richter, Malpiquestr. 35/36
Runge, Otto, Nklln., Hermannstr. 55.
A. Silkinat, Nklln., Reinkend.-Ost, 109
Erich Thiel, Weißb., Langhausstr. 123.
„Kors-Wei- u. Wolw.“ Frikotage.

Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Hermann Meyer, Schützenstr. 21.

Mehlhändler

Bethke, Georg, Muskauser-
straße 44
Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-
Str. 64, Weserstr. 189, Friedelstr. 21.
Treptow, Grüt-Str. 44.

Frese, Ernst 5 Geschäfte
im SO.

Gaige, Otto Charlotten-
burg.

Ernst Hoffmann Kolonnenstr. 4.
Brückenstr. 1.
F. Pflugmacher, Kolonnenstr. 48.
Wangelstr. 75
F. W. Sichter, Ecke Currystr.

Möb. Imagozine
P. Bock, Klosterstr. 8/9, Spandau.
J. Kempel, Stephanstr. 32.

Molkereien

C. Braun, Eldenerstr. 25
Wilhelm Frenzer, Bouchéstr. 60.
H. Friedrich, Straßburgerstr. 43a

Untenstehende Geschäfte
empfehlen sich b. Einkauf.

„Schweizerhof“
Mehel und Molkereianst.
Emdener Str. 46. u. Tel. U 2505.

Wodrich, Putbusserstr. 35.

Mostschifabrik

Glagow & Schwabe Gitschiner
Straße 63.

Tamborini Mostschif überall!

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 28
Waschmasch.

Littauer Nähmasch., Spandau
5 Jahre Garantie, Teilkzahlung
Nähm.-Spz.-Gesch., Potsdamerstr. 10.

Singer
Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Obst, Gemüse

Frig Wolff, Naugardorstr. 48.

Optiker, Mechaniker

Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nklln., Bergstr. 14
W. Zapletal, Frankfurter Allee 148

Photogr. Apparate

M. Albrecht, SO, Kottbuserstr. 3.
auch Gelegenheitsakt.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Photograph. Ateliers

R. Maerz, Badstr. 63.
Rud. Obigt, N. Reinkendorferstr. 2

Planos

R. Vierling, Kottbuserstr. 3.
Kauf, Miets, Teilzahlg.

Rohschlächter, eien

E. Weidlich, Steglitz, Lindenstr. 41.

Schreibwaren

O. Prochnow, Nklln., Hermannstr. 43

Schuh-, Schuhmach.

K. Lück, Charl., Tauzigstr. 42.
Petersohn, Ost., Müllerstr. 155.

Seifen

**Schneewittchen-
Bleichseifenpulver**
Alleinvertrieb: Grubitz, Potsdam

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Vericherungen

„Deutschland“ Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung, Straße 2

Wirtschaften, Etabliements

L. Goebel, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groll, Henningsdorferstr. 10.
Schöneberg
Hackepeter Hauptstr. 139.

Die erste selbstspiel. Doppelgeige
Patzenhofer
I. Guggenberger, Essenerstr. 44.

Rebeck-Ausschank
Alexanderstr. 55 - Tägll. Konzert

Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderstr., Rich. Schloßhans.

Schultheiß - Ausschank
Am Eingang Bahnhof Jannowitzbrücke

Zahnteller
W. Best, Skallerstr. 42 & Wangelstr.
M. Dresler, Grütstr. 701, Treptow.

Meierei
C. Bolle
A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit
Altster und größter
Milchwirtschaftlicher
-Großbetrieb

Wine, Liköre, Fruchtäfte

E. Ballin & Co.
Cognak-Brennerei
Dampf-Likörfabrik
Nur Qualitätsalköre.

Hugo Selig
60 Filialen in allen Stadtteilen.

P. Kirchner & Co.
Cognak-, Likörfabrik
Kirchner's Araber.
Groß- u. Kleinhandel, P. Freudenberg.

Otto Albert Scholz Frankfurt
Allee 156
Groß- u. Kleinhandel, Ausschank.

Herm. Meyer & Co. Act.-
Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Oswald Nier
30 Filialen und Weinstuben

Ignatz Sello Brunnenstr. 16
und Filialen
Eisen-Verk. Essig-Pr.

Underberg-
Boonekamp
Anerkannt bester Bitterlikör

Sprit- und Likörfabrik
Ringfrei
m. & W. Müller
Buckowerstr. 78.

Britz
St. Sorowka, Bäckerei, Rudowerstr. 34a

Fredersdorf
Carl Schieber, Brot- u. Feinbäckerei
Carl Tebel, Brot- u. Feinbäckerei
Königs-Wurstwaren
O. Hübscher, Farm, Ost-, Bahnh. 20

Kaufhaus Emil Bergmann

Mahldorf
Bäckerei, Kottbuser-
Rud. Grünow, Café, Bahnhofstr. 31
Frau A. Nagel, Kolonialwaren.

Marlendorf
E. Flots, Bück., Gr.-Neuenstr. 12a.
H. Wagner, Kottbuserstr. 11, Flakow-Warstr.

Neukölln

C. Kamper, Bergstr. 137, Uhr, Glidw.
Krause, Kais. Friedr. Str. 79 Sch. Weisesh.
Fr. Pannek, Bergstr. 135, Lederw.
E. Schüller, Böttcherpl., Pannasierw.

Nieder-Schönhausen
O. Strem, Schleierstr., Kais. Wilh. Str. 74
K. Wilke, Schleierstr., Lindenstr. 10.

Spandau

Karl Heinrich, Bäck., Schieferstr.
Schneiderlein, Breitstr. 35, Flakow-Warstr.

Tempelhof
J. Hohmann, Bäck., Friedr.-Wilh.-Str. 27.

Weißensee
P. Jürgen, Koloww. Berl. Allee 188.
Thälberg's Drogerien-Weißensee
Otto Obst, Fl. a. Warsw. Eisenstr. 79

Wilhelmsruh
Wendler & Kottbuser, Koloww. Hauptstr. 29

Zossen
Warenhaus S. Cohen.

Theater für Mittwoch, 24. Februar:

Berliner Theater
8 Uhr: „Extrablätter!“

Deutsches Künstler-Theater
7 1/2 Uhr: Egmont.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Die Walküre.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
8 Uhr: Figaros Hochzeit.

Gebr. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Familie Plaschek.
Heilbring contra Heilbring.

Kleines Theater
8 Uhr: Der kategorische Imperativ

Komische Oper
8.10 Uhr: Gold gab ich für Eisen.

Komödienhaus
8 Uhr: Bunter Abend.

Lesing-Theater
8 Uhr: 2 x 2 = 5.

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr: Die Orientreise.

Metropol-Theater
8 Uhr: Woran wir denken!

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der liebe Pepl.

National-Theater
8.10 Uhr: Wenn d. Landsturm kommt

Residens-Theater
8 Uhr: Die Schöne vom Strand.

Rose-Theater
8 Uhr: Die heilige Not.

Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der gute Bürger.

Schiller-Th. Charlottenbg.
7 1/2 Uhr: Faust I.

Thalia-Theater
8 Uhr: Kam'rad Männe.

Theater am Nollendorferpl.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der Graf v. Luxemburg.

Theater des Westens
8 Uhr: Rund um die Liebe

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Hedda Gabler.

Trianon-Theater
8 1/2 Uhr: Das Liebesnest.

Volksbühne-Theater am Bülowplatz
8 1/2 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Walhalla-Theater
4 Uhr: Robinson Crusoe.
8 Uhr: Krümel vor Paris.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (Halbe Preise):
Die Weichsel und die masur. Seen.
Abends 8 Uhr:
Professor Steindorf:
Der Suezkanal, Aegypten u. England

Casino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Donnerstag
den 25. d. M.:
Durch dick und dünn.
Freitag, 26. Februar: Erbauung
des neuen Lustspielhauses:
Der Herr Kommerzienrat.
Sonnt. 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Seite Mittwoch, den 24. Februar:
Gold und Liebe.
Schauspiel in 4 Akten und 5 Bildern.
Von Edmund Braun u. Heinz Räder.
Saisonöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater am Zoo
Täglich 8 Uhr:
„Muttchen hat's Wort!“

Zirkus Alb. Schumann
Mittwoch, 24. Febr., Anf. 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:

Artur Saxon-Trio
die stärksten Männer der Welt
mit ihrer lebenden Automobil-
Brücke.

Welles 5 dressierte Bären.
Neu! 4 Clacres 4 Neu!
Um 9 1/2 Uhr: Zum 75. Male:
Ost und West
Großes patriotisch. Schauspiel aus
der Gegenwart in 4 Akten.

WINTER GARTEN

Letzte Woche!
Johanna Terwin
vom Deutschen Theater, Berlin.
Jakob Tiedtke
v. Lesing-Theater, Berlin, in:
Landwehmanns und Pikarde
Zeitbild von Otto Reutter.

Serene Nord
mit ihren Wassernymphen.
Rosa Feisegg
mit ihrem Aeroplan,
Eise Berna
Operettensängerin
sowie der hervorragende
Februar-Spielplan.
Kleine Preise.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Weihnachtsabend
im Schützengraben
Anfang 8 Uhr.
Militärpersonen
und deren Angehörigen
sollkommen freier
 Zutritt zu den
Stett. Sängern.

Theater-Folies Caprice
8 1/2 Posse-Theater 8 1/2

Sprechstunde.
Ein angenehmer Herr.

Martin Kettner a. G.

Theater des Weddings
Ecke Müller-u. Sellenstraße
Uraufführung
Henny Porten
Das Ende vom Liede
Drama.
Nur noch 2 Tage.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden -
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden 11 1/2 - 2 u. 5 1/2 - 8

Haben Sie nicht?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot
nach Mass. schick. dankh. Zutaten
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 11, (Stadth. Biers.)

Stempelfabrik
Robert Hecht,
Inh.: Alfr. Schneller
Berlin N. 42,
Ritterstr. 116.
Hecht idnell und
büglt alle Arten

Stempel
in bester Ausführung.

Verloren! Sealbisam Schabes,
gegen gute Belohnung
abzugeben. beim Portier
Hotel Bristol, 9-10 normittags.

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Minlos'sches Waschpulver
alleintätig, ohne Seife oder Soda
zu verwenden
das 1 Pfd. Paket kostet nur 80 Pfg.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Gahnisch, Kderstr. 174.

O. Karl Welle, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Rodden-
straße 52 H. Wengels, Parkstr. 36.

NO. 2. Zucht, Ammonienstr. 12. R. Reul, Barnimstr. 42.

N. H. Wolgast, Böttcherstr. 9. G. Richter, Böttcherstr. 6.
Karl Wied, Grefenbagenstr. 22. J. Gönisch, Müllerstr. 31a.
G. Vogel, Vorplatz, 37. H. Fies, Invalidenstr. 194.

NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagen Str. 48.

SW. G. Schmidt, Fürwalderstr. 42. Tachn, Nagelberger Str. 27.
S. St. Rin, Briningerstr. 31. G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.

SO. Paul Böhm, Luchter Weg 14/15. F. Forich, Engelauer 15.
Adlershof, Karl Schwärzloie, Bismarckstr. 28.
Bannschulenweg, G. Hornig, Marienb. Str. 18, I.
Borsigwalde, Paul Kienak, Rändstr. 10.
Charlottenburg, Gustav Zahnberg, Selendemer Str. 1.
Friedrichshagen, Ernst Bernmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal, Max Gönicher, Parkstr. 23.
Karlshorst, Cskar Zgaarschmidt, Auguste-Viktoria-Str. 18.
Köpenick, Gmit Wöhler, Riegerstr. 6, Laden.
Lichtenberg I. Cito Zettel, Bartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. H. Reinken, Alt-Bogener 56.
Neukölln, W. Heinrich, Redarstr. 2 Conrad, Fernmannstr. 50.
G. Rohr, Steglitzerstr. 28/29.

Nieder-Schöneweide, Wilh. Harnd, Bräudenstr. 10.
Nowawes, Karl Krobner, Friedrichsplatz 17.
Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.
Pankow, Otto Rißmann, Röhlenstr. 30.
Reinkend.-Ost, P. Gurik, Wodringstr. 56, Laden.
Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau, Köppen, Breitelstr. 64.
Steglitz, G. Vernice, Kienstr. 54.
Tempelhof, Joh. Krahn, Wodringstr. 62.
Treptow, Robert Gramens, Reibholzstr. 412, Laden.
Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schiller, Bestner Wiese 253.
Wilmerdorf, Paul Schubert, Bismarckstr. 27.

Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung, Dienstag, den 23. Februar, nachmittags 12 Uhr.

Am Ministertische: Loebeil, Schorlemer.

Vom Kaiser ist folgende Antwort eingelaufen: „Wärmsten Dank für die freundlichen Glückwünsche des Hauses der Abgeordneten zu dem glänzenden Erfolge, den in der Winterschlacht in Masurca die bewundernswürdige Tapferkeit und Ausdauer unserer Heldensöhne im Verein mit der genialen Feldherrnkunst ihrer Führer dem Vaterlande errungen haben. Das in ein einziges Volk in Waffen verwandelte Volk der Dichter und Denker darf auch ferner dem entschlossenen Willen zum Siege über alle Feinde deutscher Kultur und deutscher Gerechtigkeit vertrauen. Gott wird mit uns und unserer gerechten Sache sein. Wilhelm I. R.“ (Lebhafte Beifall.)

An Stelle des Abg. v. Flotzwell (ff.) wird der Abg. Sengsberger (ff.) zum Schriftführer gewählt. Die Beratung des Etats des Staatsministeriums wird fortgesetzt.

Belagerungszustand und Beschränkung der Pressefreiheit.

Der Berichterstatter

Abg. Febr. v. Zedlitz (ff.)

teilt aus den Kommissionsverhandlungen hierüber folgendes mit: Es ist rechtlich bedenkenfrei und beinahe selbstverständlich, daß der Kaiser unter Verantwortung des Reichskanzlers in einer Zeit wie der jetzigen den Belagerungszustand erklären kann. Immerhin fehlt es nicht an Unklarheiten im einzelnen. Während des Krieges ist eine gesetzgeberische Abhilfe nicht möglich. Sie muß auf die Zeit nach dem Kriege verschoben werden. Dann wird auch das im Artikel 68 der Reichsverfassung vorgesehene Reichsgesetz zu erklären sein. Das hat die Kommission der Regierung als ihre Erwartung ausgesprochen. In der Kommission hat der Minister des Innern ausdrücklich erklärt, daß die Militärbehörden genau so wie die Zivilbehörden bei allen ihren Anordnungen an alle bestehenden Gesetze gebunden seien, soweit der Belagerungszustand diese Gesetze nicht außer Kraft gesetzt hat. Der Minister des Innern hat der Erwartung der Kommission entsprochen und zugesagt, dafür sorgen zu wollen, daß die Militärbehörden keine Anordnungen erlassen, die gültigen Gesetze und Verordnungen widersprechen. Die Uebersetzung der wozuliehenden Gewalt an die Militärbehörden hat im großen und ganzen zu erheblichen Anerträglichkeiten nicht geführt. Immerhin waren manche Kommandobehörden mit ihrem neuen Tätigkeitsgebiet noch nicht ganz vertraut, und einzelne Fehlergriffe konnten nicht ausbleiben. Die Regierung hat Besserung versprochen, und die Kommission erwartet, daß bei Fehlgriffen den Betroffenen Genugtuung gewährt wird.

In der Frage der Handhabung der Zensur vertrat in der Kommission eine Seite die Meinung, man hätte die Zensur auf die Grenzprovinzen beschränkt und sonst volle Pressefreiheit gewährt. In übrigen war die Kommission der Auffassung, daß im Interesse der Kriegführung die Zensur für das ganze Land nach zwei Richtungen hin zu Recht eingeführt worden sei, nämlich zur Wahrung der Bedürfnisse der Landesverteidigung und zur Wahrung des inneren Friedens. Diese beiden Gesichtspunkte ergaben für die Kommission aber auch die Schranken der Handhabung der Zensur: über diese Grenzen hinaus sollte die Pressefreiheit nicht eingeschränkt werden. Die Kommission hat der Regierung deshalb ihre Erwartungen ausgesprochen, daß sich die Zensur in der Folge auf die volle Sicherung der Interessen der Landesverteidigung und die volle Wahrung des inneren Friedens beschränken werde. Die Kommission war darin völlig einmütig, daß die Zensur in allen Landesteilen gleichmäßig und nach gleichen Grundätzen erfolgen müsse.

Innerhalb der Kommission war auch kein Zweifel darüber, daß das deutsche Volk

in der Erörterung der Friedensbedingungen nicht mundtot

gemacht werden dürfe, sondern Gelegenheit haben müsse, seinen Willen und seine Meinung in dieser Frage in weitestem Maß auszuüben. Aus der völligen Unterdrückung jeder Erörterung der Friedensbedingungen durch die Zensur würde die Befürchtung hergeleitet, daß das deutsche Volk bis zum Friedensschluß seiner freien Meinungsäußerung darüber beraubt werden könne. Dies erschien uns so bedenklicher, als festgelegt wurde, daß heute Pressezensuren nach der Richtung nicht unterdrückt werden, daß man schleunigst Frieden machen solle und daß man von jedem Landesverwahrer Abstand nehmen müsse, daß also da, wo es sich um die Freiheit der Meinung handelt, die Zensur der freien Meinungsäußerung breiten Raum läßt. Das ist um so bedenklicher, weil das Ausland, wenn man die andere Meinung nicht zum Worte kommen läßt, daraus leicht den Schluß ziehen könnte, daß das deutsche Volk nur die Ansicht einer verschwindenden Minderheit ist, die Auffassung des ganzen deutschen Volkes sei und daß man demzufolge an der Kriegsbegeisterung des Volkes zu zweifeln beginne. (Sehr richtig! rechts.) Man war in der Kommission auch der Meinung, aus dieser einseitigen Handhabung der Zensur könnte das Mißverständnis entstehen, als ob jene staumachende Aeußerungen die Auffassung der Reichsregierung widerspiegeln, und das wäre natürlich ein Irrtum, aber auch der Schein sollte vermieden werden. Mit Befriedigung hat die Kommission die Erklärung entgegengenommen, daß die Reichsregierung das Bestreben des deutschen Volkes grundsätzlich anerkenne, bei den Friedensbedingungen mitzuwirken. Nicht einverstanden aber war man mit der angeknüpften Bemerkung, daß demzufolge bei Eintritt in die Friedensverhandlungen die freie Meinungsäußerung gestattet sein solle. Ueber den Zeitpunkt, von dem ab der freie Meinungsaustrausch gestattet werden könne, waren in der Kommission verschiedene Auffassungen vertreten. Die einen waren der Meinung, man könne schon jetzt die Diskussion völlig freigeben; Rücksichten auf das Ausland dürften nicht entscheidend sein; die Presse würde die Diskussion so führen, daß keine Bedenken entstünden. Auf der anderen Seite war man der Meinung, daß bei aller Siegeszuversicht doch die Kriegslage noch nicht soweit gefärbt sei, daß man schon jetzt ohne Bedenken eine solche Diskussion erlauben könne. So gingen die Meinungen auseinander, aber darin war man in der Kommission völlig eines Sinnes, daß der von der Regierung vorgesehene Zeitpunkt zu spät sei. Die Freigabe der öffentlichen Meinungsäußerung müsse so rechtzeitig erfolgen, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gelange. So beschloß die Kommission. Da erschien der Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen“, der in seinen Schlüssen dahin verstanden werden konnte, als ob die Reichsregierung dieser einmütigen Auffassung der Kommission widerspreche. Dieses Mißverständnis ist durch den heutigen Artikel der „Norddeutschen“ beseitigt. Die Regierung ist mit der Kommission völlig einig und gedenkt in diesem Sinne den freien Meinungsaustrausch über die Friedensbedingungen rechtzeitig freizugeben. Wir erwarten, daß der freie Meinungsaustrausch dazu führen wird, daß die Friedensbedingungen dann auch so gestaltet werden, wie sie den Interessen des Vaterlandes entsprechen. (Bravo!)

Eine Diskussion über diesen Punkt findet nicht statt.

Die Hilfsaktion für Ostpreußen.

Berichterstatter Abg. v. Zedlitz (ff.)

begrüßt im Auftrage der Kommission die Maßnahmen der Regierung für Ostpreußen mit großer Genugtuung.

Minister des Innern v. Loebeil:

Die Kommission für Ostpreußen hat zunächst die Schäden festzustellen und die Beträge zu ermitteln, die als Vorentscheidung unter Vorbehalt der Erstattung durch das Reich gezahlt werden sollen. 66 Kriegshilfsausschüsse stellen in den 39 Stadt- und Landkreisen diese Schäden fest. Nach dem Stande vom 4. Februar sind auf 72.453 Anträge rund 2,7 Millionen Mark an Vorentscheidung gezahlt worden. Die Arbeit war schwer und verdient den Dank des Vaterlandes, und es ist gute Arbeit geleistet worden, denn bisher ist auch nicht eine Beschwerde wegen Verweigerung der Vorentscheidung eingelaufen.

Der Minister spricht dann über die Unterbringung der ostpreussischen Flüchtlinge im Zentrum und Westen des Staates, erklärt, daß der Wiederaufbau in erster Linie nach dem praktischen Bedürfnis geschehe, wobei aber Unschönes vermieden werden soll. Wichtige hygienische Maßnahmen werden in den von den Russen befreiten Gebieten getroffen werden. Elektrifizierung des Landwirtschaftsbetriebes soll der Provinz helfen. Die heimgesuchten Ostpreußen mögen sich aufrichten an der Fürsorge ihres Königs und können auf sein Gelöbniß vertrauen. Was Menschenmacht vermag, soll geschehen, um neues Leben aus den Ruinen entstehen zu lassen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Speth (ff.)

dankt dem König und der Regierung sowie allen anderen Helfern namens Ostpreußens. Der letzte großartige Sieg unseres Nationalhelden Hindenburg gibt uns die Gewißheit, daß Ostpreußen vor jedem weiteren Nuffeneinfall beschützt ist. Sollte eine Rückkehr aller Flüchtlinge bis zur Frühjahrsbestellung nicht möglich sein, so muß der Acker von Staats wegen bestellt werden. Das wichtigste Problem bleibt die Zurückführung der ostpreussischen Bevölkerung, namentlich der Arbeiter. (Beifall.)

Abg. Graw (3.)

äußert sich in dem gleichen Sinne wie der Vortredner.

Abg. Fuhrmann (natl.)

bezeichnet die Verwüstungen in Ostpreußen als einen Schandfleck für die weiteuropäischen Verbündeten der halbasiatischen Nordbrüder. Bei dem Friedensschluß muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die jetzt offenen Grenzen Ostpreußens nicht mehr offene Grenzen bleiben. Gerade die Verwüstungen Ostpreußens haben unsere Truppen zu Kraftanstrengungen angefordert, die uns hoffentlich den Sieg und damit das größere Deutschland bringen werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kanzow (Sp.):

Die volle Entschädigung Ostpreußens ist eine Ehrenpflicht. Gewiß liegt die größte Schwierigkeit in der Arbeiterfrage. Aber wie sind gegen Zwangsansiedlungen und für Freizügigkeit. Die Lösung dieser Frage muß eine großzügige An siedlungspolitik werden. Die bäuerliche Bevölkerung muß der Provinz nach Möglichkeit erhalten bleiben. Zur Hebung des Verkehrs muß der Ostkanal gebaut und der obere Pregel schiffbar gemacht werden.

Abg. Hofer (Soz.):

Es ist der gemeinsame Wunsch aller, die Wunden Ostpreußens zu heilen. Das ist auch eine Ehrenpflicht Deutschlands. Allerdings geheilt können nur wirtschaftliche Schäden werden, für die feilschen Schmerzen, das unsagbare Elend und furchterliche Herzeleid der Opfer des Krieges gibt es keine Hilfe. Wir in Ostpreußen hegen die Hoffnung, daß sich die Inflation nicht wiederholen wird. Wir müssen uns aber auch fragen, ob es kommen mußte, und wenn der Russeneinfall militärisch nicht zu hindern war, ob man nicht die Menschen, ihre Habe, das Vieh, die Vorräte und Lebensmittel hätte in Sicherheit wegbringen sollen. Es haben sich ja jetzt auch in der Budgetkommission Bedenken nach dieser Richtung erhoben. Die Zivilbevölkerung wurde geradezu in Sicherheit gewiegt. Jetzt äußert sich in gewissen Kreisen die Furcht, daß die geflüchteten Arbeiter der Provinz fernbleiben werden. Es steht fest, daß an der ostpreussischen Bevölkerung gesündigt worden ist, wenn ich auch heute diese Frage nicht tiefer untersuchen will. Wenn die Regierung in Berlin ahnungslos war, dann konnten die Landräte voraus ahnen, was kommen würde. Die Pfarrer predigten von der Kanzel Gottvertrauen — sie konnten nicht wissen, welche tschindischen und kirgisischen Horden eindringen würden. Freilich, manche russischen Truppenteile haben sich anständig verhalten. Den Landräten und Pfarrern muß ich aber vorwerfen, daß sie nicht für die Bevölkerung sorgten. So kam es, daß die Leute dann planlos umherirrten, vor den Russentrüppern flohen, sich tolläugigsten und alles verloren. In der Eile wurden die Schweine geschlachtet, die dann verbraten. Ein Glas, das noch Kartoffeln auf den Feldern und im trockenen Zustand vorhanden waren. Jedenfalls — die geflohenen Ackerer erheben stumme Anklagen gegen die Schuldigen. Es herrschte große Erbitterung in der ostpreussischen Bevölkerung. Der Bureaokratismus hat sich als unfähig erwiesen, aus eigener Initiative notwendige Maßnahmen zu ergreifen. Heute zerbricht man sich den Kopf darüber, wie die Volksernährung zu sichern ist, und in Ostpreußen sind große Vorräte in Feindesland gefallen, wodurch die russische Verpflegung erleichtert wurde. Das gilt nicht nur für die erste, sondern auch für die zweite Invasion. Wieder hat es gewissenlose Händler gegeben, die die Kollage der Bevölkerung

zu Wuchergeschäften ausgenutzt

haben. Solche Händler müssen zur Rechenschaft gezogen und gezwungen werden, den Schaden zu ersetzen. Die Bevölkerung war vogelfrei. Die Regierung ist deshalb verpflichtet, ihr den Schaden zu ersetzen, weil sie durch ihre Direktionslosigkeit alles verschuldet hat. Seit vier Monaten herrscht militärische Einquartierung. Die Beteiligten tragen die Last, weil das noch immer besser ist, als wenn die Russen da wären. Vielfach entspricht die Bezahlung für die Lieferungen an die Armee nicht der Leistung, man hat mal hat das Militär nicht einmal die Zeit, einen Unterschein auszustellen und ohne solchen Schein bekommen die Leute beim Landrat nichts. Es kommt auch vor, daß Wagen und Geräte requiriert werden, ohne daß der Besitzer weiß, von welchem Truppenteil.

Wiederaufbau nach dem in die Kriegshilfskommissionen

Vertreter der Arbeiterschaft nicht einbezogen

wurden. Hier wäre eine Gelegenheit, Gerechtigkeit zu zeigen und Gleichberechtigung eintreten zu lassen. Aber auch die Klugheit würde die Mitarbeit der Arbeiter erfordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt tragen die anderen allein die Verantwortung. Wir begrüßen die Ankündigung einer reichsgesetzlichen Regelung des Entschädigungsanspruchs. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebäude darf nicht überhastet werden im Interesse eines rationellen Wiederaufbaues. Die Hauptsache ist die Feldbestellung, für die vom Staate Saatgut, Rotorsflüge und Ackergerät beschafft werden müssen. Ein gewisser Wirtschaftskommunismus wird sich dabei nötig machen. Wenn die Arbeitskräfte nicht ausreichen, sind wir mit der Beschäftigung von Gefangenen einverstanden, jedoch müssen sie so bezahlt werden, daß sie nicht als Lohnrücker wirken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die eigentliche Ergänzung der Viehbestände und der Gebäudeaufbau müssen für eine Zeit aufbewahrt werden, wo die Provinz völlig gesichert ist. Der Krieg hat die ostpreussische Pferdezahl ins Mark getroffen, die Gelegenheit zur eingehenderen Besprechung wird der Gesäu-

clat bilden. Die Rückkehr der Flüchtlinge, namentlich ihrer Frauen und Kinder, darf nicht zu früh eingeleitet werden; ihre Arbeitskraft kommt überall, wo sie sind, der Allgemeinheit zugute. Wenn ein großer Teil der Arbeiter Ostpreußen fernbleibt, so liegt die Schuld daran an der Nichterfüllung unserer oft erhobenen Forderungen im Interesse der Landarbeiter. Unter keinen Umständen darf die Gewährung der Entschädigung von der Rückkehr abhängig gemacht werden. Ist es nicht traurig, daß Sie überhaupt Besichtigungen nach der Richtung haben müssen, daß die Arbeiter nicht wieder zurückkommen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Beim Wiederaufbau muß besonders für bessere Arbeiterwohnungen gesorgt werden. Im Frieden, der ja doch wieder kommen muß, müssen die Ertragsfähigkeiten von Wissenschaft und Technik die Schäden der Kriegswirtschaft wieder gutmachen; eine besondere Bedeutung wird da der Elektrifizierung des landwirtschaftlichen Betriebes zukommen. — Wenn wir heute unter so trübseligem Mitgefühl für Ostpreußen lundetan haben, so möchte ich doch auch mein menschliches Empfinden jenen Unglücklichen weihen, denen der russische Krieg außerhalb der deutschen Grenzpfähle in Oesterreich, Ungarn, Rußisch-Polen, Frankreich und Belgien ein ähnlich trauriges Schicksal beider hat wie der ostpreussischen Bevölkerung. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Febr. v. Gamp (ff.):

Es ist nicht richtig, daß man ganze Gebiete in Ostpreußen hat räumen lassen, ohne daß für Verpflegungssituationen gesorgt und ohne daß den Flüchtlingen ein bestimmtes Ziel angegeben wurde. Die ostpreussische Bevölkerung empfindet es als eine schwere Peinigung, daß sie in größerem Umfang der Spionage verdächtigt wurde. Wenn russische Offiziere Ostpreußen so genau kannten, so erklärt sich das daraus, daß sie seit Jahrzehnten mit den Offizieren in den Grenzorten verkehrt und auf Jagden die ganzen Wege genau kennen gelernt haben. Die Angriffe des Berechners gegen unsere Bureaucratie sind unbegründet. Selbst ein Sozialdemokrat wird doch nicht so weit gehen, anzunehmen, daß alle unsere Beamten unordenlich wären oder nicht voll ihre Pflichten täten. Auch Herr Hofer wird zugeben müssen, daß unsere Bureaucratie den Vergleich mit der französischen und englischen nicht zu scheuen braucht. (Sehr richtig!) In der Viehzucht und Pferdegenuss sieht Ostpreußen an der Spitze von ganz Deutschland. Der Reich seiner Bewohner, der es soweit gebracht hat, wird der unglücklichen Provinz auch über die jetzige schwere Zeit hinweghelfen.

Damit schließt diese Besprechung. Der Etat des Staatsministeriums wird bewilligt.

Bei den kleineren Etats nimmt

Abg. Dr. Pahnke (Sp.)

als Berichterstatter über den Etat des Auswärtigen Amtes Anlaß, die Kommissionsverhandlungen über die Behandlung der in feindlichen Ausland gefangenen Deutschen wiederzugeben. Er weist daraufhin, daß die amerikanischen Vertreter auf deutsches Ersuchen die Währungsreform für ihre Abstellung Sorge getragen haben und durch unbeschränkte Kredite in die Lage versetzt wurden, das Los der gefangenen Deutschen zu verbessern, was auch durch Aufrichtung privater Hilfsvereinigungen geschieht. Die deutsche Regierung hat aber auch zu Vergeltungsmaßnahmen gegriffen, als ihre Anregungen auf Befreiung der Zivilgefangenen nicht nachgegeben wurde und sie hat die feindlichen Ausländern den gleichen Beschränkungen ihrer Freiheit und ihrer Vermögensverfügung unterworfen, wie sie den Deutschen in Feindesland anferlegt sind. Diese Vergeltungsmaßnahmen werden nur angeordnet, wenn die Verantwortlichkeit der betreffenden feindlichen Regierungen festgestellt ist und sie halten sich von Brutalität fern. Auch weiterhin wird alles geschehen, um das Los unserer Landsleute in Feindesland zu verbessern.

Auch hier findet eine Debatte nicht statt, die kleineren Etats werden ohne Besprechung bewilligt. Ebenso die Reisekostenverordnung des Staatsministeriums und die Ergänzung der ostpreussischen Landschaftsordnung.

Auf Antrag des

Abg. v. Pappenheim (ff.)

werden die Verordnungen über die Bildung von Genossenschaften zur Oedlandkultivierung und über Zusammenlegung von Oedlandbereichen in Brandenburg der Agrarkommission überwiesen. Genehmigt werden die Verordnungen über den Wiederaufbau zerstörter Ortschaften in Ostpreußen und über Abfägung der Schonzeit für einige Wildgattungen. Der Gesetzentwurf über Niedererschlagung von Unterjungen gegen Kriegsteilnehmer geht an die Justizkommission, der Entwurf des Knappheitsgesetzes an die Kommission für Handel und Gewerbe.

Mittwoch 1½ Uhr: Effener Stadterweiterung, Etat für Landwirtschaft, Forsten, Domänen und An siedlungskommission.

Schluß: 3½ Uhr.

Die Angst vor sozialistischen Erfolgen.

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Lensch liebt es seit kurzem, uns mit ausführlichen Kritiken heimzusuchen. Leider können wir, gezwungen durch die Zeitumstände, nicht in allen Fällen durch eine sachliche Auseinandersetzung der Probleme diese Kritik zurückweisen. Aber schließlich ist das auch nicht sonderlich nötig. Denn wer allein dem nachgeht, was Genosse Lensch seit einiger Zeit an Verwirklichung des Sozialismus während des Krieges in Deutschland „entdeckt“ hat, vermag schon dadurch abzuschätzen, mit welchen Augen Genosse Lensch die Wirklichkeit sieht. Je mehr er sich von dem Mutterboden seiner früheren Stellung als Chefredakteur des Leipziger Parteiblattes entfernt, um so mehr neigt sich sein Urteil in den praktischen Schlussfolgerungen jenen Auffassungen zu, die er selbst früher lebhaft kritisiert hat.

Auf unsere Kritik seines Artikels über „Kriegssozialismus“ („Vorwärts“ vom 5. Februar) antwortet Genosse Lensch jetzt in der Frankfurter „Volksstimme“ (vom 19. Februar) unter dem Titel „Die Angst vor sozialistischen Erfolgen“. Nach einem Zitat aus einem Aufsatz des Genossen Barga in der „Neuen Zeit“ fährt Lensch fort:

Hier ist das, was von den Eingriffen des Staates einen sozialistischen Charakter trägt, mit knappen und klaren Worten gesagt: Organisation des Wirtschaftslebens und zwar nicht, wie bei den kapitalistischen Kartellen und Syndikaten im Interesse einer halbvolle Großindustrie, sondern im Interesse der Gesamtheit. In demselben Augenblick, wo durch den Ausbruch des Krieges das deutsche Volk in seiner Existenz bedroht wurde und wo nur die einheitliche Nation die nationale Einheit retten konnte, da flohen viele der gebildeten Grundbesitzer des Kapitalismus über Bord. In einer historischen Situation, wo das bisher nur als Strafe dienende Wort von dem „einen Volk von Brüdern“ einen Augenblick so etwas wie Wirklichkeit werden sollte, da stellte sich das unbehinderte freie Spiel der

Kapitalistischen Kräfte als unvereinbar heraus mit dem Wohle der Gesamtheit. Diesen schlechthin tödlichen Gegensatz zwischen Kapitalismus und Gemeinwohl, den der Weltkrieg auch dem Blindesten klar gemacht hat, in aller Schärfe herauszuarbeiten, ist ein dringendes Interesse der Sozialdemokratie. Und schliesslich in der Tat wäre es für den Sozialismus, wenn dieser Gegensatz nicht bestünde. Könnte das deutsche Volk die furchtbare Krise, die es jetzt zu bestehen hat, siegreich überwinden lediglich kraft seiner kapitalistischen Klassenkraft, ohne die geringsten Anzeichen bei der „höheren, der sozialistischen Betriebsform“, so wäre das das glänzendste Zeugnis für die unerlöschliche Lebenskraft des Kapitalismus und die Ueberflüssigkeit des Sozialismus. Es wäre für unsere soziale Zukunft genau so verhängnisvoll, wie es für unsere politische Zukunft verhängnisvoll wäre, wenn das deutsche Volk eine aristokratische Junkerarmee, und kein wenigstens der Zusammenfassung nach edles und rechtes Volkstheer wäre. Die Demokratisierung unserer Zukunft wird von dieser letzten Tatsache ebenso ausgehen, wie ihre Sozialisierung von der ersten.

Aber freilich! Wer, wie der „Vorwärts“, auf dem Standpunkt steht, daß der Krieg die furchtbarste Niederlage der Arbeiterbewegung und des Sozialismus ist, der muß auf Tod und Leben bestreiten, daß aus diesem Zusammenbruch sich irgendwelche sozialistische Erfolge ergeben könnten. Der „Vorwärts“ sagt: „Der Sieg eines sozialistischen Prinzips dürfte doch gerade von der Arbeiterschaft begrüßt werden. Aber wir zweifeln sehr, ob die Tatsache, daß pro Kopf in der Woche nur 4 Pfund Brot verbraucht werden dürfen, bei den Arbeiterfrauen auf uneingeschränkte Zustimmung gestossen ist.“ Selbstverständlich wäre es sehr viel erfreulicher, wenn die Kaffeebohne höher angelegt werden könnte. Aber nicht in der absoluten Höhe des Brotpreises liegt das Kennzeichen dieser Mangelregel, sondern darin, daß niemand, ob arm, ob reich, mehr bekommt wie der andere, und daß diese allgemeine Einschränkung nach menschlichem Ermessen und vor der totalen Hungersnot schägen wird. Diese planmäßige Organisation der Wirtschaft mit all ihr noch anhaftenden Mängeln nenne ich eben und nenne ein großer Teil gescheiter Sozialismus mit mir Kriegsozialismus. Und wenn der „Vorwärts“ weiter sagt, eine Beschränkung der individuellen Bedarfsdeckung tritt notwendigerweise in jeder belagerten Festung ein, so möge er sich des Hegelschen Satzes vom Umspringen der Quantität in die Qualität entsinnen. Dieselbe Mangelregel, durchgeführt für 70 000 Menschen und für 70 Millionen, ist allein schon durch den Unterschied der in Betracht kommenden Rassen etwas wesentlich anderes.

Zum Schluss kommt der „Vorwärts“ mit seinen wahren Motiven, die ihn gegen den „Kriegsozialismus“ vom Leber ziehen liehen, heraus. Es ist die Angst, die Angst vor sozialistischen Folgen. Er schreibt:

Wenn wir Wert darauf legen, den eigentlichen Charakter der Bundesratsverordnung klarzulegen, so geschieht das gerade im Interesse unserer Agitation. Es ist leicht möglich, daß von äbelwollenden Leuten später die unangenehmen Begleiterscheinungen der allerdings notwendigen Regelung dem Prinzip des Sozialismus in die Schuhe geschoben werden und damit gerade gegen sozialistische Forderungen agitiert werden wird, obgleich natürlich der Sozialismus nie und nimmer für die mit dem Kriege notwendig verbundenen Unbequemlichkeiten verantwortlich gemacht werden kann.

Wer wird so maßlos sein und vor „äbelwollenden Leuten“ gleich ins Maulschloß kriechen! Es ist freilich wahr, die Welt ist schlimm und schon zur Zeit des alten Hies steckte sie voll „äbelwollender Leute“. Aber machen wir uns nichts aus ihnen, fassen wir uns ein Herz und handeln wir wie der Heinesche Vorwärts:

Trommle die Leute aus dem Schlaf!
Trommle Rede mit Jugendkraft!

Diese Entgegnung Lenks wird nur dadurch möglich, daß er den Kern unserer Ausführungen gar nicht begriffen hat. Die Leser der Frankfurter „Volksstimme“ werden das allerdings nicht sofort einsehen können, denn Lenk gibt zwar eine kurze Zusammenfassung unseres Artikels vom 5. Februar, vergißt dabei aber unsere Bemerkungen darüber, daß „Sozialismus“ Organisation der Produktion und nicht der Konsumtion bedeutet. Wir hatten am 5. Februar geschrieben:

„Die Regelung der Bedarfsdeckung wird nun in einer sozialistischen Gesellschaft wahrscheinlich die Folge der Organisation der Produktion sein. Aber sozialistische Forderungen sind trotzdem und wohlüberlegterweise bisher nur auf die Regelung der Produktion bezogen worden, weil darin allein Wesen und Kern einer neuen Gesellschaft ruhen werden und nur so eine gesellschaftliche Wandlung erzielt werden kann.“

Trotzdem kommt Lenk mit Anschauungen eines Pseudo-sozialismus wieder und behauptet, das Kennzeichen dieser angeblich sozialistischen Bundesratsverordnung liege darin, „daß niemand, ob reich, ob arm, mehr bekommt wie der andere“. Derartige Prinzipien erinnern wir uns auf der Schulbank von eifrigen Paukern als „sozialistisch“ bezeichnet gehört zu haben, um die Vorheiten des Sozialismus zu beweisen — aber daß wir sie bei einem Manne wiederfinden sollten, der sich seit langem als Schulmeister des Sozialismus geriert, hätten wir denn doch nicht erwartet.

Genosse Cunow hat im letzten Heft der „Neuen Zeit“ ebenfalls nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bundesratsverordnung nicht einmal ein Staatsmonopol gebracht hat. Die Verhältnisse auf dem Wehlmarkt im Februar lehnen auch deutlich genug, daß die Spekulation noch immer die Wehlpreise in die Höhe treibt: Wirklich prächtige sozialistische Zustände, in der die Konsumenten von Zwischenhändlern ausgebeutet werden, in der alle an Produktion und Handel beteiligten Unternehmer höhere Profite einstecken als in normalen Zeiten!

Es ist weiter nicht richtig, daß die jetzigen Bundesratsmaßnahmen dem „Wohle der Gesamtheit“ so dienen, wie es der Sozialismus wünschte. Die Bundesratsverordnung stellt das Ergebnis einer Ausgleichung militärischer mit Produzenten- und Händlerinteressen dar. Herr von Oldenburg, Panuscha und mit ihm viele der auf dem Boden des Bundes der Landwirte stehenden „Konfessionen“ haben seit den ersten Tagen des August die „Sozialisierung“ des Brotkonsums verlangt — ein merkwürdiger „Sozialismus“, den auch die extremsten Gegner unserer Partei ohne Aufgabe ihrer Grundsätze fordern können!

Allerdings! Wer wie Genosse Lenk sich seit einiger Zeit in den Kopf gesetzt hat, der Sozialismus sei eine auf allen Gebieten im und durch den Krieg Sieg auf Sieg, der muß seine Augen vor der Wirklichkeit verschließen. Auch wir glauben, daß die Sache des Sozialismus schließlich gefördert werden wird. Wir erwarten das aber nicht von bundesrätlichen Verordnungen, sondern von unseren Anhängern, die dazu klarer Einsicht in die gegenwärtigen Verhältnisse bedürfen. Wir haben daher keine „Angst vor sozialistischen Erfolgen“ — wir sehen auch noch keine — ja, wir hegen nicht einmal Furcht vor solchen pseudo-sozialistischen Illusionen, wie sie Genosse Lenk verbreitet. Der gesunde Sinn der Arbeiterschaft wird auch das überwinden.

Politische Uebersicht.

Vereins- und Versammlungsrecht im Kriege.

Die Kommandierenden Generale der zwei Armeekorps im Königreich Sachsen und das Ministerium des Innern haben eine neue Verfügung erlassen, die das Vereins- und Versammlungsrecht weiter einschränkt. Danach ist für öffentliche Vorträge, die einen militärischen Inhalt haben oder sich in irgend einer Richtung mit den äußeren oder inneren politischen Verhältnissen anlässlich des Krieges befassen, mindestens sieben Tage vorher das wörtliche Manuskript einzureichen. Der Vortrag darf nicht eher gehalten werden, bis er schriftlich genehmigt ist. Berichte über nichtöffentliche Vorträge dieser Art müssen der zuständigen Polizeibehörde zur Zensur vorgelegt werden, ehe die Presse sie veröffentlichen darf. Letzteres trifft auch auf Vorträge über Volksernährung zu, für die die vorherige Einreichung des Manuskripts ausnahmsweise unterbleiben kann.

Das Arbeitsprogramm des Abgeordnetenhauses.

Der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses trat am Dienstag vor der Plenarsitzung zu einer Besprechung zusammen und einigte sich dahin, Mittwoch und Donnerstag längere Plenarsitzungen stattfinden zu lassen und an diesen beiden Tagen außer der Tagesordnung für den Landwirtschaftsetat mit allen Nebenetat zu erledigen, außerdem den Entwurf betreffend Eingemeindung einiger Vororte nach Essen. Am Freitag und Sonnabend dieser sowie auch Montag nächster Woche sollen die Plenarsitzungen ausfallen, damit die Budgetkommission Zeit für ihre Beratungen erhält.

Der Reichsetat für 1915.

Dem Bundesrat ist der nunmehr fertiggestellte Etat bereits zugegangen. Für die Durchberatung im Bundesrat sind drei Tage in Aussicht genommen. Wie berichtet wird, entspricht der Etat im allgemeinen den Sätzen des am 31. März ablaufenden vorjährigen Etats. Nur die Etats der Post und der Reichseisenbahn weisen Veränderungen auf, weil eine Anzahl Bauten vorgenommen werden müssen. Ein Etat für die einzelnen Kolonien ist nicht aufgestellt worden, wie auch aus dem Etat des Reichsmarineamts der Etat für Kiautschou ausgeschieden mußte.

Kartoffelwucher.

Der Bundesrat hat am 18. Februar Höchstpreise für Kartoffel erneut festgesetzt und um 1,75 M. pro Zentner gegen die seither in Kraft gewesenen Preise erhöht. Trotz dieser Erhöhung ist es nicht möglich die Kartoffelgroßhändler zu veranlassen, die in ihrem Besitz befindlichen Waren auf den Markt zu bringen. Von sachkundiger Seite wird uns hierzu folgendes geschrieben:

Einige Tage vor dem Erlaß der neuen Höchstpreise wurden gute Speisekartoffeln zum Preise von 3,50 pro Zentner frei Berliner Bahnhöfe angeboten. Für Kartoffeln 2. Qualität wurden Preise von 3,20 bis 3,30 M. verlangt. Nachdem die neuen Höchstpreise aber bekannt wurden, war es zunächst überhaupt nicht möglich Ware zu erhalten und wenn etwas angeboten wurde, so zu derartig hohen Preisen, daß an den Bezug nicht gedacht werden konnte. Der Grund war der, daß die Regierung zwar für den Produzenten und für den Kleinhandel Höchstpreise festgesetzt hatte, dem Großhandel, der zwischen diesen beiden Faktoren steht, indes keinerlei Schranken auferlegte, so daß von diesem Preise gefordert werden, die geradezu an Wucher grenzen. Gleich nach dem Bekanntwerden der neuen Höchstpreise verlangten die Großhändler für den Zentner 5 M. ab ihrer Station. Dabei handelt es sich nicht einmal um sortierte Ware. Zu dem Preise kommen noch 35 Pf. für Fracht und 25 Pf. für Abfuhr, so daß der fraglichen Firma die Kartoffeln, die laut Verordnung des Bundesrats im Kleinhandel nicht teurer als 5,50 M. verkauft werden dürfen, 5,50 M. selbst gekostet hätten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich in einem Waggon Kartoffel immer noch einige Zentner Sand befinden, die natürlich als Kartoffel mitbezahlt werden müssen. Durch diesen Wucher, den die Großhandelsfirmen treiben, wird es dem Kleinhandel einfach unmöglich gemacht Kartoffel zu beziehen, um ihre Kundschafft damit zu versorgen.

Diesem wucherischen Treiben gesäumt das Handwerk zu legen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Bundesrates.

Die Regierung ist unter allen Umständen verpflichtet, sofort eine Beschlagnahme der gesamten Kartoffelvorräte herbeizuführen; denn es ist ein Zustand, der nicht einen Tag länger dauern darf, daß eine Anzahl gerissener Spekulanten sich gerade an solchen Lebensmitteln bereichern, die weiten Kreisen der arbeitenden Bevölkerung allein noch die Möglichkeit bieten, sich sattessen zu können. Wenn die gewissenlosen Spekulanten durch eine solche Maßnahme schwer geschädigt werden, so braucht darauf nicht die mindeste Rücksicht genommen werden; denn das Wohl der breiten Massen muß auf alle Fälle höher stehen, als wie das Interesse einiger Spekulanten.

Kultivierung der Weidländerien.

Die in der verstärkten Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wiederholt angeregte Heranziehung von Kriegsgefangenen zur Kultivierung von Moor- und anderen Weidländerien findet, wie mitgeteilt wird, bereits in weitem Umfang statt. Ueber 70 000 Kriegsgefangene sind bei dieser Arbeit beschäftigt. Durch deren Heranziehung wird die Urbarmachung umfangreicher Länderien ermöglicht. Es wird dadurch eine wertvolle Vermehrung des Geländes für Getreide- und Futterbau erreicht. Von besonderem Werte ist für den Augenblick, daß infolge der Heranziehung der Kriegsgefangenen bereits für das kommende Frühjahr eine gerade mit Rücksicht auf die Futtermittelknappheit sehr wertvolle Vermehrung der Weiese- und Weidefläche in Aussicht steht.

Keine Salzknappeit.

Gerüchte über Salzknappeit hört man, wie uns vom Kriegsausdruck für Konsumenteninteressenten geschrieben wird, leider häufig in den Kreisen der Hausfrauen. Immer sind die Mitteilungen über Salzknappeit unbegründet und unsinnig. Denn da wir in Deutschland Salz in Fülle und Fülle besitzen, sind wir auf eine Einfuhr keineswegs angewiesen. Infolgedessen ist auch jede Preiserhöhung für Salz unwahrscheinlich. Die gesamte Salzproduktion in Deutschland steht unter staatlicher Kontrolle. Der Salzpreis wird bestimmt durch die dem Staate zu zahlende Salzabgabe. Es ist nicht daran zu denken, daß diese Steuer in diesen Kriegsjahren erhöht wird. Sollte sich also trotz allem hier und da eine Salzpreiserhöhung bemerkbar machen, so bliebe als Erklärung dieser auffälligen Erscheinung nur eine Preistreiberie von Interessenten übrig. Die Konsumenten sollten jedenfalls denken: „Bangesmachen gilt nicht!“ und alle Fälle von Warenwucher ihren Verbrauchergesellschaften zur Weitergabe an den Kriegsausdruck (Berlin W 35, Potsdamer Str. 56) anzeigen.

Der Krieg und die „religiöse Welle“.

In kirchlichen Kreisen trägt man sich bekanntlich mit großen Hoffnungen auf einen religiösen Aufschwung, der auch nach dem Kriege noch lange andauern werde. Die katholischen „Petrus-Blätter“ haben bereits erklärt, daß sie von dieser „Annonenfrömmigkeit“ nicht viel halten; sie werde verschwinden mit der Angst, die der Donner der Geschäfte hervorrufe. Die „Königliche Volkszeitung“ indes schreibt jetzt in Nr. 149 aus Oesterreich, daß sie den „religiösen Strom“, der sich in Wien bemerkbar gemacht habe, doch für dauerhaft halte; er ebbe nicht zurück, schwellt vielmehr immer mächtiger an und erfährt auch Kreise, die ihm vor Jahr und Tag schmeunigt aus dem Wege gegangen wären“. Es handle sich nicht um Strohhfeuer.

Genau das Gegenteil berichtet die katholische „Allgemeine Rundschau“ in ihrer jüngsten Nummer aus Nordböhmen. Es heißt in dem Münchener Wochenblatt, Seite 118:

„Jetzt haben wir die Verklärung: Das praktische Glaubensleben ist in Nordböhmen erstorben. Wann sollte dem Volke der Wert, die Kraft, die Allgewalt des Glaubens mehr zum Bewußtsein kommen als im Weltensbrande? Die ersten Kriegswochen schienen sich die Kirchen zu füllen, als wollte das Volk sich zum Gebetssturm erheben; es war ein Sturm, der die Oberfläche der See etwas aufpeitscht, während die Tiefe unberührt bleibt. Jetzt ist alles so ziemlich beim alten: leere Kirchen, leere Kommunionbänke am Sonntag wie an Wochentagen; Alltagschristentum mit frommen Gefühlen, äußerlichen Privatandachten, eigenen Dogmen und Geboten. Von einem allgemeinen Sakramentenempfang der ausziehenden Krieger keine Rede. In unserem Kirchspiele mit über 13 000 Seelen ging beispielsweise nur ein Mann zur hl. Weichte.“

Kriegsgericht.

München, 23. Februar. (W. T. S.) Der französische Kriegsgefangene Louis Kudran, der in dem Gefangenenlager Traunstein interniert war, wurde heute vom Kriegsgericht zu dreizehn Jahren Gefängnis wegen fälschlichen Vergreifens an dem Wachtposten verurteilt. Nur mit Rücksicht auf seine geminderte Zurechnungsfähigkeit wurde ein milderer Strafmaß angeordnet, da sonst auf Todesstrafe hätte erkannt werden müssen.

Vorwürfe gegen einen Reichstagsabgeordneten.

Der nationalliberale „Hannoversche Courier“ veröffentlicht folgende Zuschrift aus dem Wahlkreis Osnabrück:

Gegen Kommerzienrat Stöbe ist in der Presse auf Grund von Berichten des Ausschusses des Reichstags und des Ausschusses des Reichstagsmandats durch Stöbe in Frage gestellt worden. Da bis heute eine Klarstellung der Angelegenheit nicht erfolgt ist, hat der nationalliberale Verein Osnabrück in seiner Hauptversammlung die folgende Erklärung einstimmig angenommen:

Unser Reichstagsabgeordneter, Herr Kommerzienrat Stöbe, dem wir das größte Vertrauen entgegengebracht haben, ist in große Schwierigkeiten geraten, deren Folgen noch nicht abzusehen sind. Wir haben die feste Überzeugung, daß die Parteifreunde überzeugt sind, der Vorstand werde alles tun, was in seinen Kräften steht, um volle Klarheit zu schaffen. Sobald eine Klärung der Angelegenheit eingetreten ist, werden wir den Wählern bestimmte Mitteilungen und vielleicht Vorschläge machen. Bis dahin bitten wir um Geduld und Vertrauen.“

Schweinefleisch-Boykott in Oesterreich.

Die österreichischen Frauen haben mehr als einmal durch einen konsequent durchgeführten Boykott die Herabsetzung der Preise für Nahrungsmittel erzielt. Ein solcher Boykott richtet sich jetzt wieder gegen die abnorm hohen Preise, die für Schweinefleisch verlangt werden. Die Frauen in Wien, Prag, Brünn und in anderen Städten haben sich dahin geeinigt, auf die Dauer von zwei Wochen kein Schweinefleisch zu kaufen — ein Vorgehen, das auch andertwärts Nachahmung verdient.

Die Seerüstung der Vereinigten Staaten.

Washington, 23. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Senat hat einen Antrag zum Flottengesetz, 75 Unterseeboote zu bauen, angenommen. Im Repräsentantenhaus flugte Gardner über den mangelhaften Zustand der Küstenbefestigungen.

Genosse Wolfgang Heine

sendet uns folgende Zuschrift:

Berlin, 21. II. 15.

Auf den Zusatz, den die Redaktion zu meiner Erklärung vom 14. Februar im „Volksblatt für Anhalt“ gemacht hat („Vorw.“ Nr. 52 vom 21. II. 15) erwidere ich Ihnen folgendes:

Sie schreiben, es sei unfair, Genossen zu bekämpfen, die sich nicht zur Wehr setzen könnten. Ich habe viele Monate lang geschwiegen, obgleich mir die Treiberie in der Auslandspresse und unter den Berliner Genossen bekannt waren. Ich finde es unfair, Genossen durch solche Verunglimpfungen und durch die Verbreitung hässlicher Reden in Kreisen, wo sie unmöglich immer antworten sein können, ein Bein zu stellen, und wenn der Angegriffene sich solcher heimtückischen Schläge mit der Faust zu erwehren sucht, über unfaires Kampf zu schreiben. Hätten diese geschwiegen, so wäre ich wahrhaftig froh gewesen, in einer Zeit, die so viel Gelegenheit zu positiver Arbeit gibt, mich nicht mit innerer Polemik abgeben zu müssen.

Sie beizichtigen mich ferner, Zitate aus dem Zusammenhang gerissen zu haben. Jedes Zitat muß aus dem Zusammenhang entnommen sein; es ist unmöglich, die Reden und Bücher der Gegner, die man widerlegen will, immer ganz abzu drucken. Aber es kommt nur darauf an, ob man dadurch den Sinn verändert. Das habe ich nicht getan!

Endlich ist es nicht wahr, daß die von mir abgewehrte Angriffe der „Quertreiber“ Antworten auf gegen sie gerichtete Angriffe gewesen wären. Ich habe zitiert die Septembererklärung von Liebknecht, Zeitin, Luxemburg und Wedring. Wer hatte diese damals angegriffen? — Ferner die Neujahrsbriefe im „Labour Leader“. Keiner davon ist eine Antwort auf erfolgte Angriffe. Auch die Neujahrsbriefe zu Egged Rissen, die deutsche Sozialdemokratie könne der Internationale nicht in die Augen sehen, ist keine Abwehr Liebknechts. Die Vorkardische Brotschüre habe ich zitiert, sowie sein Flugblatt „Friede auf Erden“. Wer hatte Vorkardt angegriffen oder auch nur genannt? Und so weiter. Was Sie behaupten, ist einfach unrichtig.

Ich bitte Sie, von diesem Schreiben Ihren Lesern Kenntnis zu geben.

Mit Parteigruß

Wolfgang Heine.

Wir wollen dazu bemerken: Genosse Heine beschwert sich abermals über Treiberie, durch die ihm seine Abwehr „mit der Faust“ gemüßwilligen aufgedrungen worden sei. Unseres Wissens haben aber die „Quertreiber“ nichts getan, als von dem demokratischen Recht der Kritik Gebrauch gemacht. Von „heimtückischen Schlägen“ und „Verunglimpfungen“ — also doch wohl persönlichen Angriffen — ist uns nichts bekannt. Sollten sie dennoch vorgekommen sein, so finden sie selbstverständlich unsere schärfste Mißbilligung. Wohl aber ist von anderer Seite so manche Legende verbreitet worden, die weniger einer Bekämpfung der gegnerischen Ansichten als einer Disziplinierung der betreffenden Genossen diene. Solch unsfairer Mittel sollten sich Parteigenossen enthalten.

Auch über die Art des Stillerens und Interpretierens vermögen wir uns mit Heine nicht zu verständigen. Schon daß er es in seiner Prosakunst fertig brachte, den Kritikern der Fraktionshaltung durch die Blume den „Vorwurf der Gleichgültigkeit, ja der Feindschaft gegen ihr Volk und Vaterland“ zu machen, beweist Heines mangelnden guten Willen, sich in die Gedanken seiner Gegner hineinzuversetzen. Was würden Webel und Liebnecht gesagt haben, wenn man ihnen ähnliche Ansichten unterzöhen hätte!

Die Verurteilung Heines auf bestimmte Erklärungen von Liebnecht, Wehring, Jettin und Luxemburg treffen ebensowenig den Kern der Sache. Heines Angriffe gegen die „Quertreiber“ waren nicht nur gegen diese Erklärungen und Personen gerichtet, sondern gegen alle, die in der Frage der Fraktionspolitik einen abweichenden Standpunkt vertreten. Aber selbst die genannten Erklärungen, deren Form man tadeln kann, waren nichts als Bekenntnisse einer sozialistischen Auffassung, über deren Berechtigung eine spätere Zeit entscheiden wird, deren redlichen Willen man aber ebensowenig bestreiten sollte, als es etwa uns einfallen könnte, die christlichen Ansichten Heines zu bezweifeln.

Konsequenzen.

Ein Bekenntnis des sozialdemokratischen Abgeordneten Heine zu Kaiser und Reich.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus Stuttgart:

In einer großen Volksversammlung, die heute abend (22.) in Stuttgart stattfand, sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Wolfgang Heine über die politische Zukunft Deutschlands. Es machte in der von 4000 Personen besuchten Versammlung Eindruck, als der Redner mit seinen Darlegungen über die Voraussetzungen des künftigen Friedensschlusses eine würdige Kundgebung für den Deutschen Kaiserverband. Heine betonte, daß jeder vorzeitig unternommene Schritt zur Herbeiführung des Friedens dem Frieden mehr Schaden als ihm nützen könnte. „Wenn wir einen Frieden wollen, wie wir ihn brauchen, dann müssen wir jetzt vor allem vertrauen auf die deutschen Waffen, auf das kämpfende deutsche Volk. Vertrauen wir aber auch“, fuhr Heine fort, „auf den Friedenswunsch und den Friedenswillen des Deutschen Kaisers. Zweimal hat der Kaiser in den letzten Jahren durch sein persönliches entscheidendes Eingreifen uns den Frieden gesichert. Ganz unbeschadet der Gegensätze zu der Politik des Kaisers müssen wir heute erklären:

Im jetzigen Augenblick können wir dem Kaiser vertrauen. Die Erklärung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bezüglich der Auseinandersetzungen über die Friedensbedingungen trägt den Stempel der Persönlichkeit des Reichskanzlers, und wir wissen, daß die dort vertretene Auffassung auch dem Willen des Kaisers entspricht. Wenn es notwendig werden sollte, dann wird die deutsche Sozialdemokratie dem Kanzler und dem Kaiser zur Seite stehen, wenn es sich darum handelt, den Krieg durch einen Frieden zu beendigen, der nicht den Keim zu neuen Konflikten in sich trägt, durch einen Frieden, der die Welt der friedlichen Arbeit wiedergibt.“

Stimmen aus der Parteipresse.

Legenden.

Unter dieser Überschrift lesen wir in der „Bremer Bürgerztg.“ folgendes: Am 29. Januar brachte das „Hamburger Echo“ einen Artikel des Genossen Paul Lensch: Die Probe auf das internationale Exempel, das auch die „B. V. Ztg.“ vom 30. Januar zum Abdruck brachte. Lensch führte aus: Man behauptet, daß wenn die deutsche Sozialdemokratie die Verantwortung für den Krieg abgelehnt hätte, die ausländischen Bruderparteien daselbst tun würde und die Internationale wäre gerettet. Diese Auffassung ist widerlegt, denn beim Ausbruch des Krieges haben die Telegraphenagenturen Havas und Reuter behauptet, in Deutschland sei eine Revolution ausgebrochen, die 110 Reichstagsabgeordneten seien erschossen worden. „Kursum: das Ausland, auch die ausländische Sozialdemokratie, glaubte wochenlang allen Ernstes, die deutsche Sozialdemokratie habe in der Tat gegen die Kredite gestimmt und die Revolution proklamiert... Die Haltung jedoch, die auf diese Nachrichten hin die ausländischen Bruderparteien einnahmen, war nichts anders, als wie sie bis auf den heutigen Tag, wo die Wahrheit bekannt ist, geblieben, ultrachauvinistisch!“

Demgegenüber wird uns geschrieben: Eine Durchsichtung der größten Schweizer Blätter vom August, die die Telegramme von Havas und Reuter enthalten, ergab: kein einziges enthält die Nachricht von der Revolution in Deutschland und der Erschießung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Dagegen enthalten sie die Nachricht von der Erschießung der Genossen Luxemburg und des Genossen Liebnecht. Ferner betonen uns deutliche Genossen, die sich in Paris bis zum 4. August aufhielten und in den nächsten Begehungen zu den führenden Streifen der französischen Partei standen, daß umgekehrt die französische Partei und die Gewerkschaften erklärten, allen Grund zu haben, zu glauben, daß die deutsche sozialdemokratische Fraktion für die Kriegskredite stimmen werde. Weiter: die Nachricht von der Erschießung Liebnechts und Luxemburgs wurde mit aller Zurückhaltung aufgenommen, und es herrschte die Meinung vor, daß falls sie wahr sei, sie umgekehrt beweise, daß es sich um den traurigen Ausgang einer persönlichen Aktion dieser Genossen handle. Schließlich: ein Mitglied der italienischen Parteileitung bestätigte, daß man beim Ausbruch des Krieges an keine Revolution in Deutschland glaubte und daß keine Havas- oder Reuter-Berichten, die über ihren Ausbruch berichteten, vor die Augen der italienischen Parteinstanzen kamen.

Mag man über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie und die der ausländischen Bruderparteien denken, was man will. Wir glauben aber nicht, daß man irgendeiner Sache dient durch Verbreitung von Legenden, deren Unrichtigkeit sich sofort feststellen läßt...

Aus der Partei.

Noch eine Richtigstellung.

Meine erste Richtigstellung beantwortet Genosse Haenisch mit einer Erklärung, in der er ausführt, für ihn entscheidend sei ein Satz, in dem ich sage, daß in einem gegebenen Fall für die Sozial-

demokraten aller Nationen das gleiche Recht oder die gleiche Pflicht folgen könne, an der Verteidigung der Nation teilzunehmen.

Die „allein folgerichtige Konsequenz“ dieses Satzes sei die Bewilligung der Kriegskredite gewesen, für die auch ich eingetreten sei. Der Unterschied zwischen Haenisch und mir bestehe bloß darin, daß er den von mir eingeschlagenen Weg „konsequent zu Ende gegangen sei“, während ich an meiner „Bewertung irre wurde“.

Darauf habe ich zu entgegnen: 1. Den Satz, auf den sich Haenisch bezieht, hat noch niemand unter uns geleugnet, auch die Gegner der Bewilligung der Kriegskredite nicht. Ueber die Pflicht der Verteidigung sind und waren alle einig. Uneinigkeit bestand bloß darüber, wie diese Pflicht im Einklang zu bringen mit den Pflichten, die uns der proletarische Emanzipationskampf auferlegt, der nur auf internationaler Grundlage erfolgreich geführt werden kann.

2. Nicht minder strittig ist die Auslegung der Bewilligung der Kriegskredite. Ein sehr erheblicher Teil der Genossen, die dafür eintraten, tat es aus ganz anderen als den jetzt von Haenisch vertretene Motiven.

3. Schon gar nicht darf Genosse Haenisch sich auf meine „Bewertung“ berufen. Ich habe nie behauptet, die „allein folgerichtige Konsequenz“ meines Satzes sei die Bewilligung der Kriegskredite. Meine Auffassung deckte sich bereits zu Beginn des Krieges nicht mit der der Mehrheit, freilich auch nicht mit der der Minderheit. Ich glaubte, die Schwierigkeiten der Situation ließen sich am besten vermeiden oder doch vermindern durch Stimmhaltung. Da diesem Weg weder die Mehrheit noch die Minderheit zustimmte, erschien es mir zum mindesten erwägenswert, die Entscheidung von der Gewährung von Garantien für die Ziele der Kriegführung abhängig zu machen.

Wie immer man darüber denken mag, auf jeden Fall ist es verfehlt, die Haltung in der Bewilligungsfrage zu einer Scheidungslinie zweier Richtungen innerhalb der Fraktion und der Partei zu machen. Die Gegner der Bewilligung bildeten wohl eine geschlossene Einheit, die Vertreter der Bewilligung jedoch wurden von sehr verschiedenartigen, mitunter recht komplizierten Motiven geleitet, die sich erheblich widersprachen. Scheidet man Fraktion und Partei nach der Haltung in der Bewilligungsfrage, dann reißt man eng zusammenhängende Elemente auseinander und läßt die Linien schwächer erscheinen, als sie ist.

Praktisch entscheidend wird nicht die Haltung bei der Bewilligung, sondern nach der Bewilligung. Hier hat sich die Treue zu den Grundbegriffen zu erproben, die durch die Demokratie und den proletarischen Emanzipationskampf gegeben sind. Und da vermisse ich allerdings sehr bei Haenisch und seinen Freunden die „allein folgerichtige Konsequenz“.

Karl Kautsky.

Erklärung.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ enthält folgende Erklärung:

Zur Abwehr.

Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Niederbarnim, Genosse Stadthagen, hatte in einer Sitzung des Vorstandes des Kreiswahlvereins am 29. September 1914 behauptet, die Generalkommission sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Am 30. Oktober 1914 wurde unter Leitung des Parteivorstandes in stundenlangen Beratungen die Richtigkeit dieser Behauptung nachgeprüft. Da Stadthagen sich nicht bereit erklärte, seine Behauptung zu widerrufen, obgleich nicht eine Spur von Beweis für ihre Richtigkeit beigebracht werden konnte, gab der Parteivorstand am Schluß der Sitzung folgende Erklärung ab:

„In der Verhandlung konnte nichts festgestellt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme oder Vermutung geben konnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts“-Verbot mitverschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt.“

Trotzdem hat Stadthagen in einer Konferenz am 2. Februar 1915 seine Behauptung nicht nur wiederholt, sondern, wie unterschriftlich durch drei Konferenzteilnehmer bekundet wird, gesagt:

„Daß die Generalkommission am Verbot des „Vorwärts“ schuld sei, hat sich jetzt bestätigt.“

Die Parteinstanzen noch einmal in dieser Angelegenheit zu bemerken, halten wir für überflüssig. Es handelt sich bei Stadthagen offenbar um eine Krankheitserscheinung, die nach § 51 des Reichsstrafgesetzbuches von Schuld und Strafe befreit.

Berlin, 15. Februar 1915.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Dem Genossen Stadthagen werden wir im Aufnahme der nachfolgenden Zeilen erludt:

In dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht auf S. 86 die Generalkommission einen „gegen mich gerichteten, von Unwahrheiten und Ungehörigkeiten strotzenden, „Abwehr“ überschriebenen Artikel. Der Generalkommission darauf zu antworten, ist uner meiner Würde. Welchem Zweck das von der Generalkommission gegen den „Vorwärts“ und mich veranfaltete Kesseltreiben dienen soll, kann keinem Genossen entgehen. Bemerkten möchte ich nur, daß ich vor längerer Zeit von der Kreisversammlung Niederbarnim auf meinen Antrag hin die Ermächtigung erhalten habe, gegen die Mitglieder des Parteivorstandes wegen der Ueberbreitung ihrer Befugnisse durch den von ihnen gefaßten, sachlich und formell unzulässigen Beschluß Beschwerde bei der Kontrollkommission zu erheben. Die Generalkommission ist bekanntlich keine Parteinstanz.

Berlin, den 23. Februar 1915.

Arthur Stadthagen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Köln-Stadt und Köln-Land beschäftigte sich in einer von über 500 Mitgliedern besuchten Versammlung mit der Stellung der Partei zum Krieg. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Hofrichter vertrat als Referent den Standpunkt der Fraktionsmehrheit. Diskussionen über die Gestaltung der Dinge nach dem Krieges halte er jetzt für möglich, Diskussionen seien sogar gefährlich. Seine Rede fand starken Beifall. In der mehrstündigen Aussprache traten unter anderem die Redakteure Meerfeld und Solmann den Hofrichterschen Ausführungen bei. Eine von 28 Genossen unterzeichnete Erklärung sagt, daß die in der Opposition stehenden Genossen eine Beteiligung an der Diskussion bis zu einer Zeit ablehnen, die es ihnen erlaubt, ihre Meinung über die Haltung der Parteinstanzen, der Fraktion und der Presse frei zu sagen. In einer ohne Widerspruch angenommenen Entschließung wird gewünscht, daß die Redaktion des Parteiblattes die Stimmen der Opposition genau so gut veröffentlichen solle wie die der Anhänger der Fraktionsmehrheit. In einem kurzen Schlusswort stellte der Vorsitzende Genosse Kauer fest, daß nach den Befallsäußerungen die große Mehrheit den Standpunkt des Genossen Hofrichter einnehme. Von einem Beschlußantrage habe man Abstand genommen, weil man nicht ohne die Stimmen unserer Genossen im Felde entscheiden wolle.

Dem „Berliner Sozial-Anzeiger“ wird über diese Versammlung aus Köln folgendes berichtet:

Die Kölner Sozialdemokratie beschäftigte sich in einer stark besuchten Generalversammlung im sozialdemokratischen Verein mit der Stellung der Partei zum gegenwärtigen Krieg. Reichstagsabgeordneter Hofrichter führte als Referent aus, daß die Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie hätten verjagen müssen, weil noch in keinem Lande die Mehrheit der Bevölkerung hinter ihr stehe. Die Sozialdemokratie stehe im scharfen Gegensatz zum Imperialismus. Wenn die Reichstagsfraktion

trotzdem für die Kriegskredite gestimmt habe, so sei dies geschehen, weil man im Interesse der deutschen Arbeiterklasse eine Niederlage und Zerstückelung Deutschlands verhindern mußte. Deutschland wäre von der Masse der Feinde niedergeworfen, wenn es sich nicht in geschlossener Einheit erhoben hätte. Eine Verantwortung für den Krieg habe die Sozialdemokratie nicht durch ihre Stellungnahme auf sich genommen. Sie erwünsche einen Frieden, frei von Eroberungstendenzen. Es wurde eine von 28 Parteigenossen unterschriebene Erklärung abgegeben, wonach diese eine Beteiligung an der Diskussion über das Referat ablehnen, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen sich nicht über ihre Ansichten zu der Haltung der Fraktion und der Presse äußern könnten.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Handwerker und Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn, welche der Bahn- und Brückenmeisterei unterstellt sind, sind erregt über eine empfindliche Lohnkürzung. Schon einmal beschäftigten sich die betreffenden Gruppen mit dieser Frage, leider aber, ohne ein williges Ohr bei der Betriebsverwaltung zu finden.

Die Gesellschaft zahlte bisher einen Anfangslohn für Handwerker von 45 Pf. bis zum Höchstjah von 60 Pf. und für Arbeiter von 40 Pf. bis zum Höchstjah von 50 Pf. pro Stunde; für Nachtarbeit einen Zuschlag von 20 Prozent. Ende November vorigen Jahres wurde bekanntgegeben, daß bei den Arbeitern, die bisher einen Stundenlohn von 40 bis 45 Pf. hatten, eine Aufbesserung von 2 Pf. pro Stunde eintreten soll. Arbeiter, welche schon einen Lohn von 50 Pf. hatten, gingen leer aus. Den Handwerkern erging es noch schlechter; hier erhielten nur die Schlosser eine Zulage von 2 Pf., alle anderen Handwerker, wie Maler, Zimmerleute und Tischler hatten das Nachsehen. Dafür wurde aber allen Arbeitern und Handwerkern, gleichviel ob Zulage oder nicht, der Nachtzuschlag von 20 Prozent einfach abgezogen. Durch diese Maßnahmen der Verwaltung wurde selbst denen, die Glück hatten, 2 Pf. pro Stunde mehr zu erhalten, sowie diejenigen, die ohne Lohnaufbesserung zufrieden sein mußten, der wöchentliche Lohn um 72 Pf. bis 2 M. für Arbeiter und 1,80 bis 3,— M. bei Handwerkern verringert.

Was es heißt, in der jetzigen Zeit statt Verbesserungen solche Verschlechterungen auf sich zu nehmen, wird jeder begreifen. Eine Eingabe der Arbeiter und Handwerker an die Betriebsverwaltung hatte nicht den gewünschten Erfolg. Eine Verammlung der Betroffenen forderte eine nochmalige gründliche Prüfung der Lohnfrage und Verhandlung mit der bisherigen Kommission. Die Betroffenen wollen nur nicht schlechter gestellt sein als andere Kategorien von Arbeitern desselben Betriebes. Diesen bescheidenen Wünschen entgegenzukommen, dürfte der Verwaltung der Hochbahn doch nicht allzu schwer fallen.

Deutsches Reich.

Der Textilarbeiterverband im ersten Kriegeshalbjahr.

Die Textilindustrie ging kurz vor Ausbruch des Krieges in allen ihren großen Branchen einer merklichen Besserung der Geschäftslage entgegen. Die süddeutschen Unternehmerverbände, die für das erste Quartal 1914 eine 20prozentige Betriebsbeschränkung in den Baumwollwebereien durchgeführt hatten, konnten die Zustimmung ihrer Mitglieder für ein weiteres Vierteljahr nicht mehr bekommen. Die Stammgarnspinnerinnen arbeiteten wieder voll, in manchen Betrieben stark mit Ueberstunden, teilweise mit Nachschichten. Auch in den Kammgarnwebereien besserte sich die Geschäftslage sichtlich. Während im September 1913 in Gera 4171 Webstühle leer standen, waren es im Juni 1914 nur noch 2207. Derselbe Besserung war in der Seiden- und Leinenindustrie, ebenso in der Wirkerei festzustellen. Ganz anders jedoch wurde das Bild mit dem Anfang August erfolgten Kriegserklärungen. In der ersten Bestürzung kamen in vielen Orten die Betriebe völlig zum Stillstand, dort wo noch gearbeitet wurde, kam stark verkürzte Arbeitszeit zur Einführung. Erst nach einigen Monaten, namentlich als die Militärverwaltung mit ihren Mietaufträgen auf den Plan trat, war eine merkliche Hebung des Geschäftsganges zu verzeichnen. Die Arbeitslosenziffern, die der Verband jeweils am Monatschluß feststellte, geben hierzu die beste Aufklärung. Es waren arbeitslos:

| | im Jahre 1914 | im Jahre 1913 |
|-------------------|----------------------|-------------------|
| Ende August . . . | 29 721 = 24,70 Proz. | 2517 = 1,78 Proz. |
| September . . . | 17 574 = 15,11 | 2549 = 1,82 |
| Oktober . . . | 9 581 = 8,48 | 2281 = 1,64 |
| November . . . | 4 973 = 4,53 | 2223 = 1,60 |
| Dezember . . . | 6 781 = 6,05 | 3298 = 2,34 |
| Januar . . . | 5 118 = 5,19 | 2726 = 1,98 |

Wenn diese Ziffern auch nur von den der Organisation angehörenden Textilarbeitern gewonnen sind, so darf doch ohne weiteres angenommen werden, daß in der Textilindustrie allgemein das Bild daselbst ist.

Daß die Organisation durch diese gewaltige Arbeitslosigkeit schwer beeinträchtigt wurde, versteht sich am Rande. Hand in Hand ging damit, daß ein großer Teil gerade der operativsten Mitglieder zum Heere eingezogen wurde. Während Ende August 12075 = 14,91 Proz. als zum Heeresdienst eingezogen gezählt wurden, waren es Ende Januar 18998 = 23,46 Proz. Unter diesen Umständen mußte eine vollständige Neuorientierung der Gewerkschaftsarbeit stattfinden. Größere Differenzen mit den Unternehmern mußten zurzeit vertagt, die Unterstützungsanstaltungen auf eine den Verhältnissen entsprechende neue Basis gestellt werden. Kranken-, Heil- und Gemahregelunterstützung wurden aufgehoben. Die Angehörigen des Verbandes verzichteten auf einen größeren Teil ihres Gehalts, zum Teil bis zu einem Drittel ihrer früheren Bezüge. Es galt, alle fälligen Mittel für die Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Seit dem 3. August 1914 bis 30. Januar 1915 hat der Verband an Unterstützungen gezahlt: für Arbeitslose 789 805 M., an die Familien der zum Heere eingezogenen 102 017 M., Weihnachtunterstützung an Arbeitslose und Ausgeleitete 10 975 M., sonstige Unterstützungen 20 051 M., insgesamt 872 848 M. Im Jahre 1913 wurde insgesamt an Arbeitslosenunterstützung gezahlt 297 125 M. oder pro Mitglied 2,10 M., in den sechs Kriegesmonaten 789 805 M. oder pro Mitglied 6,78 M. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den ersten drei Monaten nur zwei Drittel der statutarischen Sätze und in den zweiten drei Monaten nur die Hälfte der statutarischen Sätze gezahlt wurde. Es ist also das 8½fache an Arbeitslosigkeit zu unterstützen gewesen, wie im Jahre 1913. Dafür die vollen Sätze zu garantieren, war dem Verbands eine Unmöglichkeit, dazu fehlte jede Voraussetzung.

Die Mitgliederbewegung hat sich während des Krieges wie folgt gestaltet: Am Schlusse des zweiten Quartals 1914 zählte der Verband 80 992 männliche, 52 102 weibliche, zusammen 133 094 Mitglieder; Ende Januar 1915 58 889 männliche, 44 709 weibliche, zusammen 98 598 Mitglieder. Von den Männern sind 18 998 zum Heere eingezogen. Danach ergibt sich ein Verlust bei den männlichen von 8105 und bei den weiblichen von 7393, zusammen 15 498 Mitgliedern. Wie weit die Verluste als solche tatsächlich zu werten sind, läßt sich zurzeit nicht übersehen. Tausende von Mitgliedern sind weggedrungen zu anderen Arbeiten übergegangen, andere Müssen beruhen ihren Lebensunterhalt als Schanzarbeiten zu finden. Daß bei solchen Verhältnissen eine große Zahl außer Kontrolle gerät, ist selbstverständlich. Die meisten werden sich wiederfinden. Ein abschließendes Urteil läßt sich hier erst nach Beendigung des Krieges geben.

Der Verband der Maler während der Kriegszeit.

Der Malerverband hat äußert schwer unter den Wirkungen des Krieges zu leiden. Seine Mitglieder sind mit Ausnahme eines Teiles der Ladirer an Militäraufträgen nicht beteiligt. Im allgemeinen aber laßt auf das Malergewerbe die Krise im Bau-gewerbe; dazu kommt der Wegfall von Luxusarbeiten und die starke Verringerung von Aufträgen privater Hausbesitzer. Auch an Rothhandarbeiten und der Bekleidung großer städtischer oder staatlicher Bauprojekte ist das Malergewerbe verhältnismäßig wenig beteiligt. Dazu ist in jüngster Zeit eine recht erheb-

liche Steigerung der Preise für die notwendigen Materialien infolge der Einfuhrschwierigkeiten und Militärbedürfnisse gekommen, was ebenfalls lähmend auf die Beschäftigungsmöglichkeit wirkt.

Der plötzlich hereinbrechende Kriegszustand vernichtete zunächst alle Hoffnungen, die der Malerverband gerade auf das Jahr 1914 gesetzt hatte, das ihn wieder auf die Höhe bringen sollte, die er vor dem im 1913 aufgezwungenen Ausbruch innehatte. Immerhin sind die erst gehegten schimmigen Befürchtungen wenigstens nicht eingetreten. Eine sofort eingeleitete Aktion mit den Unternehmern des Malergewerbes zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Beförderung der Arbeitzeit und Sicherung des zentralen Tarifvertrages und einigen Nebenverträgen, hatte eine gute Wirkung und brachte manche Erleichterungen. Das gleiche bewirkte der Beschluß des Organisationsvorstandes und Rates von Mitte August, nach dem unter Aufhebung der Krankenunterstützung eine Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt und den Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder eine einmalige Beihilfe gewährt wurde. Die statistische Sterbenunterstützung blieb bestehen; für jeden Todesfall infolge des Kriegsdienstes wurden 15 M. festgesetzt. Die verhältnismäßig günstige Entwicklung der Verhältnisse (die Zahl der Arbeitslosen schwankte seit Mitte September bis jetzt zwischen 20 bis 25 Proz.) gestattete es, daß die anfangs nur für vier Wochen vorgesehene Arbeitslosenunterstützung auf weitere vier Wochen ausgedehnt und dann bis Weihnachten auf Nichtausgeübte fortgesetzt werden konnte. In Weihnachten wurde den Ausgeübten eine nochmalige Unterstützung für ein und zwei Wochen ausbezahlt und auch die Familien der Einberufenen wurden nochmals unterstützt. Damit mußte jedoch vorläufig jede weitere Hilfe wegfallen, sollte der Verband auch für die Zukunft leistungsfähig bleiben — denn die außerordentliche Notstandsaktion hat ganz erhebliche Aufwendungen erfordert: für Arbeitslosenunterstützung 175 102 M. und für Familienunterstützung 57 846 M. Außerdem wurden im Jahre 1914 bis Kriegsausbruch von der Hauptkasse u. a. ausgegeben: für Krankenunterstützung 338 240 M., Sterbenunterstützung 28 010 M., Rechtschutz 4 385 M., Haftunterstützung 5342 M. und für Streitunterstützung 60 455 M.

Nach Abschluß der Jahresabrechnung und erneuter Prüfung der Situation haben nun Verbandsvorstand und Rat weitere Beschlüsse gefaßt. Diese versuchen wieder zu normalen Verhältnissen hinüber zu leiten. Es wurde vor allem die seit 15 Jahren bestehende obligatorische, und seit 1912 eingeführte fakultative Krankenunterstützung zunächst unter Wegfall des dritten Teiles der Bezugsdauer wieder in Kraft gesetzt. Die Arbeitslosenunterstützung wird, so wie es das Statut vorschreibt, vom 1. April an eingeführt mit der Abänderung, daß die Unterstützungssätze vorläufig statt 1,50 M. nur 1 M. täglich betragen. Die Sterbenunterstützung tritt in voller Höhe in Kraft; die Unterstützung für die im Militärdienst verstorbenen Mitglieder bleibt als besondere Einrichtung bestehen. Ferner wurde bestimmt, daß die während der bisherigen Kriegszeit geleisteten Beiträge der niedrigsten Beitragsklassen für Angehörige der höheren Klassen als Beiträge dieser Klassen gelten. Ebenso werden den zum Militär einberufenen Mitgliedern die Beiträge während der Kriegszeit voll, und zwar in der Klasse angerechnet, der sie bis zu ihrer Einberufung angehört. Die neuen Bestimmungen treten am 1. bezw. 5. April in Kraft.

Die Beschlüsse des Verbandes der Maler zeigen, daß auch die vom Kriege am schwersten heimgesuchten und zu denkbar ungünstigster Zeit überausen Gewerkschaften den an sie gestellten hohen Anforderungen gewachsen sind. Das wird den Arbeitern höher allgemein zeigen, welche zuverlässige Stütze sie gerade in kritischen Zeiten in festgefühten, vielseitig ausgebauten Organisationen haben.

Ausland.

Schwarze Listen geächtet.

New York, 27. Januar 1915. (Eig. Ber.) Schneller als selbst die Beschlüsse befürchteten, empfing die American Federation of Labor (amerikanischer Gewerkschaftsbund) die Quittung über die schwächliche Haltung, welche sie auf ihrem letzten Kongresse einnahm. Die römischen Cäsaen wurden bekanntlich erst dann zu Wölfen, als die Masse der römischen Bürger zu einer Hammelherde geworden war. Und unsere Staats- und Bundesgewalten einschließlich der Gerichte verließen

der Arbeiterschaft keine Faustschläge; es sei denn, sie wüßten, daß die Kräfte mit Schafsgeduld hingenommen werden.

Zur Widerwehr mit der bisherigen Rechtsprechung erließ das Oberbundesgericht (entspricht dem deutschen Reichsgericht) am letzten Montag ein Urteil, in welchem dem Arbeitgeber das Recht zugesprochen wird, einen Arbeiter wegen dessen Zugehörigkeit zu einer (gewerkschaftlichen oder politischen) Organisation zu entlassen. Damit sind die schwarzen Listen, die bisher unter den Beschäftigungsparagrafen fielen, in ihrer Anwendung auf Gewerkschaften als gesetzlich anerkannt.

Proklamiert wurde das Recht des Kapitals auf brutale Vergewaltigung der Arbeiterschaft in einem Verfahren, welches auf Veranlassung des Weichenstellers A. H. Hedge in Scott, Kansas, gegen T. B. Copping, Distrikts-Superintendent der St. Louis and San Francisco-Bahn, angehängt worden war. Copping hatte dem Weichensteller mit Entlassung gedroht, falls dieser nicht aus dem Weichenstellerverbande austreten sollte. Diese Drohung verlor gegen ein vom Staate Kansas erlassenes Gesetz, welches dem Arbeitgeber unter Strafe verbietet, einen Arbeitnehmer zu entlassen, weil dieser einer Gewerkschaft angehört.

Mit der angeführten Entscheidung des Oberbundesgerichts werden ähnliche in dreizehn anderen Einzelstaaten und in Porto Rico erlassene Gesetze für verfassungswidrig und ungültig, zugleich aber auch die gegen die Gewerkschaften gerichteten schwarzen Listen (d. h. der Vorkauf organisierter Arbeiter) für zulässig erklärt. Und das wenige Wochen, nachdem das gleiche Oberbundesgericht in der Frage der Kaufkraft Coe u. Co. in Danbury (Connecticut) entschieden hatte, daß der von Arbeitern, und sei es auch im Zusammenhang mit einem Lohnkampf oder als Antwort auf eine Ausweitung, über Erzeugnisse einer Fabrik oder über eine Firma verhängte Vorkauf als ungesetzliche Verdrängung zu betrachten und auf Grund des nach Sherman benannten, nach der Absicht des Gesetzgebers nur gegen großkapitalistische Monopolbestrebungen gerichteten Anti-Trust-Gesetzes zu verfolgen seien! Bekanntlich wurden die verklagten Guttmacher solidarisch haftbar zur Zahlung einer Entschädigung von 222 000 Dollars an die klägerische Firma Coe u. Co. verurteilt.

Unserem lieben Vater
Ernst Noack
zu seinem 50. Geburtstag
die herzlichsten Glückwünsche.
Martha, Frida u. Bruno Noack
Eminenzstr. 88.

Verband der Lithographen,
Steindruckerei u. verwandten Berufe
(Deutscher Berufsbund).
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß folgende Kollegen gefallen sind:
Am 1. 12. 14 bei den Kämpfen
im Osten der Lithograph

Paul Grützmacher.
Am 12. 1. 15 bei den Kämpfen
im Westen der Steinbruder
Richard Meier.
Wir werden beiden ein ehrendes
Andenken bewahren. 108/11
Die Verwaltungen Berlin I. u. II.

Verband der Buch- und Stein-
druckerei-Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 20. d. Mts. verstarb ganz
plötzlich unser Mitglied

Oskar Pohl
im Alter von 40 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr,
auf dem Simeons-Kirchhof, Str.
Mariendorfer Weg, statt.
92/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer,
Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Maler

Ernst Leiteritz
(Bezirk Südwest)
am 20. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Drei-
schicks-Kirchhof in Mariendorf
statt.
138/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Mitglied,
Kollege

Oswald Harz
nach langem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Februar, nach-
mittags 1/4 Uhr, auf dem Luther-
Kirchhof in Lankwitz statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
24/12 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Strauszenden
bei der Beerdigung meiner lieben,
unvergesslichen Frau und Mutter

Anna Viere
sage ich allen Verwandten, Freunden,
Bekanntem, den Kollegen, sowie dem
319. Bezirk Teil I des sozialdemo-
kratischen Wahlvereins von 4. Wahl-
kreis meinen herzlichsten Dank.
Otto Viere nebst Töchtern.
Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bielepp, Reußk. Für den

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unsere
herzensgute Mutter, Schwieger-
und Großmutter, die Witwe

Pauline Dunkel
geb. Franke,
am Freitag, den 19. Februar,
nach kurzem, schwerem Leiden
sanft entschlafen ist. 288
Dieses zeigen fleißig an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 24. Februar, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Reußk. Kirchhofs,
Mariendorfer Weg, aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die reichen Strauszenden
bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters,
Schwieger- und Großvaters, des
ehemaligen Gastwirts

Heinrich Köhler
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den alten Kollegen der
Sima Ludwig Köhler, dem Spar-
verein „Vorwärts“, dem Bahnbereit
und der „Kreuzberger Harmonie“
unsern herzlichsten Dank. 70/2
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 22. Februar, früh 1 Uhr,
nach kurzem, schwerem Leiden
mein innigstgeliebter Mann, unser
herzensguter, fürsorgender Vater,
Schwieger- und Großvater, der
Rechnarteur

Moritz Pohle
im 51. Lebensjahre.
Dies zeigen in tiefem Schmerz,
um stille Teilnahme bittend, an
Auguste Pohle und Kinder
34/1 Antonstr. 26.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 25. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Kapelle des St. Philippus-Kirchhofes,
Rückertstr. 44/45, aus
statt.

**Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek**
Jedes Heft 20 Pfg.

**Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements**
Herzlich schnell und billig **Paul
Gross**, Lindenstr. 69. Tel. 301.7203.

Sonntag 12-2 geöffnet. Spezialität: Weiße Größen.

Die 4 letzten

Tage. Es ver-säume nie man die Gelegenheit!

| | |
|--|--------------------------------------|
| Die herrlichsten Plüschmäntel echt reinseid. auf rein-seid. Damasee gefüht., 140.- | statt 65.- |
| Echte Sealplüschmäntel | statt 165.- 80.- |
| Lange Mohair- Wollplüschmäntel | 86.- 40.- |
| Praktische gute Astrachanmäntel | 68.- 30.- |
| Halblange Plüschjackets | 48.- 25.- |
| Echte lange Pelzmäntel aus best. Persianer, Sealbisam, u. halblange Orenburger, Zobelfeh, glatt u. Fantasio-Formen 800.- 1400.- | 600.- 1000.- 300.- 700.- 155.- 380.- |
| 4 Serien hochfeiner Modell-Kostüme , welche nicht nur in der Ausführung, sondern auch in der Stoffwahl, koniert werden | 100.- 75.- 50.- 25.- |
| Lange Covercoat-Mäntel, Herrenschm.-Arb., st. 70.- | 30.- |
| Schicks garnierte Kleider (Modelle) | 36.- |
| Lodenmäntel statt 26.- für | 15.- |
| Lodenpelzerinnen statt 19.- für | 8 1/2 |
| Lodenkostüme statt 48.- für | 20.- |
| Imprägnierte Staubmäntel statt 39.- für | 15.- |
| Echte Gummimäntel statt 35.- für | 18.- |

Trauermagazin
Große Auswahl. Billigste Preise

Westmann

I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden). II. Große Frankfurter Straße 115 (nahe Andreasstraße).

**Zentralverband der Töpfer und Berufs-
genossen Deutschlands.**
Filiale Groß-Berlin.
Donnerstag, den 25. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Gesamtverbandes vom 4. Quartal 1914 und Diskussion über den Jahresbericht. 2. Wahl des Gesamtverbandes. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Jahresberichte sind in den Zahlstellen und im Filialbüro zu haben.
Da wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, erlauben wir alle, auch die in anderen Erwerbszweigen arbeitenden Kollegen, um rege Beteiligung.
193/3 Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Freitag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im großen
Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 24/13
1. Geschäfts- und Kassensbericht vom Jahre 1914. 2. Wahlen und Bestätigung der Funktionäre. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Versammlung wird pünktlich 7 1/2 Uhr eröffnet.
Zahlreiche Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Persil

für
Wollwäsche!
Henkels Bleich-Soda

Verkäufe.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwanddecken, sehr billig. Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brunn, Hagedorfer Markt 4 (Bahnhof Börse). 24/4*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Hüter, Dolan, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Bekannte Firma. Wag Weg, Große Frankfurterstraße 88.

Einsegnungsdecken, Brautjungferkostüm, Paletots, 2 polierten, Trauerstofftüme, schwarze Trauermäntel, Röcke, Hüter, Kinderkleider direkt aus Arbeitsstätten spottbillig. Meyer, Blücherstraße 13, I. Etage. Sonntags geöffnet. 292/2*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Platzgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüses und Obstgärten von Wag Hagedorfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Farbabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 88.

Teppich-Thomas, Drantenstr. 44 (spottbillig farblich bedruckte Teppiche, Gardinen, Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 108/2*

Monatsanzüge und Winter-
mäntel von 5 Mark sowie Hüter von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für torpente Figuren. Neue Garderobe zu namengebigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei Wag, Rudolfstraße 14.

Bettenverkauf! Brautvolle 5,75, 7,50, 9,75, Brautbetten 12,75, 15,75, Säulenbetten 19,50, 22,50. Neue Aussteuerwägen spottbillig! Teppiche! Vorhänge, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Diwanddecken, Beistühle, Uhren, Ketten, Adventkranz! Alles spottbillig nur Handarbeit, Brunnstr. 47, I.

Singermaschine 10,00. Reander-
straße 27, Hof parterre. 15/13

Möbel.
Preise nur sehr im Kriege, nie niedriger! Englische Bettstelle 28, Kuchentisch 24, englischer Ankleideschrank mit Spiegel und Facettenspiegel 88, bestes etwas kleiner 65 Mark, Bücherschrank, Trumeau 30, Vertigo, Kleiderschrank mit Ver-glasung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, numberone, billige Schlafzimmern, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche hundertfach 58, Schreibrüst 38, Tisch-
stühle 16, Kleiderstuhl 2,50, Tisch-
stühle 32.

Platina, alte Goldschmelze, Silber
Schmelze, Treffer, photographische
Rückstände, Kupfer, Messing, Zinn,
Zink, Blei, Nickel, Mangan, Eisen,
Alu-mi-nium, Silber, platinhaltige Ab-
fälle laßt Edelmetallschmelze Prob,
Berlin, Lindenstraße 29, Tele-
phon Moritzplatz 3476. (Eigene
Schmelze). 15/5*

Verschiedenes.
Patentanwalt Müller, Ostfischer-
straße 10.
Vermietungen.
Wohnungen.
Charlottenstraße 87 kleine Woh-
nungen sofort billig. 657/9*

Schlafstellen.
Gute Schlafstelle Reitzenstraße 69,
vom II, bei Frau Kolberg. 15/12

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Arbeiter werden sofort eingestellt.
In melden Luststelle Unterführung
an der Pumpstation Südost, Damm-
weg in Reußk. Udo Wabe u. Co.,
W 50, Damergerstraße 4. 115/1b
Zerlegen auf Normer verlangt
B. Bries, Drantenstraße 20. 114/9b
Drillinge, 2 Gestirnmacher (Nord-
mann) per sofort gesucht Stäben-
straße 10 (Laden). 15/16
Zahnärztliche verlangt Schmarzer,
Dresdenerstraße 33. 115/2b

Bauschlösser und Schmiede
stellt jederzeit ein
**Berlin-
Ed. Puls, Tempelhof.**
Tüchtige Mechaniker
verlangen sofort
Odeon-Werte Weissensee,
Berlin-Weissensee, Ledberstr. 20/25.

**Schirrmeister,
Zuschläger,
Dreher und
Hobler**
sollt sofort bei hohem Akkordlohn
ein
Orenstein & Koppel - Artur Koppel
Aktiengesellschaft
Reparaturwerkstatt Spandau
Hamburger Str. 36-39.

Dreher
verlangt Maschinenfabrik Noack,
Hefstraße 6. 15/14

Tüchtige Blechspanner
sollt sofort ein
Orenstein & Koppel - Arthur Koppel
Aktiengesellschaft
Reparaturwerkstatt
Spandau, Hamburger Str. 41.

Kaufgesuche.
Kupfer! Messing! Aluminium!
Nidel! Zinn, Blei, Nickel, Quecksilber,
Stanniolpapier, Platinabfälle, Zinn-
abfälle, Goldschmelze, Silberabfälle,
Schmelze! Metallschmelze Cohn*,
Brunnenstraße 25 und Reußk.,
Berlinerstraße 76. 17/7

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber-
schmelze, Platinabfälle, sämtliche Metall-
abfälle, Schmelzerei Christian,
Reußk.straße 30 a (gegenüber
Baumstr. 39). 112/2

Jahrrabankauf, Lindenstraße 27.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Klassenlotterie „Paragon“, Oberhöhenstraße, Fuß-
straße 4-5, liegt in Berliner Verhältnissen Buchdrucker.
Da die Firma weder den deutschen Buchdrucker anerkannt hat,
noch dessen Bedingungen entspricht, so sind deren Engagementen zurückzuziehen.
Der Gauvorstand.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 157 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- 1. 3. u. 5. Garde-Reg.; Garde-Regimenter Alexander, Franz u. August; Garde-Füsilier-Reg.; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier bzw. Infanterie bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 3, 4, 5, 7, 12, 23, 24, 30, 34, 39, 45, 59, 63, 67, 71, 72, 74, 75, 81, 83, 87, 88, 89, 95, 96, 97, 98, 109, 110, 115, 116, 117, 118, 128, 129, 131, 132, 141, 145, 147, 155, 157, 158, 161, 164, 165, 173, 176; Ref. Inf.-Regimenter Nr. 3, 5, 8, 11, 13, 18, 21, 27, 39, 40, 46, 59, 69, 70, 75, 84, 87, 88, 90, 110, 116, 118, 204, 208, 212, 215, 217, 219, 270, 272; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 8, 29, 39, 47, 53, 75, 76, 81, 99; Landwehr-Ersatz-Regimenter Nr. 2, 4; Kombiniertes Ersatz-Bat. der Inf.-Regimenter Nr. 23/93; Brigade-Ers.-Bataillone Nr. 11, 31, 41; Garde-Landsturm-Bat. Bismarck; Landsturm-Bataillone 2. Aden, Bries, I Gofel, 2 Götting, 3 Giesch, 4 Frankfurt a. O., 1 u. II Königsberg, 1 Nawijsch, 2 Sauer u. Nr. 52; Jäger-Bataillone Nr. 1, 6; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 2, 8, 21, 22; Artillerie-Maschinengewehr-Bat. Nr. 6.

Stab der 5. Kavallerie-Division; 2. Garde-Dragoon; Dragoon Nr. 11, 19; Jäger zu Pferde Nr. 6, 13; 2. Landwehr-Esablron des 14. Armeekorps; 7. Landsturm-Esablron des 5. Armeekorps.

1. 2. 3. 4. u. 5. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 10, 11, 33, 34, 41, 45, 55, 63; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 1, 9, 16, 43.

Fußart.-Regimenter Nr. 5, 7, 17, 29; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 5, 13, 29; Landwehr-Fußart.-Bat. Nr. 9; 2. Ref.-Fußart.-Bat. Nr. 26.

Pionier-Regimenter Nr. 23, 24, 25, 29; Pionier-Bataillone: II. Nr. 2, 11. Nr. 6, 11. Nr. 7, I. Nr. 11, I. Nr. 15, I. Nr. 17, I. Nr. 21.

Clappen-Kraftfahr-Molonne Nr. 11. der 3. Armee; Feldfliegertruppe.

Artillerie-Munitionskolonne Nr. 7 des Gardekorps.

Sanitätskomp. der 14. Division; Feldlazarett Nr. 2 des Gardekorps; Nr. 6, des 11. und Nr. 2 des 14. Armeekorps.

Kriegsbesoldungsämter des 1., 5., 8., 10. u. 17. Armeekorps.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 111, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 122 bringt Verluste des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Regimenter Nr. 121, 124, 126, 127; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 216; 11. Pionier-Bat.; Magazinsfahrpakt-Molonne Nr. 51.

Die württembergische Verlustliste Nr. 123 enthält Verluste des Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 129; Füsilier-Reg. Nr. 122; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 124; Inf.-Reg. Nr. 125; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 125; Feldart.-Reg. Nr. 29.

Aus Groß-Berlin.

Mindergewicht der Backwaren.

Klagen über falsches Gewicht der Backwaren häufen sich. Nach der Bestimmung des Magistrats soll die Semmel ein Gewicht von 75 Gramm haben, Brot soll hergestellt werden in Gewichtsmengen von 2, 3 und 4 Pfund. Die uns zugehenden Klagen gehen dahin, daß diese vorgeschriebenen Gewichtseinheiten nur teilweise eingehalten werden. In den wichtigsten Fällen haben beispielsweise die Schrippen das vorgeschriebene Gewicht. Dieser Lage wegen wir zwei Schrippen, die zusammen ein Gewicht von 135 Gramm hatten, es fehlten also 15 Gramm. Dem Käufer dieser Ware wird aber von den Brotfakten die Gewichtsmenge abgetrennt, die vorgeschrieben ist, also 150 Gramm. Die Woche über summiert sich das und die Brotfakteninhaber können nicht einmal das erhalten, was ihnen die Brotfakten zubilligt.

Mit dem Brot geht es nicht besser. Dazu kommt das Fehlen eines festgesetzten Preises für die Backware. Je nach den verschiedenen Stadtteilen ist der Preis verschieden. Das ist ein großer Mangel. Der Magistrat von Frankfurt a. M. beispielsweise hat Höchstpreise für Brot festgesetzt. Obgleich Frankfurt eine der teuersten Städte Deutschlands ist, kosten dort von morgen ab zwei Pfund Brot 37 Pfennig, vier Pfund 74 Pfennig, das Pfund demnach 18 1/2 Pfennig.

In Charlottenburg und dem übrigen Westen kosten die drei Pfund Kriegsbrot 75 Pfennig, genau wie in Tempelhof. In Schöneberg nehmen Bäcker und Händler von ihren Stammkunden für drei Pfund 70 Pfennig, während sie von Kaufkunden 75 Pfennig verlangen.

Das Pfund kostet demnach in Berlin fast überall 25 Pfennig, ist also um 6 1/2 Pfennig teurer als in Frankfurt. Dieser Unterschied dürfte nicht zu rechtfertigen sein. Es ist eine wichtige Aufgabe, auf genaue Einhaltung des vorgeschriebenen Einheitsgewichts und auf die Festsetzung von bestimmten Preisen zu achten. Es geht nicht an, die Durchführung der magistratischen Vorschriften im wesentlichen in die Hände der Bäckerinnung zu legen.

Die Berliner Luftbarkeitssteuer.

Das Schicksal der Berliner Luftbarkeitssteuer scheint auf die Dauer recht ungewiss. Die jetzt in Geltung befindliche Luftbarkeitssteuer ist von der Aufsichtsbehörde nur auf zwei Jahre genehmigt. Diese Genehmigung wäre jetzt abgelaufen und der Magistrat hat deshalb erneut die Genehmigung nachsuchen müssen. Diese ist zwar wieder erteilt worden, aber nur auf ein weiteres Jahr, also bis 1. April 1916. Allem Anschein hält auch die Aufsichtsbehörde diese Steuer, die eine Sondersteuer ist, nicht für unbedenklich.

Befreiung vom Besuch der Fortbildungsschule.

Während der Kriegszeit haben sich die Anträge von Arbeitgebern, welche Aufträge an Kriegsbedarf haben, bei der Deputation für Fach- und Fortbildungsschulen in Berlin auf Befreiung ihrer jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von dem Besuch der Pflichtfortbildungsschule vermehrt. Die Deputation hat bisher, soweit ein Bedürfnis im Interesse unserer Wehrkraft vorlag, diesem Ersuchen entsprochen, allerdings nur für bestimmte festgesetzte Zeitabschnitte, weil die Deputation annahm, daß bei einigem guten Willen der Unternehmer, besonders da ein Mangel an jugendlichen Arbeitskräften nicht vorhanden ist, wohl in der Lage sei, sich mit seinem Betrieb auf den Schulbesuch seiner jugendlichen Arbeiter einzurichten. Ein Teil der Unternehmer war aber der Meinung, sie hätten einen Anspruch darauf, daß ihre jugendlichen Arbeiter von der Pflichtfortbildungsschule freigelassen werden, solange Militärarbeit vorliege, und daß das Oberkommando in den Marken in dieser Hinsicht einschreiten werde.

Auf einen dahingehenden Antrag hat das Oberkommando dahin entschieden, daß eine Abänderung des Beschlusses der Deputation der städtischen Fach- und Fortbildungsschulen außerhalb der Zuständigkeit des Oberkommandos liege.

Städtischer Kartoffelverkauf.

Am Donnerstag, den 25. Februar, wird an der Paul-Neyse-Straße und am alten Erzgerichtplatz an der Schönhauser Allee, Eingang Sonnenburger Straße, ein städtischer Kartoffelverkauf eingerichtet. Verkaufszeit von 8-4 Uhr.

Eröffnung einer neuen Realschule.

Die Gemeindebehörden Berlins haben beschlossen, zu Ostern dieses Jahres in dem Schulhause Carmen-Elwast. 21/26 eine neue - die fünfzehnte - Realschule mit den drei untersten Klassen Nr. VI, V und IV zu eröffnen und ihre weitere Entwicklung in der üblichen Weise durchzuführen.

Anmeldungen nimmt der mit der Leitung der neuen Realschule beauftragte Professor Krauß vom 29. Februar ab im Gebäude der 297. Gemeindeschule, Greisenhagener Straße 29, an jedem Dienstag und Freitag in der Zeit von 4-6 Uhr nachmittags entgegen.

Das Schulgeld beträgt für Kinder hiesiger Einwohner jährlich 80 M. für Schüler, deren Eltern nicht Einwohner Berlins sind, jährlich 140 M.; es ist bei der Anmeldung in Höhe des Betrages für das erste Vierteljahr mitzubringen.

Eine „Fürstin“ auf der Anklagebank.

Unter der Anklage der Urkundenfälschung und intellektuellen Urkundenfälschung in der Form der falschen Ausfüllung eines polizeilichen Anmeldezettels stand gestern die Witwe Elvira de Piot geb. Polenz aus Danzig, jetzt in Charlottenburg wohnhaft, vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II. Die Angeklagte, die 1880 in Chicago geboren ist, wurde beschuldigt, im Jahre 1911 in Stettin eine polizeiliche Anmeldung selbst mit dem Namen des Hauswirts unterzeichnet und sich dabei unrechtmäßig „Fürstin de Piot geborene von Polenz“ genannt zu haben. Sie gab über ihr angebliches Recht auf diese Bezeichnung dem Gericht folgende romantische Erklärung ab: Sie habe im Jahre 1897 ihren Gatten de Piot geheiratet, der als direkter Nachkomme des unter Napoleon I. in den Fürstenstand erhobenen Staatsrats de Piot, der auf der Insel Martinique gestorben sei. Als ihr Gatte im Jahre 1899 in Caracas am gelben Fieber gestorben war, sei sie nach Europa zurückgekehrt und habe sich zur Schauspielerin ausbilden lassen. Als solche sollte sie unter der Regie des Intendanten Oser im Schumann-Theater in Frankfurt a. M. in einem für sie geschriebenen Stetich „Leda mit dem Schwan“ auftreten und sie habe sich, da Gite notwendig war, einen Paß besorgen müssen und zu diesem Zwecke eine Anmeldung mit dem Namen des Hauswirts ihrer Schwester, bei der sie damals wohnte, unterschrieben. Ihr Auftreten in Frankfurt a. M. als „Leda“, wofür ohne ihren Willen unter Hervorhebung ihres Fürstentitels Reklame gemacht worden war, wurde aber polizeilich verboten und Nachfragen der Polizei in Schöneberg nach ihrer Persönlichkeit ergaben dann die Unrichtigkeit der Anmeldung. Die Angeklagte ist inzwischen zwei Jahre in Rußland gewesen, infolge des Kriegsausbruchs zurückgekehrt und wurde nun zur Verantwortung gezogen. Die Ermittlungen des die Sache bearbeitenden Staatsanwalts auf Grund eines im Jahre 1888 zu Paris erschienenen Buches „Mémoires du Comte de Melito“ haben ergeben, daß die Existenz einer französischen Adelsfamilie dieses Namens allerdings zutrifft, doch sei kein bestimmter Anhalt für die Berechtigung zur Führung des Fürstentitels vorhanden. Was die Anwendung des Adelspräbikats vor dem Geburtsnamen Polenz betrifft, so behauptet die Angeklagte, daß sie sich für berechtigt halte, sich so zu nennen, denn ihres Wissens habe einer ihrer Vorfahren nur aus materiellen Gründen das Adelspräbikat abgelegt gehabt. - Der Staatsanwalt beantragte drei Tage Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich aber den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Werthauer dahin an: Die Behauptung der Angeklagten, daß sie 1897 einen Prince de Piot geheiratet habe, sei nicht widerlegt. Da auf dem Anmeldezettel an der betreffenden Stelle nur der Vorname „Name und Stand des Hauseigentümers“, nicht aber „Unterschrift des Hauseigentümers“ stand, habe die Angeklagte - wie wohl so mancher andere - annehmen können, daß eine eigenhändige Unterschrift des Eigentümers nicht gefordert werde. Außerdem habe eine Schauspielerin wohl nicht darüber nachgedacht, daß sie durch Ausfüllung des Anmeldezettels weiterhin falsche Eintragungen in verschiedene Register bewirke. - Die Angeklagte wurde freigesprochen.

Aufnahme von Futtermittelbeständen.

Die Fabriken, Anstalten, Gewerbetreibenden und sonstigen Eigentümer von Rohzucker und Melasse, sofern sie nicht Verbräucher sind, werden darauf hingewiesen, daß sie am 25. Februar 1915 der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., zu Berlin, Am Karlsbad 16, anzuzeigen haben, welche Vorräte an Melasse, Zuckernachprodukten, Melassefuttermitteln, Zuckerruttermitteln, getrockneten Schnitzeln, Melasse-Trockenschnitzeln und getrockneten Zuckerschnitzeln sie besitzen oder in Gewahrsam haben, und zwar je von 10 Doppelzenter an.

Formulare für die Anzeigen sind von den Handelskammern abzufordern.

Der Sänee als Streitobjekt.

Ein Berliner Hausbesitzer tritt energisch für die fristige Säneebeilegungsfrage ein und hat dem Berliner Magistrat folgendes Schreiben zugesandt:

„Ich erlaube hiernit die Direktion der Städtischen Straßenreinigung zu veranlassen, daß sie den Sänee, welchen ich von dem vor meinem Hause befindlichen Bürgersteig auf den Straßenrand geschafft habe, nicht wieder auf den Bürgersteig schaffen und zu Hause lagern läßt, weil nach § 127 der Polizeiverordnung vom Dezember 1899 unter meiner Verantwortlichkeit in den Stunden von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr der Bürgersteig frei von Sänee und Eis sein muß. Das zwischen dem Magistrat und dem königlichen Polizeipräsidenten getroffene Abkommen, welches den jetzigen Zustand der Aufhäufung und Lagerung von Sänee auf dem Bürgersteig herbeiführt, geht mich nichts an, solange ich nicht von der durch den vorbenannten § 127 auferlegten Verpflichtung befreit bin.“

Abhilfe von Mängeln im Osthafen.

Wir haben kürzlich geteilt, daß die Wünsche der in den Speichern beschäftigten Arbeiter des Osthafens auf Schaffung von Einrichtungen zum Einnehmen des Mittagessens in den Speicherräumen und Bereitstellung von Waschanlagen recht lange auf

Erfüllung warten müssen. Jetzt hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage unterbreitet, in der 13 000 M. für diese Zwecke angefordert werden. Ein Teil der Wünsche wird damit erfüllt; die Hafendarbeiter sollen aber das ArbeiterSpeisehaus benutzen.

Taschendiebe auf den Wochenmärkten.

In bedenklichem Maße häufen sich in letzter Zeit die Taschendiebstähle auf den Wochenmärkten Groß-Berlins. Besonders auf den Märkten im Westen und in den angrenzenden Nachbarorten treiben die Taschenmarder ihr Unwesen, und es hat den Anschein, als habe hier eine wohlorganisierte Bande von Taschendieben ihre Hand im Spiele. Es vergeht jetzt kein Markttag, an dem nicht eine Anzahl derartiger Verbrechen vorkommt. Arg zu leiden haben hauptsächlich die einlaufenden Hausfrauen auf dem Wochenmarkt in Steglitz, wo die Taschendiebe mit großer Unberücksichtigung zu Werke gehen. Wahrscheinlich hat der Umstand, daß ihnen hier bereits in zahlreichen Fällen erhebliche Summen in die Hände gefallen sind, die Diebe veranlaßt, dem Steglitzer Wochenmarkt ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Betriebsunfall. Dem in den Vorjahren in Teget beschäftigten 39 Jahre alten Schmelzer August Pannack aus der Samsstraße 23 fiel am Sonnabendabend beim Ausräumen eines Schmelzofens ein Stück Schlacke ins Wasser. Hierbei bildete sich eine Schlackamme, die den Angestellten fagte und so arg verbrannte, daß er Montag im Paul-Gerhardt-Spital seinen Verletzungen erlag.

Noch keine Einigung in Schöneberg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte unsere Stadtverordnetenfraktion zu der Mitteilung des Magistrats betr. die Aufhebung des Kartoffelverkaufs direkt an die Konsumenten folgenden Antrag gestellt: „Den Kartoffelverkauf der Stadt weiter in eigener Regie zu betreiben, die Kartoffeln zum Selbstkostenpreis abzugeben und die Familien der Kriegsteilnehmer und der Arbeitslosen bei der Kartoffelabgabe zu bevorzugen. Außerdem erfolgt die Abgabe von Kartoffeln nur gegen Marken, die an der Stadthauptkasse zu lösen sind. Die Ausgabe der Kartoffeln soll in mehreren Stadtbezirken erfolgen.“

Zu der Begründung und Debatte wurde von den Genossen Mohs, Käter und Wollenbühr eindringlich darauf hingewiesen, daß die Stadt alles tun müsse, um einer Vertenerung dieses wichtigen Nahrungsmittels zu begegnen. Die eingetretene Mißstände beim städtischen Verkauf an die Konsumenten seien nur auf schlechte Organisation des Verkaufs zurückzuführen. Die Arbeiterchaft sei gern bereit, bei einer besseren Durchführung des Verkaufs mitzuwirken.

Auch die bürgerlichen Vertreter Wehr und Starke befürworteten den weiteren Verkauf an die Konsumenten und die Ausschließung des Zwischenhandels.

Bei der Beschlußfassung wurde der 1. Absatz des Antrages einstimmig angenommen. Bezüglich des 2. Absatzes wünschte ein Redner, daß dem Magistrat angeheimgestellt werde, sich nochmals mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Hierauf berichtete der Ausschuß über die Vereinbarung mit der Gewerkschaftskommission bezüglich der Arbeitslosenunterstützung. Es wurde vorgeschlagen, den Entwurf im allgemeinen anzunehmen, jedoch noch einige Änderungen zu treffen. Stadtd. Michaelis (Ed. Fr.) beantragte nochmalige Ausschußberatung.

Gegen diese Verschleppungsstatik wandten sich energisch die Gen. Wollenbühr und Mohs. Die bürgerliche Mehrheit beschloß jedoch gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion, die Vorlage zurückzuziehen.

Die Aufnahme einer Kriegsanleihe von 2 888 000 M. wurde einstimmig angenommen.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 28. Februar, beginnt Dr. Diederich einen Vortragszyklus über „Zeitalter der Weltliteratur“. In dieser Zeit gehört es zu den bedeutendsten Aufgaben unseres Bildungswesens, das geistige Band aufzuzeigen, das die Völker des europäischen Kulturkreises umschließt, das, oft zerrissen, sich immer wieder neu knüpft und auch in der Zukunft nicht selten wird. Einen Teil dieser Aufgabe werden die fünf Vorträge erfüllen. Der Eintrittspreis beträgt für jeden Vortrag 10 Pf. Eintrittskarten sind schon jetzt in folgenden Verkaufsstellen zu haben:

- Edenburger Str. 10, Restauration Paersch; Gerichtstr. 19, Restauration Friedrich; Brunnenstr. 150, Restauration Dieleler; Aufseherstr. 20, Zigarrengeschäft Schneider; Stralauer Platz 10/11, Bureau des Wahlvereins (9-1, 5-7 Uhr); Petersburger Platz 1, Expedition des „Vorwärts“; Kunststr. 39, Zigarrengeschäft Baumann; Engelauer 15, Zigarrengeschäft Horich; Admiralstr. 40a, Zigarrengeschäft Schulz; Vogelberger Str. 33/34, Zigarrengeschäft Schröder; Reutlin, Wedarstr. 3, Bureau des Wahlvereins (9-1, 5-7 Uhr).

Die Vorträge finden im neuen Hörsaal der Arbeiter-Bildungsschule, Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, 3 Treppen, statt. Anfang 7 Uhr.

Antliche Schriftstücke, etwa zwanzig, die in einem Paket enthalten waren, sind am 17. Februar zwischen 5-1/2 Uhr in einem Abteil eines Juges der Stadtbahn, auf der Fahrt vom Bahnhof Friedrichstraße bis Charlottenburg, liegen geblieben. Der Umschlag des Pakets bestand aus rötlich-grauem Packpapier und war mit Bindfaden umwunden. Die Schriftstücke sind Gnadengefuge um Straferlag und haben nur für den Briefsteller Wert, nicht aber für andere. Es wird der Finder gebeten, das Paket an die Geheimkanzlei, Wilhelmstraße 65, abgeben zu wollen.

Kleine Nachrichten.

Eine Flaschenverwechslung hat dem 49 Jahre alten Stationsgehilfen Georg Schwadwig aus der Wrangelstraße 118 das Leben gekostet. Er wollte nachts eine Arznei einnehmen, verwechselte dabei mehrere nebeneinander stehende Flaschen und nahm statt des Heilmittels Chromsäure. Obwohl im Krankenhaus am Urban alle Gegenmittel angewandt wurden, ist er jetzt doch den Wirkungen der ätzenden Säure erlegen.

Die 44 Jahre alte Arbeiterin Maria Kieemann aus der Stall-Schreiberstraße 47 wurde schon seit Anfang voriger Woche nicht mehr gesehen. Erst Montag öffnete man die von innen verriegelte Wohnung und fand nun die Insassin tot im Bette liegen. Ein Arzt stellte fest, daß sie schon längere Zeit tot war.

Ein Automobil diebstahl wurde in der Nacht zu Montag auf dem Grundstück Am Park 18 zu Schöneberg verübt. Dort stand in dem eigenen Schuppen des Grundstückbesizers u. a. der Wagen eines Majors aus dem Hause, der im Felde steht. Diebe erdrachen nun mit Gewalt die Tür und stahlen diesen Wagen, der 10 000 M. wert ist, ohne daß jemand etwas merkte. Es handelt sich um einen dunkelblauen lastierten Adlerwagen mit grauer Polsterung und der Nr. I. A. 2018.

Ein schwerer Unfall, der durch die schon so oft getragene Unfälle der Kinder, sich an Fuhrwerke anzuhängen, herbeigeführt worden ist, hat sich am Montagabend im Osten ereignet. In der Frankfurter Allee hatte sich der 14 jährige Erich Bernhöfer an die Hinterrampe eines Triebwagens der Linie 69 gehängt. Als er an der Ecke der Zimowstraße losließ, kam er zu Fall und geriet unter den Schutrahmen eines herannahenden Straßenbahnwagens der Linie 70. Der Junge erlitt schwere Verletzungen und wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

An der Kreuzung der Französischen Straße und der Markt-
grabenstraße stieg Montag nachmittag ein Zug der Straßenbahn-
linie III gegen die linke Seite eines Friedwagens der städtischen
Straßenbahn. Der Anprall war so heftig, daß beide Bahnmotoren
aus den Schienen sprangen und beschädigt wurden. Vier Fahr-
gäste des Straßenbahnwagens der Linie III erlitten leichte Ver-
letzungen und begaben sich nach ihren Wohnungen. Infolge des
Unfalls entstand eine Betriebsstörung von mehr als einer Stunde
Dauer; während dieser Zeit wurden die Straßenbahnlinien in beiden
Richtungen über den Hausvogteiplay abgelenkt.

Gerichtszeitung.

In der Rolle des spreussischen Flüchtling.

Ein gemeingefährlicher Schwindler, der in der Rolle eines
spreussischen Flüchtling in außergewöhnlich raffinierter Weise
zahlreiche mittellose Leute geschädigt hatte, mußte sich gestern in
der Person des Heizers Hermann Strömke vor der ersten Straf-
kammer des Landgerichts III verantworten. Der Angeklagte hat in
mehreren Fällen folgenden Schwindel zur Ausführung gebracht.
Er setzte sich auf der Straße in irgendeine Hausdecke und begann
dort, um die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden zu erregen, in
berzückender Weise zu ähnen und zu rufen. Der Straßenbahn-
fahrpassager Wagnerowski erlaubte sich teilnahmsvoll, was ihm fehlte,
und erhielt von dem Schwindler folgende Leidensgeschichte auf-
gelesen. Er sei Gutsbesitzer in der Nähe von Lud gewesen. An
einem Tage, als die Kriegserklärung dort noch gar nicht bekannt-
geworden war, sei plötzlich eine Truppe Kosaken über die Grenze
gekommen und habe sein schönes Gut auf die Grundmauern
niedergebrannt, wobei 250 Stück Vieh umgekommen seien. Seine
Kinder seien vor den Augen seiner Frau, die vor Schreck einem
Herzschlag erlegen sei, von den Kosaken ermordet worden, er selbst
sei nur durch schnelle Flucht einem gleichen Schicksal entronnen.
Diese entsetzliche Geschichte, bei deren Erzählung dem abgefeimten
Vertrager die heißen Tränen über die Wangen liefen, erregte bei W.
das Mitleid derart, daß er den angeblichen Flüchtling mit in seine
Wohnung nahm und ihn mit Speise und Trank versorgte. Als der
Angeklagte merkte, daß aus W. Geld nicht herauszubekommen war, ver-
schwand er eines Tages. Er verlegte nunmehr seine Tätigkeit nach
dem vornehmen Weisen und der Kolonie Grunewald. Hier wurde
er von der Frau Major von Tichowitz auf der Straße liegend auf-
gefunden und mehrere Tage in der besten Weise gepflegt. Beson-
deres Glück hatte der Schwindler bei den Dienstmädchen, die ihn
aus Mitleid in ihre Küche nahmen und ihn mit den besten Leder-
schuhen und Wein traktierten, in vielen Fällen auch ihre Herrschaft
bedienten, vor der der Schwindler dann unter Tränenströmen
seine rührende Geschichte wiederholte und Geldbeträge von 3
bis 10 M. erhielt. Auf diese Weise hatte es der Angeklagte fertig-
gebracht, mehrere Wochen ohne Arbeit zu leben, bis es endlich durch
einen Zufall gelang, ihn zu entlarven. — Da der Angeklagte früher
behauptet hatte, geschiedert zu sein, war der Medizinalrat
Dr. Siemerer mit seiner Beobachtung betraut worden, der ihn vor
Gericht als einen hysterisch-minderwertigen Menschen bezeichnete,
auf den der § 51 nicht Anwendung finde. — Der Staatsanwalt
beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Das Gericht
ging jedoch, da der Angeklagte eine so gemeine und niederträchtige
Spekulation auf die Wohlthätigkeit und den Opfergeist der Menschen
getrieben habe, über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und
erkannte auf 9 Monate Gefängnis.

Pollzeistunde und Militärbehörde.

Ob die Festsetzung der Polizeistunden für Gastwirtschaftliche
durch die Militärbehörde während des Krieges rechtmäßig? Mit
dieser für die gesamten Gastwirtschaftlichen nicht uninteressanten Frage
hatte sich dieser Tage das Reichsgericht zu befassen in zwei Strafsachen
gegen den Gastwirt Ahrendt, der wegen Vergehens gegen § 9b des
preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni
1881 vom Landgericht Altona a. G. am 16. November 1914 zu
3 Tagen und am 2. Dezember wegen eines gleichartigen Vergehens
zu weiteren 4 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Bekanntlich
wurde bald nach Ausbruch des Krieges in allen Teilen Deutschlands
durch die Militärbehörde, und zwar durch den betreffenden kom-
mandierenden General des betreffenden Armeekorpsbezirks, die
Polizeistunde mehr oder minder gestützt und die Ueberschreitung
derselben mit schwerer Strafe, nämlich nicht mit Geld-, sondern
mit Gefängnisstrafe bedroht. Derartige Bestimmungen betreffs
Festsetzung der Polizeistunde wurden im Interesse der öffentlichen
Sicherheit erlassen. Auch der kommandierende General des
9. Armeekorps für den Bezirk Altona-Bahrenfeld hatte am
4. August durch öffentliche Bekanntmachung verfügt, daß Gastwirt-
schaften abends 11 Uhr geschlossen sein müßten. Durch eine spätere
Verordnung vom 7. September hat er alsdann die Polizeistunde
für Gastwirtschaften im Bezirk des 9. Armeekorps auf 12 Uhr
Mitternacht angelegt. Dieser Festsetzung zuwider hat der An-
geklagte einmal am 18. August fünf jungen Leuten um 1/2 12 Uhr
je ein Glas Bier verabreicht und ein zweites Mal nach Polizeis-
tunde noch drei Interoffiziere und einem Schubmann mit ihren
Ehefrauen in seiner Wirtschaft Bier verschänkt. Daraufhin hatte
sich der Angeklagte nicht wegen einfacher Uebertretung, nämlich
Nichtbeachtung der Polizeistunde, die nur mit Geldstrafe oder im
Nichtbeitragsfalle mit Haft bedroht ist, sondern wegen Ver-
gehens gegen das Belagerungsgesetz zu verantworten, was zu
seiner bereits erwähnten Verurteilung führte, denn die vom
kommandierenden General erlassene Verordnung war rechtmäßig
und bindend, da nach § 4 des Belagerungsgesetzes mit Erklärung
des Kriegszustandes — und diese war am 1. August erfolgt — die
öffentlich-rechtlichen Befugnisse von der Zivilbehörde auf die
Militärbehörde übergegangen waren. Gegen das Urteil hatte der
Angeklagte Revision eingelegt, mit der Begründung, er sei zu
Unrecht wegen Vergehens anstatt nur wegen Uebertretung ver-
urteilt worden. Denn die Bekanntmachung des Generals sei nichts
anderes gewesen als eine Änderung der bestehenden verwal-
tungsrechtlichen Bestimmung über die Polizeistunde, die bis dahin
bis 1 Uhr nachts gewesen sei. Wie die frühere Polizeiverordnung
betr. der Polizeistunde im Gastwirtsberufe, so sei auch die Ver-
ordnung des Generals nur im Interesse der öffentlichen Ordnung
und des öffentlichen Anstandes, nicht aber im Interesse der öffent-
lichen Sicherheit erlassen worden. Zum Begriff der öffentlichen
Sicherheit im Sinne des Belagerungsgesetzes sei erforderlich, daß
politische oder militärische Momente dabei in Frage kämen; dieses
sei aber bei der Verordnung des Generals nicht der Fall gewesen,
tweckmäßig vom Vorberrichter der Begriff der öffentlichen Sicherheit
verkannt worden sei. Und endlich rügte der Angeklagte in seiner
Revision, daß insofern überhaupt kein Vergehen gegen das Be-
lagerungsgesetz hätte angenommen werden dürfen, als ein solches
zur Voraussetzung habe, daß der Militärbehördenmächteste ein Verbot
erlassen hat, die Verordnung des Generals sei aber kein Verbot
gewesen, sondern nichts anderes als eine bloße Bekanntmachung,
die eine frühere verwaltungsrechtliche Bestimmung mit einer Än-
derung brachte. Das Reichsgericht hielt jedoch keine der Rügen
für begründet und erkannte deshalb heute auf Verurteilung der
Revision. Insbesondere habe der Vorberrichter ohne Rechtsirrtum
angenommen, daß die Verfügung des kommandierenden Generals
vollkommen unabhängig von der früheren Polizeiverordnung war
und ein vollkommen neues, selbständiges Gesetz, einen selbständigen
gesetzgebenden Akt darstellte. (4 D 9 und 10/15.)

Der Ohmprozeß vor dem Reichsgericht.

Der an Aktienmaterial äußerst umfangreiche Ohmprozeß, der
im Sommer und Herbst 1913 etwa 5 Monate lang das Landgericht
Dortmund beschäftigt und großes Aufsehen erregt hat, kam gestern,
Dienstag, den 23. Februar auf die Revision der Angeklagten
Ohm, Hartwig und Sandmann vor dem Reichsgericht zur Ver-
handlung. Es handelt sich, wie man sich noch erinnern wird, um

den Zusammenbruch der Niederdeutschen Bank, die im Urteil als
„von Grund auf faul“ bezeichnet wird. Der Hauptangeklagte Ohm,
der wegen 35 Straffällen (22 davon sind Bilanzfälschungen) mit
7 Jahren Gefängnis und 33000 Mark Geldstrafe bedacht worden ist,
hatte es überaus schlau verstanden, die Lasten des bevorstehen-
den Zusammenbruchs der Bank zu verschleiern, den Zusammenbruch
hinzuzuziehen und dadurch weite Kreise planmäßig auszuspüren.
Alles das war ihm nur möglich, weil der Bücherrevisor Siegfried
Hartwig, der mit 3 Jahren Gefängnis und 20 100 Mark Geldstrafe
behaftet worden ist, und auch viele Aufsichtsratsmitglieder die
Schwindelmandate billigten. Außer den Angeklagten, die Revision
eingelegt haben, sind noch bestraft worden der Kassierat Bucher-
meier mit 2400 Mark Geldstrafe, der frühere Stadtrat Rainweg
aus Dortmund mit 3500 Mark, Bankdirektor Lane mit 1200 Mark,
Direktor Dr. Kolben mit 6 Monaten Gefängnis und 2500 Mark
(die gesamte Strafe gilt als durch die Unterjuchungshaft verbüßt),
Bankdirektor Quanz mit 5100 Mark, Direktor Blum mit 4050
Mark, Bücherrevisor Kohleppel mit 150 Mark, Profurist Venner
mit 4 Monaten Gefängnis und 1200 Mark Geldstrafe (durch die
Unterjuchungshaft verbüßt), Kaufmann Vor dem Esche mit 3050
Mark Geldstrafe. Mehrere andere angeklagte angesehene Per-
sönlichkeiten sind freigesprochen worden. Gegen diesen Teil des
Urteils ist von der Staatsanwaltschaft Revision eingelegt worden.
Von Interesse ist noch die Feststellung, daß das Reichsgericht unter-
worfenen Urteil mehr als 2000 Aktenseiten in Schreibmaschinen-
schrift umfaßt. Es ist in 16 Teile zerlegt, von denen derjenige,
der die Verhältnisse der Niederdeutschen Bank an sich betrifft, allein
388 Seiten beträgt. Der Verbindung mit der Waldinensbauanstalt
Klutenen sind 153 Seiten gewidmet, der Aktiengesellschaft Witten
u. Co. 102 Seiten, der Lünerer Bank 106 Seiten. Obwohl die
Revisionsrügen dem umfangreichen Prozeduralmaterial angemessen
sind, ist doch kaum anzunehmen, daß das Reichsgericht sich länger
als einige Tage mit dem Prozeß beschäftigt. Wir werden unseren
Lesern die wichtigsten Vorgänge und das Urteil bekanntgeben.

Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauen und Internationalismus.

In der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung wird augen-
blicklich lebhaft darüber diskutiert, ob eine internationale Arbeits-
sitzung in diesem Jahre in einem neutralen Lande abgehalten
werden soll. Die deutsche Organisation hatte infolge des Krieges
ihre Einladung nach Berlin zurückziehen müssen, darauf schlugen
die Holländerinnen vor, alle Festlichkeiten fallen zu lassen, aber
interne Sitzungen und öffentliche Versammlungen in Holland zu
veranstalten. Der englische große Frauenstimmrechtsverband
stimmt dem Vorschlag zu und meint, daß ein solcher Kongreß neben
allem anderen von hervorragender erzieherischer Wirkung sein werde:
„Wir müßten geschäftliche Sitzungen abhalten, wo jeder
Teilnehmer aus den kriegführenden Ländern verpflichtet wäre,
seine Worte so einzurichten, daß kein Anlaß zur Empfindlichkeit
gegeben wird. Das würde eine großartige Erziehung sein und
eine Demonstration dafür, was Frauen vollbringen können. Nie-
mand wünscht, daß die Frauen „Kämpfer“ sein sollen. Sie sind
als „Nicht-Kämpfer“ von allen „zivilisierten“ Regierungen an-
erkannt. Daher ist es Sache der Frauen, die durch Natur und
Gefühl „Nicht-Kämpfer“ sind, die Dolmetscher zwischen den
Nationen untereinander zu sein.“

Aber es gibt auch eine Anzahl Frauen, die nicht recht an die
allgemeine Zurückhaltung ihrer Geschlechtsgefährtinnen glauben,
die fürchten, daß in einer Zeit, die in jedem Lande ein „leidenschaft-
liches und intensives Aufblühen des Nationalismus“ erzeuge,
internationale Zusammenkünfte eine Gefahr für den Internatio-
nismus selbst bedeuten. Sie raten, erst einige Zeit vergehen zu
lassen und die Beendigung des Krieges abzuwarten.

Gewiß erfordert eine Zusammenkunft von Frauen aus den
kriegführenden und neutralen Ländern ein großes Maß von Takt
und die absolute Konzentration auf die eigentliche Arbeit einer
solchen Tagung. Hier dürften eben nur Frauen delegiert werden,
die imstande sind, ihr Temperament zu zügeln und die entworfenen
Sätze, alle nationalstimmigen Gefühle zurücktreten zu lassen hinter dem
Willen, die Verständigung der Frauen und damit der Völker unter-
einander zu fördern. Die ängstlicheren Frauen sollten bedenken,
daß es viel schwerer sein wird, bald nach dem Kriege, ganz gleich
wie er ausgehen wird, eine internationale Zusammenkunft zu ver-
anstalten, da dann viel eher die Gefahr vorhanden ist, daß die Ge-
fühle der Vertreterinnen der unterlegenen Staaten verletzt werden.
Eine Zusammenkunft wird eine wertvolle Vorarbeit für diejenigen
sein, denen nach Beendigung des Krieges die schwere Aufgabe zu-
fällt, wieder aufzubauen, was durch den Krieg zusammengeführt ist.

Kleine Nachrichten.

Sehr wählerisch.

In der Sonntagsnummer des „Berliner Tageblatts“ befindet
sich auf jener Seite, auf der sich Heiratslustige ein Stellbäcker zu
geben pflegen, folgendes Inserat:

Che.

Ich suche eine treue, zuverlässige Lebensgefährtin. Voraus-
setzungen: Verträgliches, angenehmes Wesen, das schließlich
auch einmal fünf gerade sein läßt, ohne das etwa dazu jetzt ein Grund
vorläge; 21—26 Jahre; tabelloser Ruf; gutbürgerliche, nicht un-
vermögende Familie; evangelisch, gute Bildung, frische Lebens-
auffassung, gesund und ohne körperliche Fehler, Mittelgröße,
Ordnungsliebe. Erwünscht, aber nicht Voraussetzung: Blondes,
eigenes Haar, Interesse für Kunst und freie Natur. Suchender
ist Kaufmann, Anfang 30er, selbständig in selbständiger
Residenzstadt, herzogl. Hoflieferant, 1,07 Meter, schlank. Male-
loser Ruf, gute Bildung vorhanden. Strenge Verschwiegenheit
als selbstverständlich zugesichert, da kein Durchschnittsgesuch. Ver-
mittlung verboten. Bild zur Vermeidung unnötigen Briefwechsels
erwünscht, erfolgt prompt zurück.

Vertrauende Nachrichten, auch von Verwandten, möglichst mit
einigen selbstgeschriebenen Zeilen älteren Datums, erbitte unter
A. E. 193 an Rudolf Mosse, Erfurt.

Von besonderer Weisheit zeugt das vorstehende Ehegesuch
nicht und man muß schon sagen, daß eine gewisse Courage dazu ge-
hört, wenn eine Dame glaubt, alle die gefestigten Voraussetzungen
erfüllen zu können. Es scheint, als ob der Heiratslustige seine Ver-
bindungen unter Berücksichtigung der infolge des Krieges vor-
handenen Männerknappheit aufgestellt hat.

„Frische Naturbutter.“

Die Butterhändlerin Emilie Sutterling und der frühere Werk-
meister Johannes Ernst in Leipzig hatten ein Gemisch von vier
Pfund Kargarine und ein Pfund Butter als „reine Naturbutter“
verkauft. Sie erhielten von der dortigen siebenten Strafkammer je
sechs Monate Gefängnis.

Rom nach überstandener Hochwassergefahr.

Aus Rom wird uns geschrieben:
Der Tiber steht nur noch 13 Meter über seinem normalen
Niveau und die Gefahr der Ueberschwemmung, die vier Tage lang
die ewige Stadt bedroht hatte, ist überstanden; der Regen hat auf-
gehört, und es ist kaltes klares Wetter mit trockenem Nordwinde.

Seit dem Ueberschwemmungsjahre 1870 hat der Tiber noch nie den
diesmaligen Wasserstand erreicht. Damals war der höchste Stand
17,40 Meter über dem normalen Niveau, diesmal wurden nur
16,50 Meter erreicht. Trotzdem war der Anblick des Tibers mit
seinen schlammigen reichenden Fluten in diesen Tagen wahrhaft
schreckenerregend. Die Vögel mancher Brücken waren ganz von den
Fluten bedeckt, so daß man sie dem Verlecher sperren mußte, weil
man fürchtete, daß sie dem Anprall der vollen Wucht des Wassers nicht
standhalten könnten. Trotz gegenteiliger pessimistischer Prophezeiungen
haben sich die Quaimauern und die unterirdischen Kollektoren vor-
züglich bewährt, so daß die innere Stadt völlig vom Wasser ver-
schont geblieben ist. Da die Kollektoren auf dem rechten Tiberufer
noch nicht vollendet sind, hat das in die Kloaken dringende Hoch-
wasser die an dieser Seite liegenden Stadtteile, namentlich Vergo
und Prati, überschwemmt. In Vergo fuhr man drei Tage lang
mit großen Barken, die teils von Soldaten, teils von den Mitgliedern
der Ruderflotte bedient wurden. Auch Karren beförderten über die
überschwemmten Straßen, wobei die Maultiere oft bis zur Brust
ins Wasser mußten. Auch der hochindustrielle Stadtteil Testaccio
war überschwemmt und von der Verbindung mit dem Zentrum ab-
geschnitten. In der Campagna Romana war der Schaden für Felder
und Vieh sehr groß. Menschensopfer sind nicht zu beklagen. Immer-
hin sind in der Stadt selbst und in der Umgebung Hunderte von
Familien obdachlos geworden, viele Logerräume haben schwere Ver-
luste und Schädigungen erlitten und die ganze Stadt atmet auf, seit
der Wetterumschlag der letzten 24 Stunden die Drohung noch größerer
Unheils von ihren Bewohnern genommen hat.

Diebstahl bei Militärlieferungen.

Die Voruntersuchung in der Affäre Desclaux ist Pariser
Meldung zufolge abgeschlossen. Gegen den Generaladjutanten
Desclaux und die verhafteten beiden Verwaltungssoldaten wurde
die Anklage wegen Diebstahls bei Militärlieferungen erhoben,
gegen Frau Desclaux die Anklage wegen Fehlleist.

Hochwasser in Ungarn.

Nach Meldungen aus Weiztergebanya (Neusohl) im Komitate
Zolpomi ist der Garamfluß infolge des vielen Regens und der ein-
getretenen Schneemelze aus den Ufern getreten, er überschwemmte
bei Vilacs und Keszopart einen Teil des Geländes. Infolge
Stauens der Eismassen war die Lage der Kaiserlichen staatlichen Holz-
lagerplätze sowie des Sägewerkes gefährdet, doch gelang es recht-
zeitig, die Eisstauung zu sprengen und mit Hilfe der Arbeiterschaft
des Zolpomi-Prezser Eisenwerkes die Gefahr zu beseitigen, bevor ein
Schaden entstanden war.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Sonntag, den 7. März, nachmittags 6 1/2 Uhr, findet
im großen Saale des Volkshauses, Köpenicker Str. 3, einen Lichtbildervortrag
über: Naturkunden, statt. Eintrittskarten a 20 Pf. sind erhältlich
bei Scharnberg (Vorwärts-Vertrieb), Seitenheimer Str. 1, ferner in
der Stiebbierhalle des Volkshauses und in den Filialen der Konsum-
genossenschaft.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Veranstaltungen des Arbeiter-Jugendbundes, Köpenicker-
straße 3. Donnerstag, den 26. Februar: Vortrag des Herrn Dr.
Kovine: Rußland, Land und Leute. — Freitag, den 27. Februar:
Wahgenabend. — Dienstag, den 2. März: Vortrag: Deutsche Sprache.
Unsere Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, den 28. März im großen
Saale des Volkshauses statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten und Nicht-
Abonnenten, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend
von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage
ist ein Zuschlag und eine Post als Wertgegenstand beizufügen. Preisliche
Anträge werden nicht erollt. Anfragen, denen keine Abonnementsmitteilung
beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Wichtige Fragen trägt man in der
Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die
Sprechstunde mit.

3. 2. 72. Enthalten im Leitartikel der Nummer vom 23. August.
— W. E. 500. 1. Mielstraße 42, 2. Mielstraße 48. — O. 2. Ja.
O. W. 66. Die Unterzeichnung des Heeresgesetzes ist ein recht-
swirksam. Die Besetze soll Anträge auf Annullation stellen. — R. 71.
Sie können zum 1. Juli kündigen, es sei denn, daß im Niederschlag für
den Todesfall besonders bestimmt ist, daß Kündigung nur zum 1. Oktober
zulässig ist. — W. 2. 37. Sie haben an die zweite Klasse nur einen
Wochenbeitrag zu leisten. — Charlottenburg 2. 1. Das Verschweigen
kann später ein Grund zur Scheidung sein. 2. Ja und nicht bekannt.
— G. W. in Lemmerdorf. Sie müssen sich eeren, an den Zentral-
vorstand Ihres Verbandes wenden. — W. W. 9. Die Zeit muß Ihnen
entschieden werden. — R. 8. 1870. Ihre Frau hat Anspruch auf staatliche
Unterstützung. — Bulgarien 1. Sie müssen Kirchensteuer zahlen. — R. 43. Die
Verweigerung der Unterstützung besteht zu Recht. — R. 9. 40. Ja. —
R. 50. Randstamm ohne Waise. — R. W. 84. Sie haben kein flä-
hbares Recht an die vom Unternehmer gezahlte Unterstützung. — Riedel
200. Ihr Schreiben ist für eine kurze Beantwortung nicht verständlich.
Kommen Sie in die Sprechstunde. — R. 9. 188. Der Ehemann hat
keinen Anspruch. — J. 8. 24. Der Ehemann kann noch eingezogen
werden. Er ist wegen Krankheit der Unterleiborgane zurückgestellt. —
Wahldorfer 8. Sie müssen sich trotzdem zur Kontrolle melden, werden
aber sicher nicht eingezogen. — R. 511. Ja.

Eingegangene Druckschriften.

Deutsch-Französisch. Sprachlehre für Heilsoffiziere. Zusammen-
gestellt von Georg Dandlmann. 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin
SW 68, Lindenstr. 3.
Theodor Körner, Feier und Schwert. Herausgegeben von G. Widenow.
(Vollst. 98.) 20 Pf. Hesse u. Sieder, Leipzig.
Der Deutsche Krieg. Seit 30/31. Die Weltpolitik der Welt-
mode. Von Dr. Norbert Stern. 1 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.
Unsere Ernährung während der Kriegszeit. Von J. Baumann.
16 S. — G. Boerker, Düsseldorf 9.
Unser Krieg in seinen stitischen Werten. Von Dr. J. Smoboda.
1 M. — K. Schroll, Wien 1.

Wichtigster Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über
den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Lüne Verbindung.)
Dienstag, den 23. Februar. Preis: Rindfleisch der 50 kg. Ochsen-
fleisch Ia 80—95, da. Ia 72—82, da. Ia 65—70; Bullenfleisch Ia 72—84,
da. Ia 68—72; Kühe, fett 62—68, da. mager 51—58, da. dümmige
48—55; Preßer 60—70, Preßer, dümmige, 48—60, Bullen, dümmige, 53—64;
Kalbfleisch, Doppelsender 120—120; Kalbfleisch Ia 80—95, da. Ia 65—75;
Kälber, get. gen. 45—55, Hammelfleisch: Rohschinken 88—95; Hammel
Ia 81—86, da. Ia 78—80; Schaf 80—87. Schweinefleisch: Schweine, fette
95—100, sonstige 84—93, dünn. Sauen 72—75, dünn. Schweine 75—80. —
Gemüse: inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weiße Kartoffeln
0,00; Magnun bonum 0,00; Solmann 0,00—0,00; Porree,
Schod 0,70—1,50; Sellerie, Schod 5,00—10,00; Spinat 50 kg
15,00—25,00; Mohrrüben 6,00—7,50; Wirsingföhl Schod 8,00—14,00;
Wirsingföhl 50 kg 9,00—10,00; Weißkohl Schod 8,00—14,00, Weißkohl
50 kg 9,00—10,00; Rotkohl, Schod 8,00—15,00; Rotkohl 50 kg 9,00 bis
10,00; Grünkohl 50 kg 10,00—14,00; Kohlrüben 50 kg 5,00—6,00; Zeltomer
Rüben 50 kg 12,00—14,00, Märkische Rüben 50 kg 4,00—12,00;
Rohkohl 50 kg 20,00—30,00, Meerrettich Schod 5,00—11,00;
Wasserkresse Schod 4,00—6,00; Zwiebeln 50 kg 15,00—16,00,
Krautbutter, Gumburger, 100 Pf. 8.—14. Apfelsinen: Hallensche 50 kg
14,00—16,00, bis 200 Stück 8,00—9,00, 300 St. 9,00—10,00, Murcia
200 St. 8,00—13,00, bis 300 Stück 10,00—15,00, Messina 160 St.
10,00—12,00, 200 St. 8,00—13,00, 300 St. 8,00—15,00, Messina 160 St.
80 St. 8,50—9,00, da. 100 St. 7,00—8,75, da. 150 St. 7,00—10,00.
Spanische 430 St. 18,00—30,00, da. 714 St. 25,00—28,00, da. 1064 St.
28,00—30,00, da. 420 St. large 23,00—40,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Donnerstagmittag: Heiße, klaren, aber noch überwiegend demütig
und teilweise neblig, ohne erhebliche Niederschläge; in den Mittagsstunden
ziemlich mild, in der Nacht zu Donnerstag zahlreiche leichte Nachfröhe.